

der Arbeitslosigkeit aus. Nur zu einem Achtel wirkt sich dieser gesellschaftliche demographische Prozeß in der Arbeitsmarktstatistik aus, zu einem Achtel, zu sieben Achtel in den erhöhten Beschäftigungszahlen. Das ist der Grund für das, was wir heute auch in der Aktuellen Stunde diskutiert haben, zugegebenermaßen auf Grund der Zeitknappheit, die dort von der Geschäftsordnung her gegeben ist, nicht sehr ausführlich, jetzt haben wir ein bißchen besser Zeit. Also ein Achtel geht in die Arbeitslosigkeit, sieben Achtel sind tatsächlich mehr Beschäftigung. Da bietet der Arbeitsmarkt auch entsprechende Ressourcen.

Zweite Frage: Wie hoch die Förderung in meinem Ressort zur Schaffung von Frauenarbeitsplätzen in den Jahren 1996 bis 1998 war, und dann noch ein paar Unterfragen.

26 Millionen Schilling. Das ist nicht viel. Ich erkläre es dann auch später, weil Sie haben auch hier nachgefragt, wie diese Auswahlkriterien für die Beurteilung der Förderungswürdigkeit sind. Frauenprojekte werden gemeinsam mit dem AMS erstellt. Es gibt auch ein gemeinsam erstelltes gefördertes Programm unter Einsatz von europäischen Sozialfondsmitteln, die wiederum vom AMS verwaltet werden. Die Einreichung erfolgt auch beim AMS. Die Förderung erfolgt ausschließlich nach den Richtlinien des kooperativen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammes, das Ihnen seit geraumer Zeit vorliegt. Frau Abgeordnete Keshmiri, Sie sind ja dankenswerterweise auch Mitglied des Arbeitsförderungsbeirates. Wir werden morgen die zweite Sitzung haben. Dieses Programm ist Ihnen, wie gesagt, bekannt. Seitens des Wirtschaftsressorts wird sofort nach Erhalt des Finanzierungsplanes für dieses Projekt durch das AMS der Regierungsantrag eingebracht.

Ihre Frage nach der bürokratischen oder unbürokratischen Durchführung: Die Förderungsabwicklung erfolgt rasch und unbürokratisch, dafür kann ich garantieren. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hier sehr, sehr tüchtig.

Sie fragten dann in der Frage drei, wie hoch die Förderungen im Bereich der Jugendarbeitsplätze im selben Zeitraum 1996 bis 1998 waren.

Die Förderungshöhe zur Schaffung von Jugendarbeitsplätzen, einschließlich der Lehrplatzförderungsaktionen 1996 „Schaffe Lehrplätze“ und 1997 „Startjobs“ betrug insgesamt 110 Millionen Schilling. Die Förderungskriterien waren und sind ebenfalls im steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm beziehungsweise in den Förderungsrichtlinien, die allgemein zugänglich sind, für die einzelnen Aktionen festgelegt. Die Förderungen erfolgten ausschließlich nach diesen Kriterien. Und auch hier erfolgte die Förderungsentwicklung rasch und unbürokratisch.

Frage vier, worauf ich die Tatsache zurückführe, daß die Steiermark im Vergleich zu anderen Bundesländern in der AMS-Statistik 1998 noch immer die dritthöchste Zunahme der Arbeitslosenzahlen aufweist.

Meine Damen und Herren, Frau Abgeordnete, die Beschäftigungsentwicklung in der Steiermark hat sich seit Mitte der neunziger Jahre mit einem durchschnittlichen Wachstum von 0,7 Prozent pro Jahr vom Öster-

reichtrend positiv abgekoppelt. Ich betone, positiv abgekoppelt. Im Jahresdurchschnitt 1997 stieg die Zahl der unselbständig Beschäftigten sogar um 1,3 Prozent – wir hatten das heute schon einmal –, und die Steiermark war in diesem Zeitraum für über 60 Prozent des Beschäftigungswachstums in Österreich verantwortlich. Wir könnten jetzt auch lange darüber reden, was hier alles mitverursachend war. Aber das ist ein Faktum. Im übrigen verweise ich auf das einleitend Gesagte. Laut AMS-Statistik hat die Steiermark im April 1999 – und Sie haben leider nur die Daten vom März 1999 verwendet, ich habe Ihnen zwar in der Früh die AMS-Statistik zur Verfügung gestellt, aber Sie konnten sich offensichtlich nicht mehr umstellen – den österreichweit größten Rückgang der Arbeitslosigkeit, minus 2374 im Vergleich zum April 1998, zu verzeichnen gehabt.

Die Frage fünf betrifft eine meines Erachtens sehr insistierende Formulierung, ob es hier mit der Transparenz der Budgetmittel in diesem Förderungsbereich hapern würde, und sogar der parteipolitische Proporz wird als „Möglichkeit“ angesprochen.

Meine Damen und Herren, Frau Abgeordnete, ich weise entschieden zurück, daß bei den Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderungen keine Transparenz gegeben wäre. Alle Richtlinien und Förderungen wurden einstimmig beschlossen. Außerdem werden in Zukunft alle diesbezüglichen Förderungen vor Beschlussfassung in der Regierung von dem auch von Ihnen mitgestalteten Arbeitsförderungsbeirat begutachtet. Die Transparenz der Budgetmittel ist schon deshalb gegeben, da das Budget vom Landtag beschlossen wird und daher auch für alle nachvollziehbar ist, und auch der Rechnungsabschluß kommt in den Landtag und wird diskutiert.

Zur Unterfrage, hinsichtlich eines Hindernisses für eine effiziente Gestaltung. Nein, da beschäftigungspolitische Maßnahmen im Rahmen des mit 1. Jänner 1999 in Kraft getretenen Steiermärkischen Arbeitsförderungsgesetzes nur bei zwei Ressorts anzusiedeln sind, und zwar beim Wirtschafts- und Sozialressort. Da sehe ich kein Problem. Die Abgrenzung erfolgt durch die von beiden Ressorts zu erstellenden gesonderten Programme beziehungsweise Richtlinien, aber selbstverständlich in einer sehr engen Zusammenarbeit.

Bei der Frage sechs sprechen Sie von einem Faktum, das meiner Meinung nach nicht stimmt, weil Sie auch hier wiederum unterstellen, daß öffentliche Investitionen zu höheren Beschäftigungseffekten führen – ich habe das schon einleitend gesagt, ich glaube das nicht. Günstige Rahmenbedingungen, ein gutes Investitionsklima, insbesondere auch im privaten Risikobereich, im innovativen Bereich zu leisten, das ist das Wichtige für das Thema „Job schaffen“.

Frage sieben: Hier sprechen Sie die 100 Millionen im „Steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm“ für 1999 an. Und ich antworte hier wie folgt:

Die Höhe der Förderungssumme des Wirtschaftsressorts für Frauen richtet sich nach den eingehenden Projektanträgen. Es ist ja so, daß hier dementprechende Richtlinien, Programme da sind und daß dann entsprechend mit den Projektträgern auch entwickelt wird. Da sitzen ja viele unter Ihnen, die ja

Projekträgererfahrung haben, die solche Projekte auch evaluieren, kreieren, dann auch entsprechend einbringen. Die genannte Summe von 10 Millionen für 1998 ist damit keine konstante Summe, sondern wurden eben Förderungen in dieser Höhe beansprucht.

Und b) wollten Sie wissen, wie das mit den 15 Ansuchen für Frauenprojekte 1998 aussieht:

Museumsverein Fürstenfeld, Frauenqualifizierungsprojekt Voitsberg (PRISMA), Frauenqualifizierungsprojekt Murau (Frauen für Frauen), Frauenqualifizierungsprojekt Liezen (WIA Liezen), Frauenqualifizierungsprojekt Feldbach (INNOVA), Alternative, NOWA, Kleiderladen INFRA, Mafalda-Beratungsstelle, Leobner Kinderwelt-Straußennest, Frauenqualifizierungsprojekt „Frauen Service“, WADL – Regionale Frauenqualifizierung, Caritas, SALE – ein hoher Frauenanteil und auch bei ISOP ein hoher Frauenanteil und dafür auch ein spezielles Frauenprogramm.

Zu c): Ja, es konnten alle Förderungsansuchen berücksichtigt werden, es ist nichts liegengeblieben sozusagen bei uns.

Und d) die Förderungsabwicklung – ich sagte es schon einige Male – erfolgte rasch und unbürokratisch.

In der Frage acht fragen Sie, ob die im „Steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm“ – das es seit fünf Jahren gibt – enthaltenen Maßnahmen evaluiert wurden.

Die Antwort ist folgende: Alle Projekträger haben die Verpflichtung, nach Abschluß der geförderten Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte die Zahl der Teilnehmer an diesen Maßnahmen bekanntzugeben, sozusagen auch einen Evaluierungsbeitrag zu leisten.

Im Arbeitsförderungsbericht, der laut Steiermärkischem Arbeitsförderungsgesetz von der Landesregierung alle zwei Jahre dem Landtag vorzulegen sein wird, werden die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation in der Steiermark sowie die Förderungsmaßnahmen nach diesem Gesetz im Detail dargestellt werden. Im übrigen sind im Wirtschaftsförderungsbericht, den Sie ja seit Jahren kennen und den wir auch immer wieder hier vorlegen und im Detail verbessern werden, sehr wohl die Beschäftigungs- als auch die Arbeitslosenstatistiken zusammengestellt.

Frage neun: Die Jugendarbeitslosigkeit soll die zweithöchste in Österreich sein et cetera, et cetera, die Frage kennen Sie. Bezüglich der Struktur der Arbeitslosigkeit zeigt sich ein Rückgang der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen.

Das ist ein Faktum, und das haben auch die Arbeitsmarktexperten immer wieder in den letzten Monaten schon festgestellt, 1998 mit 2034 vorgemerkten Jugendlichen um 4 Prozent unter dem Vorjahreswert, leider aber unter Zunahme der über 45jährigen, insbesondere in der Süd-, West- und Oststeiermark. Hier gibt es auch eine regionale Fokussierung. Wir sprechen auch ganz bewußt hier nicht von Problemgruppen, sondern von Anspruchsgruppen, denen wir auch gewisse Programmschwerpunkte zuordnen.

Zehn: Die zentrale Anlaufstelle – hier verweise ich auf die Antwort der Frau Kollegin Rieder. Die Frage ist an sich obsolet, weil wir haben keine geschaffen, sondern haben eben hier uns sehr unbürokratisch

auch mit der Landesamtsdirektion beholfen. Das ist die einfachste, billigste und auch die unbürokratischste Lösung.

Frage elf betrifft den Aktionsplan, den Sie hier einfordern, auf Grund des Beschlusses des Landtages vom 9. Februar 1999. Zu diesem Thema ist derzeit eine Regierungsvorlage in Ausarbeitung und wird dem Landtag auch zeitgerecht vorgelegt werden.

Im Punkt zwölf schneiden Sie den Wirtschaftsbericht 1997, betreffend die Region Bezirk Hartberg, an und die 45 Millionen Wirtschaftsförderung, und dann schon auch das korrigierte Mißverständnis Ihrerseits, daß hier 15,5 Prozent Arbeitslosenquote für das Jahr 1998 für Hartberg behauptet wurde.

Es sind in Wahrheit 9,3 Prozent – immer zuviel –, aber nicht die horrende Zahl.

Sie sagten das Jahr 1998. Es gibt in Hartberg, saisonbedingt, im Wintermonat Bauarbeitslosigkeit und auch in der Tourismusbranche, diese Ziffern, aber für ein Monat. Sie wissen auch hier die Problematik, gar nicht verfügbar. (Abg. Keshmiri: „Gestiegen ist sie trotzdem!“) Aber nicht das Jahr 1998. Ich sage nur, das Jahr 1998 war 9,3. Der Aprilwert des heurigen Jahres liegt in Hartberg bei 8,6 und wird nach den Erfahrungen der letzten Jahre sogar noch etwas rückläufig sein, sagen meine Experten. Der Bezirk Hartberg zeichnet sich durch eine hohe Pendlerquote im Bau- und Baunebengewerbe aus. Das führt dazu, daß Wien einen Beschäftigungszuwachs, rein statistisch, mit steirischer Hilfe zu verzeichnen hat, die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten aber wieder in die Steiermark zurückkehrt, rein statistisch.

Bei den im Bezirk Hartberg ausgeschütteten Wirtschaftsförderungsmitteln in der Höhe von rund 45 Millionen Schilling ist vor allem in diesem einen Jahr der „Ökopark Hartberg“ als regionales Infrastrukturprojekt ins Gewicht gefallen.

Sie fragen mich dann auch, wie ich die Entwicklung des Förderungswesens und des Volumens für diesen Bezirk für 1999 und 2000 einschätze.

Im Wirtschaftsressort gibt es keine planwirtschaftlichen Verteilungen von Förderungsvolumen, sondern das ist eben eine Frage der Projekte, die aus den Bezirken kommen, insbesondere von Unternehmungen oder auch im Qualifizierungsbereich von Projektträgern. Ich war in jedem Bezirk unterwegs, gerade im Bereich des Jugendprogrammes, des Start-, des Steirischen Aktionsprogrammes, um diese Beschäftigungspotentiale anzusprechen. Wir treffen hier immer auf 40, 50, 60 sehr interessierte Träger. Es waren auch einige Abgeordnete – Fredi Prutsch zum Beispiel das letzte Mal in Seggau bei Leibnitz – dabei, dann habe ich auch das vorletzte Mal in Hartberg Abgeordneten Riebenbauer dabeigehabt, die auch dort mitwirken. Ich lade Sie ein – Sie kriegen Einladungen – im Bereich dieses Stabs auch bei der Evaluierung, bei der Entwicklung solcher Projekte mitzuwirken. Nicht planwirtschaftlich möglich, sondern das muß das regionale Potential hervorbringen.

13: Sie fragen mich nach dem Arbeitsförderungsbeirat und ob ich hier für die Kooptierung eines Vertreters des AMS bin.

Sie können sich erinnern, ich habe das beantragt, ein klares Ja.

14: Frauenprojekte und Behindertenvertreter/Behindertenvertreterinnen im Arbeitsförderungsbeirat.

Auch hier ja.

15: Kooperation mit dem Arbeitsmarktservice.

Ich beurteile das, genauso wie die Frau Kollegin Rieder, für sehr korrekt, in bestimmten Bereichen ausgezeichnet, aber natürlich immer, wie in all den Fällen – auch das möchte ich mir bitte nicht nehmen lassen –, immer verbesserungsfähig, stets verbesserungsfähig.

16: Welches Gewicht und welche Bedeutung ich dieser Frage einer öffentlichen Diskussion mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter und dem Geschäftsführer des AMS Steiermark einschätze oder zumesse.

Als für Wirtschaftspolitik und auch für die Beschäftigungs- und Arbeitsplatzpolitik mit zuständigem Regierungsmitglied schätze ich die Kompetenz, die persönliche Kompetenz des Landesgeschäftsführers des AMS und auch seines Stellvertreters außerordentlich. Ich glaube, daß es auch dem Land hier zugute kommt.

Dann sprechen Sie mich in der letzten Frage an auf diese Doppelfunktion.

Hier muß ich mich auf meine eigenen Kompetenzbereiche beziehen und möchte nicht in einem Bereich etwas aussagen, den ich erstens gar nicht sehr gut einschätzen kann, nicht zuständig bin und auch zu wenig kenne. Deswegen beziehe ich mich sozusagen auf meine eigene Anfragebeantwortung. Hier bin ich nicht zuständig. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.11 Uhr.)

**Präsident:** Auf Grund der Beratungen in der Präsidialkonferenz wird die Wechselrede zu den beiden Anfragen der Grünen und des Liberalen Forums in einem durchgeführt.

Ich eröffne nunmehr diese Wechselrede und weise darauf hin, daß die Redezeit pro Redner höchsten 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann, der ich das Wort erteile.

**Abg. Mag. Bleckmann** (17.12 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Sie wollten ja, SPÖ und ÖVP, unbedingt zweimal über dieses Thema reden. Dann reden wir jetzt aber auch genau darüber, was wirklich stattfindet. Nicht schönfärbeln in langatmigen Reden mit vielen Zahlen, sondern schauen wir uns einmal genau an, wenn Sie mit den Bürgern reden und mit irgendwelchen Jugendlichen reden, wie es denn aussieht, wenn sie wirklich Arbeitsplätze suchen. Ob sie durch die vielfältigsten Programme auch wirklich einen Arbeitsplatz bekommen? Reden Sie doch draußen einmal mit den Frauen, die in der Arbeitslosigkeit sind, ob diese vielfältigen Programme wirklich etwas helfen und etwas bewirken. Reden Sie doch einmal mit der Bevölkerung. Dann sehen Sie, daß das viele schöne Reden im Endeffekt überhaupt nichts bringt und auch die vielen Programme, die vorliegen, auch nicht sonderlich viel bewirken, sondern alles nur Schönfärberei ist, was hier stattfindet.

Wir haben es schon gehört, es gibt Unmengen von Programmen im Bund, AMS und Land sowie die traditionellen Programme von ESF, SÖB, kooperative Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme. Da gibt es viele neue Programme, vom NAP, vom Jugendausbildungssicherungsgesetz, „Job 2000“, soziale und häusliche Dienstleistungen, das wird noch kommen, 45 plus, Stab Bad Aussee und Newstart.

Wir haben uns bemüht, Licht in diesen gesamten Förderungsdschungel zu bringen, der sich bei den ganzen Projekten auftut, und Unterlagen zusammenzustellen, wie denn diese vielen Förderungsprogramme ausschauen und wo sie hingehören. Es gibt viele Verknüpfungen, untereinander, miteinander, wie das durch die Pfeile ersichtlich ist. Es gibt Programme, die in den roten Bereich, und welche, die in den schwarzen Bereich gehören. Dann gibt es Programme, die zwischen Rot und Schwarz und zwischen Bund und Land und untereinander kombiniert sind.

Es soll uns einmal einer erklären und zeigen, wie sich jemand in diesem Förderungsdschungel wirklich auskennen soll. Denn das, was hier stattfindet, ist ein wahrer Dschungel, wo sich wahrscheinlich die Leute vom AMS selber nicht einmal mehr richtig auskennen, weil das, was hier stattfindet, wirklich nur noch Sand in die Augen streuen ist und möglichst viele Programme zu machen.

Wie, bitte, Kollege Gennaro? (Abg. Gennaro: „Dafür gibt es ein Dschungelbuch!“) Dafür gibt es ein Dschungelbuch. Die Märchen, die ihr macht, das ist nämlich genau das, was passiert. Genau, ein Dschungelbuchmärchen. Das könnt ihr den kleinen Kindern erzählen, aber nicht den Arbeitslosen. Das ist der Punkt. (Beifall bei der FPÖ.) Die haben nämlich wirkliche Probleme und lassen sich mit dem Märchen halt dann doch nicht abspeisen.

Und, was passiert mit diesen ganzen Landesinitiativen, die es hier gibt? Ich nenne sie nicht mehr Arbeitsmarktinitiativen, sondern Privatprogramme, nämlich private Imageprogramme, die hier stattfinden. Einmal auf der roten Seite, einmal auf der schwarzen Seite, denn es geht ja nicht, daß nur einer was macht. Dann müssen es gleich beide machen.

Und es ist völlig egal, ob diese Programme schon im NAP vorgesehen sind, ob es schon ein Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz gibt. Wir machen „Job 2000“. Das klingt gut und muß gemacht werden. Sie kennen alle den Brief vom AMS, den ich Ihnen schon einmal vorgelesen habe, daß „Job 2000“ nicht gebraucht wird, weil es schon im NAP beinhaltet ist, und diese Programme, die das „Job-2000“-Programm beinhaltet, nicht notwendig sind und auch nicht favorisiert behandelt werden. Und spricht die Frau Landesrat Rieder vom Riesenerfolg ab 1. Jänner mit 300 beschäftigten Jugendlichen, frage ich Sie, welches Programm war denn das? War das „Job 2000“, war das das Startprogramm, war das das Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz? Welches Programm war es denn? Wissen Sie das? Wenn es „Job 2000“ war, dann haben Sie uns wieder so ein Dschungelbuchmärchen erzählt, das nicht stimmt. Das waren nämlich sicher die anderen Programme. Und da muß ich schon auch sagen, wenn es um diese ganzen Programme geht, wissen wir schon, warum es gemacht wird. Als Imageprogramm. Da gibt es dieses eine Inserat, und da finde ich Frau

Landesrätin Rieder ja sehr großzügig, denn die eigentlichen, die das Ganze verkaufen, sitzen heute nicht da, nämlich Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, der sich mit „Job 2000“ plakatieren läßt. Heute hören wir, daß Frau Landesrätin Rieder zuständig ist. Da werden sich die Leute draußen wundern. Die haben sich nämlich gedacht, sie müssen zum Landeshauptmannstellvertreter Schachner gehen, um etwas zu bekommen, weil er das plakatiert hat. Aber bescheiden, wie sie ist, ist sie zurückgetreten und hat ihn plakatieren lassen. Es geht natürlich nicht, daß nur auf der einen Seite plakatiert wird. Auf der anderen Seite ist die Frau Landeshauptmann für „Arbeit schaffen“ zuständig, was mit Landesgeldern inseriert wird. Da frage ich, wieviel dieser Gelder wurde von den 59 Millionen, von denen Sie gesprochen haben, für diese Inseratenkampagne verwendet? Oder eine Kooperation zwischen Paierl und der Frau Landeshauptmann – „Über 45 – Neustart“. Das ist auch wieder interessant. Da wird im Inserat in der Werbung verkauft, daß es für 500 Steirerinnen und Steirer eine neue Chance geben soll. Ist sehr schön. Im Regierungsantrag steht die Chance aber nur für 350 Steirerinnen und Steirer. Es ist wieder ein bißchen mehr verkauft worden, als wir eigentlich im Topf haben. Das ist schon ganz normal, daß alles nur gemacht wird, um eine Imagekampagne zu machen, um die eigene Profilierungssucht darstellen zu können, koste es, was es wolle. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich erinnere auch an den ANHAF, an die Diskussion um den ANHAF, unser Gesetz, das zu einem Arbeitnehmerförderungsgesetz geführt hat. Zuerst hat es Richtlinien gegeben. Mit 60 Millionen war der ANHAF bedeckt. Dann hat man niemanden mehr gefunden, der dafür in Frage kommt. In weiterer Folge hat man die Richtlinien erweitert, damit das Geld ausgegeben werden kann. Man mußte die Richtlinien dann noch einmal erweitern, damit das restliche Geld ausgegeben werden kann. Das ist die Art und Weise, wie mit dem Geld umgegangen wird. Man macht Konzepte und Programme in Unmengen, damit für sich was passiert, was man verkaufen kann. Und das geht dann so weit, weil man nie weiß, macht es der eine, macht es der andere, daß es zwischen den Zuständigen untereinander Streitereien gibt, wer denn zum Arbeitnehmerförderungsbeirat überhaupt einladen darf. Die Mitglieder erhalten einmal eine Einladung von der Landesrätin Rieder, ein anderes Mal eine Einladung vom Landesrat Paierl. Bis heute weiß niemand so genau, wer eigentlich zuständig ist. Zum Glück haben Sie es nach einem halben Jahr ja geschafft, diesen Beirat überhaupt zu konstituieren, obwohl das Gesetz schon ab 1. Jänner in Kraft ist. Somit sehen wir die Zuständigkeiten, wenn es um Arbeitsmarktprogramme, um Arbeitnehmerförderung geht, überhaupt nicht geklärt. Es gibt hier keine Koordinierungsstelle, es gibt keine Abteilung, die sich wirklich zuständig fühlt. Man verkauft nur seine eigenen Imageprogramme, und das ist der Grund, warum wir den Antrag für eine zentrale Koordinierungsstelle für die Arbeitsmarktpolitik einbringen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine zentrale Koordinierungsstelle für Arbeitsmarktpolitik mit einer einzigen politischen Zuständigkeit einzurichten, mit der die Beschäftigungsinitiative der einzelnen

Regierungsmitglieder besser aufeinander abgestimmt und umgesetzt werden können, sowie arbeitsmarkt-relevante Förderungen auf ihre positive Wirkung in bezug auf Arbeitsplatzzerhaltung beziehungsweise -schaffung geprüft werden können.

Den bringen wir auch deshalb ein, damit endlich einmal geklärt wird, wer wofür zuständig ist, und damit es eine zentrale Stelle gibt, eine Abteilung, die zuständig ist, damit es nicht immer so ein Hickhack gibt, wenn es darum geht, auch einmal für die Bevölkerung etwas zu machen. Wie und worin diese ganzen Bereichen, Gipfeln, haben wir in der Streiterei, die es zwischen Arbeitsmarktservice und SPÖ gegeben hat, schon gesehen. Das Arbeitsmarktservice hat festgestellt, daß es vielfältige unkoordinierte Programme gibt. Die Programme sind nicht vollziehbar, nicht administrierbar. So sagt das Arbeitsmarktservice. Und dann sagt der Herr Landeshauptmannstellvertreter, der abwesend ist, weil jetzt geht es ihn doch nichts an, wenn es im Landtag diskutiert wird – „vielleicht sollten wir selbst ein eigenes Programm durchziehen, da das Arbeitsmarktservice offenbar nicht in der Lage ist, rasch und effizient zu arbeiten. Das ist eine überforderte Institution“. Das, was Sie hier betreiben, sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, ist Kindeswegelung. Sie vergessen, daß das Arbeitsmarktservice eigentlich Ihre Institution ist und in Ihren Machtbereich fällt. Im Bund ist das Arbeitsmarktservice nach wie vor noch bei Ihnen angesiedelt. Sie hätten hier die Möglichkeiten einzuwirken und etwas zu tun. Nur, das Problem war, daß es das Arbeitsmarktservice gewagt hat, nicht nur mit einem roten Bereich etwas zu tun, sondern auch eine gemeinsame Sache mit einem schwarzen Landesrat gemacht hat. Das ist natürlich strafbar und muß geahndet werden. Aber das AMS hat das nicht auf sich sitzen lassen und hat dann zurückgesagt, der Herr Professor wisse offenbar nicht, daß unter Mitwirkung der Sozialpartner für das steirische AMS die Integration älterer Arbeitsloser als vorrangiges Ziel festgelegt wurde. Und genau das ist das Problem, das ich aufzeige, daß wir einmal „Neustart“ haben auf der schwarzen Seite, dann auf der roten Seite Initiative „Plus 45“, und alles wird schon vom Arbeitsmarktservice unter NAP als wichtiges Programm gefördert und subventioniert. Es gibt vielfältigste Programme, aber was passiert? Es wird doppelt gefördert, nur um sich hier selbst besser darzustellen und sich selbst zu profilieren. Die Freiheitlichen sagen, es müssen endlich Angebot und Nachfrage zusammengeführt werden, und die Politik muß Ziele vorgeben, muß Rahmenbedingungen schaffen, aber darf sich nicht selbst auf die Maßnahmenebene hinunterbringen und auf einmal kundtun, es muß dieses oder das andere Programm gemacht werden. Oder sogar, wie der Herr Landesrat Paierl, selber im Lande herumreisen und sagen, beim STAP da muß etwas gemacht werden. Er übernimmt die Aufgabe des AMS. Schauen Sie doch lieber, daß Sie das AMS wieder auf Vordermann bringen, daß ordentliche Maßnahmen gesetzt werden, daß das AMS ordnungsgemäß arbeitet, und nicht immer die Arbeitslosen-daten einfach verschönt, indem die Leute von einem Ausbildungsprogramm ins andere geschickt werden und nachher trotzdem immer wieder arbeitslos sind. Das sind die Probleme, die wir hier haben.

Eine Maßnahme, die wir setzen könnten, wäre – und das haben wir heute auch schon einmal diskutiert – die echte Strompreissenkung, sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ und von der ÖVP. Ich erinnere Sie, wie es um die Diskussion mit der EdF gegangen ist, waren wir die ersten, die gesagt haben, wenn so viel Geld zur Verfügung gestellt wird, dann muß das den Haushalten zugute kommen und zu einer Entlastung für die Haushalte führen. Ich erinnere Sie, wie es darum gegangen ist, im November 1997, diese Entscheidung von Ihrer Seite her zu fällen, es geheißt hat, eine mögliche Zusammenarbeit mit der ÖMV beim Gas, sowie nicht zuletzt eine kräftige Strompreisreduktion hat Sie dazu motiviert, dieses Angebot von den Franzosen anzunehmen. Die Kollegen von der ÖVP-Seite sollten sich das einmal anschauen, denn die Frau Landeshauptmann hat gesagt, daß es beim Verkauf sieben Grundsätze geben soll, wie Vorrang im Strompreis und Standort Steiermark. Das heißt ja, daß es zu einer Strompreisreduzierung kommen soll. Spätestens da, wo wir gelesen haben, die Energieholding schüttet 200 Millionen aus, haben wir schon ausgeschickt und gesagt, das muß auch den Haushalten zugute kommen, und es muß endlich zu einer Strompreissenkung kommen.

Es freut mich, daß die SPÖ auf den fahrenden Zug aufgesprungen ist, daß Sie noch schnell hinterhergehechelt sind. Ich hoffe, daß die Konstitution und die Kondition Ihrer Regierungsmitglieder ausreichen wird, daß ihnen der Zug nicht davonfahren wird, oder daß die ÖVP sich vor den rollenden Zug werfen wird und das doch nicht durchführen wird.

Gemeinsam hätten wir die Mehrheit, daß wir diese wirklich effektive und zielvolle Maßnahme machen könnten. Ich bin schon gespannt, wenn es dann wirklich dazu kommt, ob Sie auch alle dazu stehen, ob Sie hier nicht nur wieder schöne Worte geschickt haben, sondern diesen Worten auch Taten folgen lassen, und nicht Dschungelbuchmärchen erzählen, sondern diese Dinge, die Sie verkündet haben – mit Strompreissenkung – auch wirklich in die Tat umsetzen. Da bin ich schon sehr gespannt, meine Damen und Herren, ob Sie das auch machen werden, denn so, wie es laut den Aussagen, die hier alle getroffen haben, klingt, wären wir uns ja einig. Ich bin gespannt darauf. (Beifall bei der FPÖ. – 17.26 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz (17.26 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, die inzwischen virtuell für die Beschäftigungspolitik zuständig sind, nachdem niemand mehr da ist. Auch der Landesrat Schmid, das war der einzige, muß man sagen (Landesrätin Dr. Rieder: „Ich bin ja da. So winzig bin ich ja nicht!“), der bei der ganzen Debatte kein einziges Mal dagesessen ist, da oben, der aber die Programme von Rot und Schwarz in der Regierung – so sagt Paierl – regelmäßig mitträgt.

Ich merke, daß es gar nicht so leicht fällt, nach diesen Darstellungen von zwei Regierern zu reden. Ich habe ziemlich genau zugehört und gehofft, daß ich doch programmatische Unterschiede entdecken kann, daß es doch möglich ist zu entdecken, warum die

Klubobleute von Rot und Schwarz sich da „herunten im Parterre“ und in Pressekonferenzen befetzen und ihre Chefetage ihnen da offenbar inhaltliche Vorgaben macht. Ich habe keine strukturellen Unterschiede entdeckt, ich habe dafür sechs Gemeinsamkeiten zwischen Rot und Schwarz entdeckt.

Das Resümee dieser sechs Gemeinsamkeiten ist, daß es in der Steiermark keine kreativen Ansätze und keinen Mut für eine tatsächliche Beschäftigungs-, Sozial- und Wirtschaftsoffensive gibt.

Erste Gemeinsamkeit: Beide beantworten heikle Fragen im Rahmen der Dringlichen Anfrage der Liberalen, mit grünen Fragen angehängt, nicht.

Wenn man fragt, wie werden Beschäftigungsprogramme evaluiert, wünsche ich mir eine Angabe der Parameter. Wer führt die Evaluierung durch, externe oder interne? Wie wird nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit vorgegangen? Da geht es nicht nur um Teilnehmer-, Teilnehmerinnenzahlen. Da geht es um die Fragen, wie lange Leute wirklich in Beschäftigungsverhältnissen bleiben. Da geht es um Fragen, wie wird Arbeitsassistenten oder Job-Coaching eingesetzt? Da geht es um die Rückkehrer-, Rückkehrerinnenquote, die bei Behinderten ziemlich hoch ist.

Diese Evaluierungsfrage wird beantwortet von Rot und Schwarz mit ja, wir werden evaluieren, aber ohne Angabe wie.

Das Zweite: Kein einziges Wort zu aktuellen Debatten im Bereich Erwerbsarbeit und Arbeitsmarkt. Kein einziges Wort zu Fragen der nicht freiwillig gewählten Unterbeschäftigung. Kein einziges Wort zu einer Umverteilung von Arbeit oder zu einer Umverteilung von unterschiedlichen Formen der Erwerbsarbeit, jetzt von klassischen Lohnabhängigen bis hin zu Leuten in prekären Arbeitsverhältnissen. Das ist leider Gottes die Hauptzielgruppe dieser Beschäftigungsprogramme.

Die dritte Gemeinsamkeit zwischen Rot und Schwarz (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Glauben Sie, daß man das von Landesseite aus machen kann?“) besteht darin, Herr Landesrat, daß Sie und die Kollegin Rieder kein einziges Wort zu Einkommensunterschieden und Einkommensungerechtigkeit in der Steiermark sagen. Selbstverständlich erwischt es genau die Leute, die in diesen Programmen drinnen sind, die bruchhafte Erwerbsarbeitsbiographien haben. Einmal einen Sondernotstand mit 5000 Schilling kriegen, dann eine mit 10.000 Schilling AMS-kofinanzierte Anstellung für ein Jahr über einen klassischen Trägerverein haben und dann HonorarmitarbeiterInnen sind mit freien Verträgen, wo sie sich selber krankenversichern müssen um Tausende Schillinge im Monat. Kein Wort zu diesen Biographiebrüchen, die Frauen, aber auch Männer zunehmend treffen, und zwar inzwischen quer durch alle Altersklassen.

Eine weitere Gemeinsamkeit, wobei ich da den Landesrat Paierl ein bißchen ausnehmen möchte, kein Wort, daß die fiskalischen Instrumente auf der Bundesebene so eingesetzt werden, daß die Arbeitgeber, die Maschinen einstellen, die Transportkilometer einstellen und die Ressourcen verschwenden, belohnt werden, und die Arbeitgeber, die so „blöd“ sind, traditionell mit menschlicher Arbeitskraft zu arbeiten, vielleicht noch dazu mit nicht ganz

„marktfähigen“ Menschen, fiskalisch bestraft werden. Das sind Rahmenbedingungen, die Rot und Schwarz diktieren auf der Bundesebene. Das sind Rahmenbedingungen, die unter anderem dazu beitragen, daß wir in der Steiermark Beschäftigungsprogramme aller Art künstlich kreieren müssen, mit vielem Drum und Dran, aber mit wenig Mut und mit wenig Kreativität. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Meine kritischen Worte haben Sie schon vernommen!“) Herr Landesrat, wobei ich sagen muß, ich bin um Ihren politischen Vorspann, so unbefriedigend er für mich ist, froh, weil Sie sich da mehr positioniert haben als die Landesrätin, die den Großteil der Fragen nicht beantwortet hat. Jetzt dazu noch mehr im Detail.

Zusammenfassend kann man sagen, daß weder Rot noch Schwarz Interesse haben an einem „beschäftigungspolitischen Cluster“ in der Steiermark, sprich an einem Zusammenführen der Initiativen. Die Roten bringen ihre Programme „Job 2000“, die Schwarzen – Landesrat Paierl – bringt sein Lieblingsprogramm. Es gibt keinen Versuch, da koordinierend vorzugehen. (Abg. Vollmann: „Und die Grünen maulen!“) Und die Grünen maulen, genau, die Grünen maulen und nehmen das auf, was von AMS-Leuten kommt, was von sozialökonomischen Betrieben kommt, was von direkt Betroffenen kommt, die durch die Programme gejagt werden, teilweise über Jahre hinweg, und irgendwann einmal zwischengeparkt werden in mehr oder weniger langer Arbeitslosigkeit. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Frau Kollegin, bringen Sie mir, Sie persönlich, ein Programm, das wir machen können!“) Herr Landesrat Paierl, Sie fordern mich auf, ein Programm zu bringen? Warum gehen Sie nicht her und geben dem Landtag und Experten, Expertinnen die Chance, gemeinsam Programme zu erstellen (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Haben wir ja!“), die realitätsnah sind? Das, was da gekommen ist von Ihren Programmen, das sind Programme, wo sich öfter Rot und Schwarz am Rücken von Betroffenen austricksen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wo ist NOVA rot oder schwarz?“)

Sie verwenden jetzt ganz spezifisch Namen von Trägern, die zum Glück parteipolitisch nicht gebunden sind. Sie wissen aber, daß die wirklichen Budgetbrocken selbstverständlich (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „SALE, ISOP, NOVA!“) in der Nähe von parteipolitisch einordenbaren Strukturen verwendet werden.

Das, was Sie jetzt machen, ist ziemlich billige Polemik. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, das anschließend zu sagen.

Sprich, in der Steiermark ein Boom an sozial- und beschäftigungspolitischen Initiativen, immer weiter vorbei an den Betroffenen. Herr Landesrat, wirklich interessant wäre, wenn Sie einmal hergehen würden mit der Kollegin Rieder und sagen, wir hauen uns auf ein Packel, und wir wagen es, die Zielgruppe der Programme einzubinden. (Landesrätin Dr. Rieder: „Wie meinen Sie das?“)

Wir wagen es, in ein Jugendbeschäftigungsprogramm zeitgerecht „arbeitsmarktirrelevante“ Jugendliche einzubringen.

Die Programme würden ganz anders ausschauen. Man hätte die Möglichkeit, dabei die Trefferquote – so sehr ich den Begriff hasse – so zu gestalten, daß Jugendliche gerne in die Programme kommen, weil die Programme an ihre Bedürfnisse tatsächlich angepaßt werden. Jugendliche werden nicht eingebunden, ältere Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen werden nicht eingebunden, und dann entsteht ein Spiel mit Statistiken, wo Sie auch uns als Oppositionsfraktionen zwingen, immer wieder mit neuen Zahlen zu beweisen, wie schlecht die Lage ist. Und Sie gehen dann her und schaffen es dann mit einer noch ein bißchen aktuelleren Statistik zu zeigen, daß ein Zehntel oder ein halbes Prozent der Arbeitslosigkeit in der Steiermark eliminiert wurde. Ich glaube aber kaum durch die Programme, sondern dadurch, daß einige Leute ziemlich gute Nerven haben und es schaffen, in der einen oder anderen Form sich doch im Erwerbsmarkt zu etablieren, mit allen Brüchen in den Biographien, mit allen Schwierigkeiten, die es gibt.

Noch ein Wort zur Landesrätin Rieder: Ich finde es faszinierend, daß es auf der Landesebene von keinem der Regierungsmitglieder Lust gibt zu sagen, ich bin der arbeitsmarktpolitische Landesrat oder ich bin die arbeitsmarktpolitische Landesrätin. Das ist eine Vorgabe, eine Förderung, die von den Grünen kommt. Wir wollen da eine klare Ressortierung. Wir wollen, daß eine Person sagt, ich bin bereit, diese Programme zu tragen, ich bin bereit, dafür geradezustehen mit dem, was arbeitsmarktpolitisch in der Steiermark läuft, hole mir dann die Lorbeeren, bin aber auch bereit, für die Mißerfolge einzustehen.

Landesrätin Rieder sagt, sie ist da eigentlich nicht zuständig für die arbeitsmarktspezifischen Anfragen in dieser liberalen Anfrage, das soll bitte der Paierl machen.

Gleichzeitig plakatiert die SPÖ tagtäglich, wie viele neue Jobs geschaffen werden. Wie paßt das jetzt zusammen? Das ist für mich nicht mehr nachvollziehbar. Noch ein Punkt ad Landesrätin Rieder. Es ist absurd, daß der Landesbeamte, der wirklich die Jobkompetenz in der Steiermark hat, das ist der Landesamtsdirektor Wielinger, der Chef vom NAP ist. Für das Nationale Beschäftigungsprogramm ist jeder unserer virtuellen neun Regierer zuständig. Das ist segmentiert auf neun Regierungsmitglieder, in einer Proporzstruktur, wie wir sie in dieser Dichte nur mehr in der Steiermark finden. Herr Wielinger ist der „Briefkasten“, Herr Wielinger ist der neue Arbeitsmarktexperte in der Steiermark. Keiner von Ihnen, der da sitzt, hat sich je darüber beschwert, daß ein Verfassungsrechtler, der über weite Strecken, was Positionierungen des Landtages betrifft – ich sage es vorsichtig – nicht gerade kooperativ ist, unser neuer „Briefkasten“ für Beschäftigungsinitiativen ist, und zwar dort, wo das meiste Geld sitzt, nämlich im Nationalen Beschäftigungsplan. (Beifall beim LIF.)

Landesrätin Rieder ist dann auf die Idee gekommen, also das werde ich mir zeit meines Lebens merken, unter ihren frauenpolitischen Maßnahmen die Finanzierung des Frauenhauses der Stadt Graz anzuführen, 2,3 Millionen Schilling. Das heißt, man geht her und nimmt eine wichtige Struktur, die zum Glück für Frauen und Kinder mit Gewalterfahrung errichtet wurde, her und vermengt und vermischt sie

mit einem sozialökonomischen Beschäftigungsprogramm. Das ist eine Art von Nachhaltigkeit und umfassendem Beschäftigungszugang von der SPÖ, die findet ihresgleichen nicht so leicht.

Herr Landesrat Paierl hat etwas gesagt, was mich einerseits positiv stimmt, andererseits aber ziemlich irritiert, er hat gemeint, das Land Steiermark soll „helfen“. Und immer dann, wenn ich zu oft den Begriff helfen höre, bekomme ich eine leichte Gänsehaut, weil „helfen“ meistens heißt, daß Selbsthilfe und Eigenengagement nicht mehr möglich ist. Ich weiß, daß das nicht Ihr Zugang ist, Herr Landesrat, aber ich spreche es trotzdem aus, weil dieses „Helfen“ motiviert, sich bei einer der Parteien anzulehnen, weil dieses „Helfen“ dazu führt, ich zitiere Sie jetzt ein zweites Mal, „professionelle Unterstützung bei Anpassungsproblemen“, daß man die Menschen an den Arbeitsmarkt anpaßt, daß man die Menschen daran anpaßt, sich immer grausameren Arbeitsmarktbedingungen zu unterwerfen, immer flexibler zu sein.

In der Steiermark gibt es übrigens keinen einzigen Betriebskindergarten mehr. (Abg. Pußwald: „Neckermann!“) Die Frauen und Männer, die Kinder haben und arbeiten gehen wollen, sind selbstverständlich auf andere Strukturen angewiesen.

In der Steiermark gibt es laut Aussage des für Kindergärten zuständigen Hofrates keinen einzigen Betriebskindergarten mehr. (Abg. Vollmann: „Da hat sie recht!“) Und da frage ich mich, wie weit werden wir es noch schaffen oder Sie es noch schaffen mit Ihrer Politik, Menschen immer mehr an inhumane Beschäftigungssituationen, die ökologisch und sozial entsprechende Auswirkungen haben, anzupassen? Ist das die Vorgabe? Oder sollte es nicht umgekehrt sein, daß wir versuchen, die sogenannten nicht marktfähigen Menschen, die immer weiter an den Rand gedrängt werden, daran zu hindern, sich immer mehr an einen sehr dynamischen, teilweise grausamen entschleunigten Markt anzupassen, und zwar bis dahin, daß immer mehr aus dem Netz herausfallen und dann hängenbleiben in einem der unkoordinierten, teilweise realitätsfernen Beschäftigungsprogramme, die parteipolitisch eingefärbt werden?

Kurz noch zu den einzelnen Aktivitäten, die von seiten der Grünen gebracht werden. Arbeitsuchend waren in der Steiermark im Winter ungefähr 50.000 Steirerinnen und Steirer. Es gibt wie gesagt auch im künftigen Landesbudget, da bin ich überzeugt, keinen gemeinsamen Fonds, wo alle beschäftigungspolitischen Mittel zusammengezogen werden. Die Maßnahmen werden nicht nachhaltig sein, sondern nach der parteipolitischen und nach der Wahlkampflöge, der Plakatlogik werden diese Mittel aufgeteilt sein: Es gibt weiters keine Einbeziehung der direkt Betroffenen in die Maßnahmen. Also, ich denke mir, ein Frauenbeschäftigungsprogramm, wo man eine 50jährige angeblich nicht mehr marktfähige Frau, die 30 Jahre lang Kinder aufgezogen hat und die einiges an Managementqualitäten aufweist, einbezieht, das wäre spannend. Ich würde es interessant finden, die 16jährigen Punks, über die sich unsere Freiheitlichen in der Früh so furchtbar aufgeregt haben, die einzubeziehen, weil ich glaube, daß die ziemlich kreative, ungewöhnliche Ideen bringen könnten, vielleicht gerade im Bereich alternative Dienstleistung oder gerade

im Bereich Alternativtechnologien, oder sogar Solartechnologie, möglicherweise auch im Bereich Telekommunikation. Und ich fände es sehr interessant, wenn man auf der Landesebene den Mut haben würde, ein gemeinsames Programm so zu erstellen, das uns nicht die Soziallandesrätin serviert. In der Regierung ist bereits im Februar ein Programm beschlossen worden. Ich nehme einmal an, daß das nicht einmal die Landtagskollegen und Landtagskolleginnen selbst wissen. Ich möchte, daß man dieses Programm partizipativ erstellt, daß es einen Arbeitslandesrat oder eine Arbeitslandesrätin in der Steiermark gibt, die darf dann gerne ihre Erfolge auch im Rahmen der kommenden Wahl plakatieren.

Der dritte Punkt, daß die Maßnahmen so gestaltet werden, daß man nicht die Menschen immer mehr an den Markt anpaßt, an einen Markt, wo ja alles andere als Bewegungsfreiheit herrscht. Wer darf sich denn am Markt frei bewegen? Da dürfen sich die frei bewegen, die mächtig sind, es dürfen sich die frei bewegen, die parteipolitisch in der einen oder anderen Form ange dockt sind an Rot, Schwarz, teilweise auch Blau, und es dürfen sich die frei bewegen, die in unserer Gesellschaft die Möglichkeit haben, schnell genug zu sein, die fit genug sind, die schick genug sind, die engagiert genug sind, die dynamisch und trendig genug sind. Genau für diese Leute gibt es am Arbeitsmarkt zum Glück Möglichkeiten, sich zu integrieren. Die sozialpolitischen Beschäftigungsprogramme und -offensiven, die gemacht werden sollten, die sind für die Antischicken, für die Antifiten und für die Leute, die wegdefiniert werden von der herrschenden Politik, durch eine patriarchale Steuerpolitik, eine Steuerpolitik, die Menschen bestraft, die „Arbeit“ anstellen, und nicht Maschinen- und Transportkilometer. Wir wünschen uns von seiten der Grünen, daß es ein Beschäftigungsprogramm gibt, einen Politikwechsel im Sinne dessen, was ich gerade gesagt habe und was die Liberalen mit ihrer Anfrage intendiert haben.

Ich finde diese Anfragebeantwortung von Ihnen und das, was dann die Freiheitliche Klubobfrau draufgegeben hat, demotivierend. Es ist eine Absage an ein koordiniertes Vorgehen, es ist eine Absage an ein kreatives Vorgehen, und es ist ein mutloses Vorgehen angesichts einer Gesellschaft, wo Erwerbsarbeit leider Gottes oder Gott sei Dank immer noch zentral sinnstiftend ist. Aus Grüner Sicht ist diese Dringliche Anfrage eine Offenbarung, wieviel an skurrilen Plakatinitiativen und Inseraten von Ihnen, von Ihnen und von Ihnen noch über uns hereinbrechen werden, ich befürchte da Schlimmes, und es ist eine Absage an das, was eigentlich mit dieser liberalen Dringlichen Anfrage intendiert war, nämlich von Ihnen herauszukriegen, wie Ihr beschäftigungspolitischer Weg ins dritte Jahrtausend ausschaut, und zwar partizipativ gestaltet, nachhaltig gestaltet, daß Leute nicht nur zwischengeparkt werden, und so gestaltet, daß die sogenannten nichtmarktfähigen Menschen und die sogenannten nichtmarktfähigen Arbeitsplätze ein Stück weiter ins Zentrum kommen, weil ich glaube, daß da eine Energie ausgehen würde und ein Elan und einiges an Ideen, die wir mit der Art von Programm, wie Sie es uns serviert haben, in den nächsten Jahren in der Steiermark ganz sicher nicht zustandebringen würden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall beim LIF. - 17.44 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (17.44 Uhr):** Frau Abgeordnete Zitz, ich gehe auf Sie direkt ein, weil ich glaube, daß das auch der Lebendigkeit dieses Hauses ganz guttut. Ich muß aber schon sagen, ich kämpfe sehr mit dem Problem, daß hier immer wieder Abgeordnete – und ich schätze Sie durchaus in Ihrer Gründlichkeit, aber auch Sie machen meines Erachtens den Fehler, hier mit einer vorgefertigten Ideologie, meistens sind es dann auch schon ausgefeilte Reden, hierher zu kommen, vorher nicht zuzuhören, was tatsächlich gesagt wurde und wozu auch eingeladen wurde. (Abg. Mag. Zitz: „Ich habe sehr genau zugehört!“)

Ich glaube, daß das für das Haus und auch für jene, die hier darüber berichten – es ist eh niemand da –, die dann zuhören und zuschauen, nicht gut ist, wenn man tatsächlich nicht darauf eingeht, was gesagt wurde. Und ich kann jetzt nur eines machen, und das tue ich mit wirklicher Überzeugung. Ich lade Sie ein, kommen Sie, nehmen Sie teil, beteiligen Sie sich. Frau Maier hat mir den Termin für Graz aufgeschrieben, am 27. Mai 1999. Im übrigen werden alle Abgeordneten vom BAB eingeladen, vom Büro für Ausbildungsberatung, um 17 Uhr im Tennisparadies Straßgang.

Die Einladung, wie gesagt, kriegen Sie dann alle. Es gibt dann auch in der Obersteiermark noch einige Termine. Wir waren schon einmal in Hartberg und einmal in Leibnitz.

Ich weiß nicht, was los ist. Sie sind fixiert (Abg. Mag. Zitz: „Aber Sie machen Programme!“), Sie meinen, es gibt dort den alten Klassenkampf. Bitte, dabei werden Sie mich nicht finden. Und insbesondere, wenn Sie sich auf die Anfragen der Liberalen und auf meine Antworten beziehen, ich weiß nicht, was man noch sagen muß diesbezüglich.

Ich bin überzeugt davon, daß die Menschen, ob sie Handikaps haben oder nicht, Potentiale haben, die Entwicklungswürdig sind, würdig sind, mit aller Menschenwürde, mit humanitären Gesichtspunkten, mit psychischer-sozialer Kompetenz. Da bin ich überzeugt davon. Sie werden auch sehen, daß die gut geführten Unternehmungen, insbesondere die im Dienstleistungsbereich, die modern geführten Unternehmungen auch das bereits erkannt haben, daß das wichtigste Wettbewerbskapital für sie diese Humanressourcen sind. Deswegen lasse ich es nicht zu, daß Sie sich herstellen, wie andere Altpolitiker auch – ich sage bewußt Altpolitiker –, und da wiederum von der schützenswürdigen Kaste oder Spezies sprechen. Sie machen den gleichen Fehler wie alle anderen, Sie sagen von vornherein, du bist behindert, und weil du behindert bist, muß ich dir helfen. (Abg. Mag. Zitz: „Das haben Sie gesagt!“) Das ist die schlimmste politische Behandlung, die man in unserer Gesellschaft überhaupt vornimmt. Das ist nicht mein Weltbild. Mein Weltbild ist eines der individuellen Optionen, der Freiheiten. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Und das ist Ihr Problem auch, aus der grünen Ecke. Ich meine, ich kenne Sie ja alle, ich bin dort auch eine Zeitlang herumgekriecht, Sie sind blockiert.

Bei den Freiheitlichen, wie gesagt, gestern Helmut Peter, das war für mich eine klasse Geschichte, und ich kenne auch Haselsteiner & Co.

Ein bißchen enttäuscht bin ich von Keshmiri, das sage ich Ihnen ehrlich, ich nehme mir da kein Blatt vor den Mund, daß in diesen Fragen da einfach keine Kultur zustande kommt, sondern jeder da hergeht und irgendwas, was er vielleicht mit irgendeinem Journalisten ausgemacht hat – die interessiert das eh auch nimmer – erzählt.

Bitte, nehmen Sie doch ein bißchen eine Vernunft an. Da geht es ja nicht um irgendwelche alten Klassenkämpfe. Die Menschen nehmen es eh nicht mehr so wahr. Wir müssen probieren, mit unseren neuen Methoden, die schwierig genug sind. Und deswegen sage ich, kommen Sie hin, nehmen Sie teil, es ist schwierig genug. Dort werden keine Bandln durchschnitten, da werden keine Plakate affigiert „Wir schaffen Arbeit“. Wir schaffen sie nicht, Arbeit schaffen, ja, das ist ein Befehl. Das ist ein Befehl an alle, ein Auftrag an alle, den wir alle haben.

Entschuldigung, ich war gar nicht vorgesehen. Es ist, glaube ich, nicht schlecht, wenn Sie herausfordern. Ich fühle mich herausgefordert. Ich kämpfe ja nicht Tag und Nacht für irgendeine Position oder irgendeine Geschichte da, sondern weil ich wirklich davon überzeugt bin, daß wir einen anderen Ansatz brauchen, daß wir endlich auch einmal befreien müssen. Das ist ja alles ein Knebelungsversuch, angefangen bei unserer Steuer und unseren Sozialabgaben. Lesen Sie nach den „Spiegel“, bitte. Und das ist kein Machwerk des Neokapitalismus, sondern das sind Leute, die es auch schon satt haben mit den alten Methoden. Oder der „Föhrrnberg-Kreis“.

Der Stefan Schleicher ist nicht einer, der rein schreibt, mein Gott, wieder Schwarz, Rot, und das wird Parteipolitik. Hören Sie doch auf!

Kein einziger, der zu mir gekommen ist, hat bisher noch irgendeine parteipolitische Punze gekriegt oder ist mit einer fortgegangen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.49 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prutsch Günther. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Günther Prutsch (17.49 Uhr. – Abg. Schinnerl: „Jetzt kommen die richtigen Ziffern!“):** Genau, genau! Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Schinnerl hat gesagt, jetzt kommen die richtigen Zahlen. Die sind ja mittlerweile eh richtiggestellt worden. Es ist schade, daß die Kollegin Keshmiri auf derart alten Zahlen basierend eine Dringliche Anfrage formuliert hat.

Beide Anfragebeantwortungen waren sehr umfangreich. Ich möchte nur einige Anmerkungen dazu noch machen.

Zum Thema „Frauenarbeitslosigkeit“: Einerseits steigt das Arbeitskräftepotential bei den Frauen ständig an. Man kann sich das in der Steiermark anschauen. 1981 betrug das Arbeitskräftepotential 151.029 Frauen, und 1997 waren es bereits 190.291. Das entspricht immerhin einer Zunahme von knapp 40.000 Frauen. Im gleichen Zeitraum hat sich das

Potential bei den Männern aber nur um rund 11.000 Personen erhöht. Das ist heute schon erwähnt worden, und ich möchte es nochmals unterstreichen. Die Steiermark hatte lange Zeit einen Nachholbedarf bei den Frauenerwerbsquoten. Einerseits ist es gesellschaftlich bedingt, war es eine doch in weiten Bereichen bis in die späten achtziger Jahre oder neunziger Jahre patriarchalische Gesellschaft. Auf der anderen Seite gibt es einen höheren Bildungsstand bei den Frauen.

Dieser Nachholbedarf bei den Frauenerwerbsquoten ist aber bei bestimmten Bereichen noch immer auffällig. Wenn man sich anschaut, in der Steiermark sind lediglich 54,3 Prozent der Alleinerzieherinnen erwerbstätig. Im Vergleich dazu, der Österreichschnitt ist 62,6 Prozent. Da sind also noch gewaltige Entwicklungspotentiale vorhanden.

Warum schreit denn der Kollege Wabl so? (Landesrätin Dr. Rieder: „Gewalt am Arbeitsplatz!“) Er verläßt den Arbeitsplatz. (Abg. Schrittwieser: „Er leidet darunter, daß er aufhören muß!“)

Ein wesentlicher Aspekt, der die Frauen sehr trifft. Die Teilzeitbeschäftigung, zum Beispiel im Handel, hat in den letzten Jahren sehr tiefgreifende und nachwirkende Auswirkungen gebracht. Einerseits hat es dadurch eine hohe Zahl an Beschäftigungsmöglichkeiten mehr gegeben, andererseits ist es aber für viele arbeitslose Frauen sehr schwer geworden, sich wieder am Markt zu etablieren, und zwar vor allem eine existenzbegründende Beschäftigung zu finden. Viele Frauen können mit dem Beschäftigungsangebot, auf dieser Teilzeitarbeit basierend, nicht überleben.

Aus der Praxis: Wenn man sich eine Alleinerzieherin oder eine alleinstehende Frau anschaut, und es sind mittlerweile Massenfälle, ein Beschäftigungsangebot Teilzeit - teilweise, wie es im Handel üblich ist, zweimal täglich zum Arbeitsplatz hinpendeln -, der Verdienst 6500, 7000 Schilling. Wenn man die täglichen Fahrten zur Arbeit rechnet, bleibt der Frau eigentlich zum Lebens nichts mehr übrig.

Das ist ein gravierendes Problem, dessen müssen wir uns bewußt sein. Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, daß Beschäftigungszahlen, gezählte Köpfe, steigen, sondern in der Teilzeitarbeit liegt wirklich für viele Frauen eine Existenzbedrohung. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Nachdem jetzt die arbeitslose Frau nicht in der Lage ist, eine derartige Teilzeitbeschäftigung anzunehmen, werden Frauen aus der sogenannten stillen Reserve für derartige Beschäftigungen rekrutiert, Frauen, die verheiratet sind, nicht unbedingt aus dem Überlebensdruck heraus motiviert, diese Teilzeitarbeitsangebote anzunehmen.

Dazu kommt auch noch ein Problem, das sollten wir in diesem Rahmen nicht aus den Augen verlieren, das ist die geringfügige Beschäftigung. Die geringfügige Beschäftigung nimmt in den letzten Jahren stetig zu, in den letzten Monaten sehr stark. Das schafft zusätzliche große Probleme, vor allem für Frauen, auf dem Arbeitsmarkt.

Für arbeitslose Frauen wird es, wie gesagt, immer schwieriger, sich am Markt zu etablieren. Aber trotz allem ist es gelungen, das Potential an langzeitarbeitslosen Frauen in der Steiermark in den ersten vier

Monaten des heurigen Jahres um 562 auf - einen noch immer sehr hohen Level - 4298 Frauen zu verringern. Aber sehr wesentlich ist, daß 44 Prozent der langzeitarbeitslosen Frauen über 40 Jahre sind. Und Sie wissen, daß für sogenannte ältere Arbeitnehmer - und leider beginnt es bei Frauen zum Teil schon bei 40 - es immer schwieriger wird, sich am Markt zu etablieren beziehungsweise wieder Fuß zu fassen. Das ist eine Entwicklung, die uns natürlich nachdenklich machen muß.

Heute ist es in einer Wirtschaftsdiskussion schon angesprochen worden, Arbeitsplätze schafft die Wirtschaft, Arbeitsplätze schaffen nur die Betriebe. Gut, das stimmt, aber nicht im erforderlichen Ausmaß, muß man dazusagen, meine Damen und Herren. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Warum nicht?“) Weil die Marktwirtschaft aus meiner Sicht auch nicht sozial ist. Aus meiner Sicht gibt es keine soziale Marktwirtschaft, weil die Marktwirtschaft nicht Rücksicht nimmt auf persönliche Probleme, wie zum Beispiel bei Frauen auf Betreuungspflichten, nimmt keine Rücksicht auf Behinderung, nimmt keine Rücksicht auf das Alter. Es ist klar, naturgemäß steht beim Betrieb der betriebliche Erfolg, der betriebswirtschaftliche Erfolg im Vordergrund.

Aber wer schafft jetzt für jene Menschen Möglichkeiten, sich wieder an die aktuellen Anforderungsprofile heranzubilden? Das ist, glaube ich, die Aufgabe der Politik, und da sind wir gefordert, natürlich Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, aber auch Möglichkeiten zur Beschäftigung zu schaffen. Man spricht ja mittlerweile nicht nur vom zweiten Markt, sondern wir brauchen offensichtlich in manchen Bereichen schon einen dritten Markt. Wir haben auch die Aufgabe zu qualifizieren, wir haben auch die Aufgabe, schlichtweg aufzufangen und letztlich die Betroffenen nicht in die Hoffnungslosigkeit abgleiten zu lassen. Und daher ist es, glaube ich, wichtig, daß Initiativen gesetzt werden. Und jede Initiative, die hier ansetzt, ist eigentlich zu begrüßen und zu unterstützen, und nicht so, wie hier auch passiert, zu kritisieren. Ich glaube, unsere Gesellschaft ist eine der reichsten der Welt, wir können uns Beschäftigungsinitiativen, Qualifizierungsinitiativen, Auffanginitiativen leisten. Wir können es nicht nur, wir müssen es auch. Eines muß uns aber auch klar sein. Daß mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die Chancen auf ausbildungsadäquate Beschäftigungswiederaufnahme sinken. Wir wissen auch, daß Verdrängungsprozesse laufen. Ziel der Arbeitsmarktpolitik muß es daher vor allem sein, die Dynamik einerseits zu erhalten und zumindest die zeitweilige Etablierung oder Partizipation am Arbeitsmarkt für möglichst alle sicherzustellen. Aufgabe wird es auch sein, persönliche Defizite abzubauen. Das Selbstwertgefühl zu erhalten und Jungen, die eigentlich noch nie eine Chance hatten, sich zu bewähren, das Gefühl zu vermitteln, daß sie gebraucht werden von dieser Gesellschaft. Und da gibt es schon Erfolge zu vermeiden, und wenn das hier so locker weggewischt wurde, daß im Programm „Job 2000“ eigentlich nur 300 Jugendliche bis dato innerhalb von fünf Monaten Beschäftigung fanden, dann verstehe ich diese Kritik nicht. Immerhin wurde diesen 300 Jugendlichen geholfen, konkret geholfen in der Form, daß sie eine Beschäftigung erhalten haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Und was auch interessant ist an diesem „Job-2000“-Projekt, daß auch eine Vielfalt drinnen ist von gemeinnütziger Arbeitskräfteüberlassung über Pflegehelferkurse, über Managementtraining bis hin zu Jugendqualifizierungsmaßnahmen für 200 Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Zur Lehrausbildung, das ist kurz heute angeklungen: Ich bin mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden, weil nach wie vor nur ein Bruchteil der Betriebe, wie es richtig gesagt wurde, Lehrlinge ausbildet und viele Kleinbetriebe oder nahezu ausschließlich Kleinbetriebe sich mühen und die Großbetriebe die fertigen Facharbeiter abwerben, ohne einen adäquaten Beitrag zur Ausbildung von Facharbeitern zu leisten. Und das Zweite, daß ich die derzeitige Förderungspraxis als nicht zielführend ansehe, weil unter Einsatz von Fördergeldern die wirklichen Strukturmängel nicht bereinigt werden. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist auch wieder ein Klischee!“) Nein das ist kein Klischee, sondern das ist so. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sie wissen aber schon, daß es Großbetriebe gibt, die ausbilden!“) Ja, aber immer weniger, und das ist auch das Problem, daß eigentlich in der verstaatlichten Industrie, in der vielgeschmähten verstaatlichten Industrie sehr viele Jugendliche ausgebildet wurden, Lehrwerkstätten geschlossen wurden und wir jetzt natürlich dort vor Problemen stehen, da brauchen wir uns nichts vorzumachen! (Beifall bei der SPÖ.)

Tatsache ist, und da muß ich der Kollegin Keshmiri widersprechen, daß die Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark kaum sinkt (Abg. Keshmiri: „Das wäre ja bedauerlich, wenn sie nicht ein bißchen gesunken wäre, bei dem ganzen Geld, das Sie da hineingebuttert haben!“) Nein, sie sinkt respektabel. Man soll nicht immer alles so wegwischen. Sie sinkt! Und eigentlich wird uns auch die demographische Entwicklung in Zukunft helfen. Ist natürlich kein Trost, aber im Prinzip ist es für die Betroffenen eine gute Entwicklung.

Aber wenn es auch dem Herrn Landesrat nicht paßt, trotz derzeitiger positiver Entwicklungen am Arbeitsmarkt werden wir auch in Zukunft gezielt Maßnahmen setzen müssen, um eben Ausgrenzungen zu verhindern. Ich möchte dabei nicht unerwähnt lassen, daß vor allem auch den Gemeinden dabei eine besonders wichtige Rolle zukommt und zukommen wird. Ich glaube, da wird der Kollege Gennaro noch etwas genauer hineinschauen. Wir sollten Beschäftigungsprogramme und -projekte nicht in Frage stellen, Kollegin Keshmiri, sondern bestmöglich unterstützen.

Zur Kritik von Kollegin Zitz. Sie spricht davon, daß Arbeitslose durch Programme gejagt, zwischengeparkt werden und sagt dann vollmundig: „Sie müssen mit den Leuten in diesen Maßnahmen sprechen!“ Ich bin tagtäglich damit befaßt. Gestern habe ich einen Pflegehelferkurs in unserem Bezirk eröffnet, eine Ausbildungsmaßnahme mehrheitlich für Frauen. 68 Frauen haben sich beworben um 18 Ausbildungsplätze. Niemand ist in diese Maßnahme gejagt worden, es wurde eine Möglichkeit geschaffen, eine Ausbildung zu absolvieren. Oder ebenfalls gestern begonnen, eine Beschäftigungsmaßnahme für Langzeitarbeitslose im Rahmen des Stadtmauerprojektes in Bad Radkersburg. Niemand ist dort hineingezwungen worden, die Leute haben gekämpft darum, in ein derartiges Projekt zu kommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte das abschließend sehr dezidiert zurückweisen, daß die Kollegin Zitz hier behauptet, wir zwingen die Leute in Beschäftigungsmaßnahmen. Wir versuchen, den Menschen neue Perspektiven zu geben, die Möglichkeit zu geben, sich am Markt wieder zu etablieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, und das gilt für alle Kritiker hier, auch Ihrer Kreativität und Ihrem Nachdenken sind keine Grenzen gesetzt, Sie können sich auch bemühen, um zusätzliche Beschäftigungspotentiale zu schaffen. Ich glaube, das gilt auch für die Kollegin Keshmiri, aber im besonderen für die Kollegin Zitz. (Beifall bei der SPÖ. – 18.03 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster auf der Rednerliste ist der Herr Abgeordnete Hochegger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Mag. Hochegger (18.04 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich darf noch kurz auf meine Vorredner eingehen und zuerst bei Frau Mag. Bleckmann verweilen, wie sie uns aufgefordert hat: „Reden Sie mit der Bevölkerung!“ Das tun wir, und wir hören sinngemäß durchaus dasselbe wie Frau Mag. Bleckmann. Hier kann ich ihr zustimmen, aber umgekehrt muß man fairerweise in Richtung Frau Mag. Bleckmann auch sagen, reden Sie mit Unternehmern, die da sagen, wir suchen Mitarbeiter und bekommen keine, wir suchen Lehrlinge und bekommen keine. Also das ist die andere Seite. (Abg. Ing. Schreiner: „Das hat sie nie in Abrede gestellt. Das ist eine Tatsache!“) Ist eine Tatsache. Ich möchte das nur komplettieren, und ich darf auch gleich vorweg auf den Entschließungsantrag der freiheitlichen Fraktion eingehen, wir werden dem nicht folgen können, weil wir wollen keine zusätzlichen Institutionen im Moment schaffen. Der Landtag hat das Arbeitsförderungsgesetz beschlossen, und wir sind dabei, mit dem Arbeitsförderungsbeirat hier die entsprechende Anlaufproblematik zu lösen und auch hier koordiniert vorzugehen, und unter anderem ist auch die freiheitliche Fraktion genau in diesem Beirat sehr qualifiziert durch Herrn Norbert Staffaneller vertreten. Ich darf nun auf Mag. Zitz eingehen, betreffend der Evaluierung. Jetzt ist sie nicht da, oder auch nicht da.

Aber im Endeffekt sei diesbezüglich festgehalten, evaluiert werden die Dinge sicherlich vom Arbeitsmarkt auf der einen Seite, und auf der anderen Seite, das muß jeder Politiker wissen, die endgültige und echte Evaluation macht dann schon der Wähler. Deswegen haben wir ja befristete Verantwortung hier wahrzunehmen.

In weiterer Folge, wer ist zuständig, hat die Frau Mag. Zitz sehr nachhaltig gefragt, für die Arbeitsmarktpolitik im Lande Steiermark? Ich sage ganz eindeutig, wir sind zuständig – der Landtag, jeder der 56 Abgeordneten trägt hier Verantwortung für das Land. Es geht nicht, daß man von hier aus auf die Regierungsbank zeigt und entweder den einen oder anderen Regierer hier zur Verantwortung oder durch den Kakao zieht. Wir alle – wir 56 – sind mitverantwortlich, genauso wie alle neun Regierungsmitglieder. (Abg. Keshmiri: „Dann lassen Sie uns mitreden, wenn wir Verantwortung mitübernehmen sollen!“)

Wir 56 brauchen nur hier die richtigen Beschlüsse fassen. Sie wissen genau, welche „Zores“ wir haben, bei sinnvollen Maßnahmen, unter fünf Fraktionen einen gemeinsamen Nenner zu finden. Das ist schwierig genug. Ich sage Ihnen in aller Offenheit, es ist sogar auch schwierig, innerhalb einzelner Parteien einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Noch einmal zur Frau Mag. Zitz, sie ist in der Form auch zuständig – ich habe das wiederholt hier im Landtag schon gesagt –, mein Appell an die Frauen, uns fehlen in der Tat Frauenlehrberufe. Wir haben ein großes Problem am Lehrstellenmarkt mit den Frauen. Ich hätte von der Frau Mag. Zitz sehr gerne – und das meine ich jetzt weder zynisch noch sonst irgendwie mit irgendeinem Unterton – die eine oder andere Idee, welche Frauenlehrberufe man neu einführen sollte. Das ist ein echtes Manko. Wir sind auch hier – alle 56 – gefordert, der Steiermärkische Landtag, hier entsprechende Ideen einzubringen, genauso wie der Landesrat Paierl sehr häufig sagt, wo sind die Programme, wo sind die Ideen? Er hat keine, und diejenigen, die kritisieren, mögen sich einmal dazu aufraffen, auch ein Konzept oder eine Idee vorzulegen. (Landesrätin Dr. Rieder: „Er hat keine?“) Ich meine die Kritiker. Also die, die hier großspurig kritisieren, sind eingeladen, ein gutes Konzept oder Programm einzureichen.

Nun noch ganz kurz zur sozialen Marktwirtschaft. Das ist auch schon gefallen. Wir von unserer Fraktion – von der Volkspartei –, wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft. Und wie sozial kann sie denn sein? Also hier müssen wir mit Sicherheit bei der Marktwirtschaft die Kirche im Dorf lassen. Das wissen wir. Aber ich darf daran erinnern, daß es immerhin die soziale Marktwirtschaft ist, die zum Teil verschmähte Marktwirtschaft, die in Österreich den Familienlastenausgleichsfonds finanziert. Wir wissen – jeder der 56 weiß das –, daß daraus die Karenzgeldfinanzierung in Österreich erfolgt, daß daraus die Schulbuchfinanzierung in Österreich erfolgt, daß daraus die Schülerfreifahrten in Österreich erfolgen. Und das wird von der sozialen Marktwirtschaft finanziert. Es wird auch von der sozialen Marktwirtschaft die Kommunalabgabe geleistet. Das heißt, daß auch ein Unternehmen – und das kritisiere ich in der Tat –, das Lehrlinge ausbildet, auch noch dafür eine Kommunalabgabe zu leisten hat. (Abg. Schrittwieser: „Die Kommunalabgabe verdienen die Beschäftigten!“) Das würde ich nicht so sagen. Die Wirtschaft ist immer ein gemeinsames Boot, Herr Schrittwieser.

Dazu gehört ein fähiges Management, und dazu gehört eine qualifizierte Mitarbeiterschaft. Das ist unser Verständnis von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Von dem sind wir nicht abzubringen. (Abg. Schrittwieser: „So ist es!“ – Abg. Vollmann: „Wenn man wirtschaften kann, dann funktioniert es!“)

Das ist die Voraussetzung.

Ganz kurz noch zum Kollegen Günther Prutsch. Er ist im Moment auch nicht da. Die Verantwortung, auch in der Tat, kann ich ihm voll zustimmen. Wenn jeder Bürgermeister oder jede Gemeinde – und wir haben 543 in der Steiermark – es schafft, in diesem Jahr eine Lehrstelle mehr zu realisieren, dann haben wir mit einem Schlag ein beachtliches Potential von über 500 Ausbildungsplätzen in der Steiermark geschaffen.

Jetzt, lieber Herr Kurt Gennaro, ich schätze dich, aber heute bin ich besorgt um dich. Ich mache mir wirklich Sorgen um deinen Zustand.

Ich darf folgendes ausführen, was ich nicht verstehe und wo ich dich schon gewaltig kritisieren muß, oder die sozialdemokratische Fraktion, ich beklage.

Bisher – ich bin noch nicht so lange Mitglied des Wirtschaftsförderungsbeirates – haben wir in konstruktiver Diskussion und konsensualer Vorgangsweise sehr wesentliche Dinge für die Steiermark bewegen können. Aber nunmehr scheint sich die Sozialdemokratie vor dem wirtschaftspolitischen Erfolg des Landes zu fürchten und seilt sich hier ganz einfach ab.

Es war beim letzten Wirtschaftsförderungsbeirat das erste Mal, daß der Herr Gennaro – mein hochgeschätzter Gennaro – sehr wesentliche zukunftsweisende Projekte (Abg. Ing. Schreiner: „Seit wann ist er ‚mein hochgeschätzter Gennaro?‘“), daß der Herr Kurt Gennaro – der besagte Arbeitsmarktpolitiker – zukunftsweisende Projekte für das Land blockiert. Die werden ganz einfach blockiert, ohne besondere Begründung.

Ich darf hier die Begründung nachliefern, weil es war die sozialdemokratische Fraktion nicht fähig oder nicht willens, das im Beirat zu vollziehen. Hier geht es um folgendes: Es gibt ein Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales an die Firma Magna Automobiltechnik AG., und hier wird festgehalten: „Das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist darüber informiert worden, daß in einem Unternehmen der Magna Holding AG. eine Arbeitnehmerin gekündigt wurde und daß die gekündigte Arbeitnehmerin gerichtliche Schritte gegen diese Kündigung wegen Behinderung der Errichtung eines Betriebsrates unternommen hat.“ Also, das ist die vage Aussage. Es geht hier um eine Arbeitnehmerin bei einem Unternehmen, das derzeit in Österreich 6500 Mitarbeiter beschäftigt. Vor zehn Jahren hat es von diesem Unternehmen in Österreich noch keinen Arbeitsplatz gegeben.

Wenn man derartige Kleinigkeiten und Faden-scheinigkeiten hernimmt, um Projekte des Landes und damit das wirtschaftspolitische Standortimage der Steiermark auf das Spiel setzt, dann, lieber Kurt, dann bin ich nicht bei dir, und dann mache ich mir um dein wirtschaftspolitisches Verständnis oder deine Verantwortung um die Beschäftigung in der Steiermark berechnete Sorgen, zumal es anscheinend ja so sein wird, daß der kleine Kurt Gennaro, der vorher die Dinge mit seinem neuen Gefährten Dipl.-Ing. Grabner oder Kollegen blockiert, in Kürze wahrscheinlich in „Steiermark heute“ großspurig sich aufspielen wird als Retter der Arbeitsplätze oder der Beschäftigung im Automobilbereich der Steiermark, was er vorher blockiert hat.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Gennaro, das ist eine Doppelzüngigkeit, und diese Dinge habe ich von dir eigentlich nicht erwartet. Aber ich glaube, daß du hier eigentlich nicht im Sinne des Landes und der Beschäftigung agierst. Das zu dieser Sache. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf im Zeitraffer noch ganz schnell auch Stellung nehmen, Frau Keshmiri, lieber Christian Brünner, liebe Frau Mag. Zitz und lieber Dr. Martin Wabl, zum Jugend-NAP.

Das ist nicht das Gelbe vom Ei, das wir uns gewünscht haben. Das wissen wir alle ganz genau. Aber es ist eine bundespolitische Maßnahme, die wir in der Steiermark unter Vorsitz des Landeshauptmannes zu realisieren hatten und umgesetzt haben. Es haben im Jugend-NAP der Steiermark 800 junge Menschen eine Alternative zur Nichtbeschäftigung oder Nichtausbildung bekommen. Und das haben wir wahrgenommen. Das heißt, wenn man hier sagt, von Ideenlosigkeit oder von konfuser Vorgangsweise, davon kann hier wohl nicht die Rede sein. Ich rufe in Erinnerung, 800, im letzten Jahr passiert, um das positiv zu vermerken.

Zweiter Punkt. Wir haben von der Volkspartei initiiert – Frau Landeshauptmann und Wirtschaftslandesrat – die Startjob-Aktion, wurde belächelt und kritisiert. Auch nicht der Stein der Weisen, aber besser als nichts. Eine Alternative für 230 junge Steirerinnen und Steirer. Ich bin jetzt schon bei 1030. Und es ist uns im letzten Jahr gelungen durch die Gründerinitiative bei innovativen Betriebsgründungen mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes, 200 innovative Neugründungen zu managen und zu unterstützen. Wir wissen auf Grund einer Untersuchung der Wirtschaftsuniversität Wien, des Institutes für Klein- und Mittelbetriebe, daß in der Steiermark jede Neugründung im Schnitt im ersten Jahr fünf Beschäftigte aufweist. Hier liegen wir massiv über dem Bundeschnitt, das habe ich im letzten Landtag schon festgehalten. Wenn ich das durchrechne, komme ich zu weiteren 1000 Beschäftigten, ich bin jetzt schon bei 2030 angelangt. In der Tat ist es so, wenn man die neueste Statistik des AMS richtig interpretiert – und ich bin ein großer Skeptiker von AMS-Statistiken, das habe ich letztens gesagt, weil sie keine Tagesaktualität, sondern nur eine Stichtagsaktualität wiedergeben kann und es immer bei jeder amtlichen Statistik Dunkelziffern gibt. Aber nichtsdestotrotz, damit ich nicht verdächtig bin, nehme ich von etwas anderem etwas. Wir haben den höchsten Beschäftigtenstand in der Steiermark, den es jemals in einem April gegeben hat, Rekordbeschäftigung. Wir haben um 2374 Arbeitslose weniger als genau im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Beschäftigung steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt. Wir können dann noch diskutieren, Frau Keshmiri. Wir haben um 1158 beschäftigte Frauen mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das heißt, die Frauenbeschäftigung steigt. Wir haben das Problem nicht gelöst, aber auch hier haben wir eine positive Tendenz. Die Anzahl der arbeitslosen Jugendlichen sinkt, wir haben um 475 arbeitslose Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren weniger. Auch hier haben wir noch Probleme zu lösen, aber im Trend, in der Tendenz sind wir richtig unterwegs. Und der Bestand an offenen Stellen, der gemeldeten offenen Stellen beim AMS – da sind bei weitem nicht alle gemeldet, viele Unternehmen melden sich ja nirgends, weil sie ja auf Grund des Fachkräftemangels gar niemanden bekommen –, auch hier haben wir um 227 offene Stellen mehr, als das im Vergleichszeitraum des Vorjahres der Fall war. Es wurde heute schon vom Wirtschaftslandesrat Herbert

Paierl die APA-Meldung des Tages zitiert, ich darf sie nur deshalb in Erinnerung rufen, weil wir ja große Probleme haben, die Erfolge des Landes wahrhaben zu wollen, lieber Heinz Völlmann. Das ist ja euer großes Problem! (Abg. Völlmann: „Du hast da größere Probleme als wir!“) Ich zitiere nur einen Punkt daraus. Wenn man das Wirtschaftswachstum, das Brutto-regionalprodukt real im Bundesländervergleich herinnimmt, liegt die Steiermark mit einem Plus von 4,3 Prozent, meine Damen und Herren, an erster Stelle, an erster Stelle! Das heißt, hier muß im Land etwas passiert sein, was nicht das Schlechteste sein kann, das sei auch diesbezüglich festgehalten.

Und jetzt zu den verschiedenen Beschäftigungsprogrammen. Meine Damen und Herren, dieser Landtag, diese 56 Führungskräfte des Landes Steiermark haben vor nicht allzu langer Zeit dieses Arbeitsförderungsgesetz beschlossen, und wir haben morgen die zweite Sitzung des Arbeitsförderungsbeirates, und da sind vertreten das Sozialressort des Landes, das Wirtschaftsressort des Landes und das AMS. Und wir werden genau mit diesem Beirat diese wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Klammer der Koordination schaffen. Wir haben nur das Arbeitsförderungsgesetz in diesem Landtag nicht früher beschlossen. Wenn wir wollen, schaffen wir die Koordination, und wenn wir unfähig sind, hier zu koordinieren, dann haben wir natürlich auch in der Zukunft unsere Probleme. Und dieser steirische Landtag, diese Versammlung von 56 Führungskräften hat es vor wenigen Wochen nicht geschafft, einem Antrag der steirischen Volkspartei zuzustimmen, daß wir aus den Erlösen des Verkaufes der Landeshypo – da haben wir ja 1500 Millionen netto eingestreift oder ein bißchen mehr noch – (Abg. Ing. Schreiner: „1650!“) 1650 –, und da wollten wir 21 von der ÖVP auf Grund einer Konzeption und Anregung vom Wirtschaftslandesrat einen sogenannten Zukunftsfonds schaffen, damit wir genau innovative zukunftssträchtige Maßnahmen realisieren könnten. Und siehe da, die 56 Führungskräfte waren nicht bereit, hier mitzugehen, wir wurden niedergestimmt, und zu meinem Bedauern auch von der Fraktion meines hochgeschätzten Kollegen Franz Schreiner. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Den schätze ich nimmer!“)

Und wenn wir im Bereich – (Abg. Völlmann: „Du redest viel zu lange!“)

Lieber Heinz, deine Fraktion ist ja komplett nicht vertreten. (Abg. Völlmann: „Ja, wenn du so lange redest!“) Ihr seid ja komplett die letzten Mohikaner, und weil du schon bald in Pension gehst, ist es dir schon Wurscht, deswegen sitzt du noch da. Aber sonst ist ja von euch fast niemand da, weil euch die positive Entwicklung bei der Beschäftigung in Wirklichkeit ja Schmerzen bereitet. Ihr habt ja den Erfolgsschmerz, den schafft ihr nicht, und deswegen ist keiner da. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Völlmann: „Du sagst nicht die Wahrheit. Du erzählst nur Geschichten!“)

Aber nun zum Turn-around-Fonds, ebenfalls eine Innovation, ein Versuch, und wann immer wir wirtschaftspolitisch etwas Neues probieren, was nicht alteingesessene Gewerkschaftsideologie ist, sozusagen vergangenheitsorientiert, hat die Sozialdemokratie enorme Probleme, hier mitzugehen – abgelehnt und blockiert. Die vielzitierte GPI-Lösung, lieber Kurt

Gennaro, das wissen wir beide, die Bundes-GPI, die ist ja ohnedies auch in der Steiermark aktiv tätig. Zu was, auf guat steirisch, eine zweite steirische GPI? Das mußst du uns auch erklären oder vielleicht kommst du jetzt mit einer neuen Lösung. (Abg. Tasch: „Peter Hohegger, ich tät' jetzt ein bißchen aufpassen, ich würde auf keinen Fall mehr ‚lieber Kurt Gennaro' sagen, weil wenn er jetzt ans Rednerpult kommt, dann bin ich überzeugt, daß er alles andere als lieb ist!“)

Meine Damen und Herren, ich bekomme sonst wieder Zeitprobleme, ich werde dauernd unterbrochen, ich kann mich da anscheinend nicht durchsetzen. (Präsident Dr. Strenitz: „Sie haben noch 32 Sekunden!“) Vielleicht nur noch zur Arbeitslosigkeit, warum steigende Tendenz, warum weniger steigende Tendenz. Wir müssen akzeptieren, daß wir trotz steigender Beschäftigung auch ein steigendes Arbeitskräftepotential haben, das auf den Arbeitsmarkt drängt. Einerseits verlieren wir nach wie vor Arbeitsplätze auf Grund der hohen Humankapitalkosten, der Arbeitskosten, bringen wir das politisch nicht zu stande, wird rationalisiert, hier verlieren wir österreichweit, europaweit die Arbeitsplätze, das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, daß viel mehr Frauen als je zuvor in die Berufstätigkeit wollen und sollen. (Abg. Mag. Hartinger: „Müssen! Müssen!“) Müssen, durchaus. Und der dritte Punkt ist, daß wir nach wie vor halt den Strukturwandel in der Landwirtschaft noch nicht fertig durchlitten und ertragen haben. (Präsident Dr. Strenitz: „Kollege Hohegger, die Zeitprobleme sind jetzt da!“) Die Zeitprobleme sind da, und ich sage zum Abschluß, wir müssen in Österreich – ich kann mich da selbst nicht mehr hören, aber trotzdem sage ich es immer wieder – die Arbeitskosten senken. Nur, wer immer den Vorstoß in Österreich macht, der wird von allen niedergeprügelt und niedergebügelt. Das ist uns noch nicht gelungen, und auch hier sind wir alle gemeinsam gefordert. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 18.25 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr hat der Herr Abgeordnete Gennaro das Wort.

**Abg. Gennaro (18.25 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Peter Hohegger!

Es vertieft unsere Freundschaft, wenn du mich mehrmals erwähnst. Ich darf dir nur sagen, bitte schön, mache dir um mich keine Sorgen. Falls du dich aufregst (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Das lasse ich mir nicht nehmen!“), empfehle ich dir Baldrian-Drei-Herz-tropfen, die beruhigen. Ich nehme die selber oft, wenn es ganz arg wird. (Abg. Mag. Hartinger: „Die verschreibt die Kassa nicht!“)

Hast kein Problem. (Abg. Wiedner: „Das ist chefarztpflichtig!“)

Nein, ist nicht chefarztpflichtig, lieber Kollege Wiedner. Die kannst du auch nehmen. Die kriegt sogar in der Apotheke ohne Rezept zu kaufen. Ist billiger.

Lieber Peter Hohegger, ich bin sogar bei dir, wenn du die Diskussion – (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Kollege Gennaro!“) Warte, höre jetzt ein bißchen zu,

es geht auf meine Zeit. Du wirst nachher etwas dazu sagen können, weil du wirst auch vorkommen in meinen Wortmeldungen.

Hohegger Peter, ich bin bei dir, wenn du sagst, die Arbeitskosten senken. Da brauchst keine Angst haben, daß du niedergeprügelt wirst. Die Frage ist nur, was verstehst du unter diesen Kosten, und wo willst du sie senken?

Ich bin auch dafür, daß die Betriebe, die Leute beschäftigen, die Sozialversicherung, die Steuern zahlen, daß dann die Betriebe dementsprechende Vorteile haben gegenüber einem, der nur hochtechnologisierte Maschinen hineinstellt und eine Wertschöpfung hat, keinen einzigen beschäftigt. Da können wir immer reden, da sind wir als Gewerkschafter offen.

Weil du mich angedreht hast – ich wollte es gar nicht mehr sagen – bezüglich GPI, dann hast du mir mittag nicht zugehört. Ich sage noch einmal, unser derzeitiges Wirtschaftsförderungsinstrumentarium reicht nicht aus, daß wir Betrieben helfen können, kurzfristig, die überlebensfähig sind, erstens, die eine hohe Beschäftigung haben, zweitens, und die überlebensfähig sind, wenn man kurzfristig einschreitet, weil sie durch irgendwelche Einflüsse in Schwierigkeiten kommen. Es reichen unsere Wirtschaftsförderungsrichtlinien nicht aus, um dem Betrieb zu helfen, den Betrieb zu sichern und die Beschäftigung zu sichern. Ich stehe nicht an zu sagen, es muß im Prinzip gleich sein, ob das eine GPI-Lösung oder wie immer ist. Das ist ein Instrumentarium, das schon vorhanden ist, das in der Steiermark hervorragende Unterstützung für die Wirtschaft geleistet hat. Weil da haben sich viele einen Rebbach eingesteckt, weil die GPI die Betriebe wieder hochgefahren hat. Dann haben sie sie verkauft nach Deutschland und sind abgerissen, und jetzt hat die GPI wieder einsteigen müssen, zum Beispiel in Knittelfeld oben bei der Firma Bauknecht.

Daher meine ich, daß wir unsere bestehenden Instrumentarien so ausrichten und die Richtlinien so ändern sollen, daß wir Möglichkeiten haben zu helfen, weil letztendlich die Politik immer, bitte immer, gefordert ist, auch wenn ihr schreit, der Staat hat in den Betrieben nichts zu tun. Das war ja lange genug die Forderung, die Politik hinaus aus den Betrieben.

Aber wenn es irgendwo brennt – außer die Wirtschaftskollegen, die in der Wirtschaftskammer sind, die sehe ich nie in einem Betrieb –, dann stehen die örtlichen Abgeordneten und die Gewerkschafter dort, weil dann kommt eh keiner mehr hin. Bei der Eröffnung reißen sie sich die Sessel unterm Hintern weg, damit sie vorne in der ersten Reihe sitzen können, aber wenn zugesperrt wird, ist keiner mehr da. Da stehen wir allein da.

Also daher bitte, glaube ich, daß wir auch Interesse haben sollten zu helfen, und auch das Land. Ich sage es noch einmal, einem Betrieb, der schon so marod ist, wo nichts mehr helfen kann, kann auch die Politik nicht mehr helfen. Da kann man nur versuchen – und da sind wir eh gemeinsam auf einem Boot –, daß wir die Betriebe herkriegten, daß wir neue Unternehmen gründen, daß wir die Regionen versorgen, daß sich nicht alles konzentriert, weil wir da die Abhängigkeit kriegen in Ballungszentren. Wir haben Zigtausende Pendler, die gerne in der Steiermark arbeiten würden.

Das ist nur der Unterschied. Ich will mich da nicht verbreitern, aber ich sage, die GPI ist eine Konstruktion, die der Bund gemacht hat. Das kann ich so naiv erklären. Die haben einen Mantel hingehängt und haben gesagt, da, bitte schön, das ist die GPI. Bevor du erfrierst, ziehst du den Mantel an. Aber da muß noch eine Überlebenschance sein. Weil dem, der eh schon flach liegt, brauche ich den Mantel nicht mehr anziehen, um das brutal zu sagen. Die Sicherheit. Und das werden wir weiter diskutieren.

Ich möchte der Fairneß halber auch dem Herrn Landesrat das so sagen, wie er im Wirtschaftsbeirat gesagt hat: „Reden werden wir über die Geschichten weiterhin.“ Ich hoffe auch, Herr Landesrat, daß wir reden.

Ich stehe zu all den Beschlüssen, wo ich im Wirtschaftsbeirat mitgestimmt habe. Ich habe da überhaupt kein Problem, weil ihr das dauernd zitiert. Wo ich mitgestimmt habe, aus innerster Überzeugung habe ich mich eingebracht, in den Protokollen nachzulesen, ich brauche da nichts zurücknehmen. Nur, wenn ich dann einmal dagegenstimme aus Gründen, wo du mich dann nicht mehr verstehst und dir um meine Zukunft Sorgen machst, muß ich dir schon sagen, warum ich diesmal dagegegengestimmt habe, gegen diese Philosophie von Magna-Stronach.

Meine Damen und Herren, da geht es nicht um eine Arbeitnehmerin. Das war jetzt der Anlaßfall. Seit Stronach in der Steiermark Betriebe gründet, okay, da muß man hinterfragen, weil da liegt eh überall ein roter Teppich, da gehen alle, vom Bund angefangen bis zum Land, geben sich alle die Türschnalle in die Hand, vor dem liegt ein jeder, aber bitte, das sage ich als Gewerkschafter, da bin ich hautnah drauf. Da müßts einmal in die Betriebe hineinschauen. Da gibt es eine Magna-Charta, da gibt es Fairneßkomitees. Da bestimmen die Leute, wer hinausgeschmissen wird. Da gibt es kein Mitspracherecht, da gibt es kein Nachtarbeitsverbot und, und. Da gibt es keine Kontrolle, weil da darf kein Betriebsrat zugelassen werden, obwohl im Arbeitsverfassungsgesetz das verankert ist.

Viele andere Betriebe, Peter Hochegger, anerkennen sehr wohl die Rechtssituation und lassen einen Betriebsrat zu. Die sagen zu den Leuten, wenn ihr wollt, wählt euch einen Betriebsrat, ich habe nichts dagegen.

Aber der Herr Stronach, mit Händen und Füßen wehrt er sich. In Oberwaltersdorf war ich schon draußen und habe persönliche Gespräche mit seinen Leuten geführt. Es wird alles unternommen. (Abg. Schinnerl: „Seid froh, daß es den Stronach gibt!“)

Und jetzt hat es sich ergeben, daß in Weiz eine Kollegin aufgestanden ist und gesagt hat, ich möchte gerne einen Betriebsrat wählen, und tschak-bum ist sie hinausgeflogen, mit der Begründung, die brauchen wir nicht.

Deswegen habe ich gesagt, ich schaue nicht zu, daß man öffentliche Mittel – und da bin ich jetzt Sozialdemokrat und Gewerkschafter – in die Betriebe gibt, und man hat nicht einmal eine Möglichkeit, mitzureden. So kann es bitte nicht sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Das war der Grund, warum ich dagegegengestimmt habe.

Meine Damen und Herren, die Freiheitlichen, die Kollegin Bleckmann, Klubobfrau Bleckmann – ich beobachte das jetzt schon die letzten Sitzungen – kommt einmal am Nachmittag, wenn es wichtig ist, schüttet einen Kübel Dreck herein, und dann ist sie schon wieder weg. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das stimmt nicht!“ – Abg. Mag. Hartinger: „Das ist eine Unterstellung sondergleichen. Das ist eine Frechheit!“ – Glockenzeichen des Präsidenten.)

Ihre Wortmeldung kann man nachlesen, und ich werde euch etwas sagen. Wenn eure Arbeitsmarktpolitik und eure Beschäftigungspolitik so ausschaue, liebe Beate Hartinger, und der Herr neue Bezirksparteiobermann Norbert Staffaneller aus Deutschlandsberg, den ihr jetzt in den Arbeitsförderungsbeirat hineingeschickt habt, der verwechselt nur die Bühne. Der glaubt, er kann dort drinnen Politik bestimmen, weil zahlen tut das Land, aber er kann sich einbringen, aber das werden wir schon hinkriegen. Wenn er sich dann öffentlich aufregt und sagt, eine Riesenschweineerei, die Metallindustrie hat das Nachtarbeitsverbot drinnen, und das hemmt, und die Beate legt noch – so steht es in der Zeitung – ein Schäufel nach, weil die Gewerkschaft hat eh ihre Kompetenz verloren (Abg. Mag. Hartinger: „Hat sie auch!“), weil wenn wir die Frauen nicht in die Nachtarbeit hineinpushen, dann haben sie nichts mitzureden, und wir verhindern damit die Arbeitsplätze, und wir helfen den Frauen in keiner Weise.

Meine lieben Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann euch nur eines sagen, viele von euch werden wahrscheinlich noch nie eine Nachtarbeit geleistet haben, aber Nachtarbeit ist für einen Mann genauso unangenehm und gesundheitsschädigend auf Dauer, und dann erst bei Frauen, weil Frauen haben die Doppelbelastung, die haben Familie, die haben Kinder. Du kannst das nachlesen, das hast du gesagt. Sie sind also doppelter Belastung ausgesetzt. Wenn das das Gelbe vom Ei ist, dann sage ich gute Nacht. Dann könnt ihr weiter so schreiben, in der Form. (Beifall bei der SPÖ.)

Nur zur Aufklärung auch, es stimmt ja wieder nicht, weil gerade die Metallgewerkschaft – und da war ich sicher auch Mitverhandler, der Herr Landesrat Paierl wird das bestätigen, er ist jetzt nicht da (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Doch!“), hat für die AT&S eine Vereinbarung getroffen. Wir haben auch ein Gesetz beschlossen, daß die Kollektivvertragspartner ermächtigt sind, unter gewissen Voraussetzungen, für Frauen Nachtarbeit zu machen. Fahrt bitte hinauf – AT&S Hinterberg –, redet mit den Frauen, wie dankbar die Frauen sind, daß nicht nur die Nachtarbeitsituation geregelt ist, weil auch die Begleitmusik stimmt und weil die Frauen sagen, unter den Bedingungen können wir nachtarbeiten. Viele, viele gibt es aber, die Angst haben vor der Nachtarbeit. Und wir brauchen nicht weit schauen, im Jahr 2001 wird es kommen. Daher sage ich, bin ich wieder stolz als Metaller, daß wir schon vorher Regelungen getroffen haben im Einvernehmen mit den Unternehmern, weil ich sage, daß den Unternehmern die Situation der Nachtarbeit für Frauen genauso bewußt ist, weil sonst hätten wir in sozialpartnerschaftlicher Manier diese Verträge nicht abschließen können. Das möchte ich dazusagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, und Herr Landesrat Paieryl, das habe ich mittags zwar nicht untergebracht, diesen Prof. Gölle muß ich noch zitieren, weil das ist ja nicht etwas, was die Sozialdemokratie erfunden hat. Im Heft Nummer 7, für die, die es nachlesen wollen, der Steirischen Statistik ist abgedruckt, daß der Konjunkturaufschwung allein nicht mehr ausreicht, um die Arbeitslosenzahlen zu senken. Die Studie formuliert weiter, daß wir Mittel einsetzen sollen, um Produktivitätseffekte auszulösen, die sich am Arbeitsmarkt durchschlagen, und daß immer weniger an Beschäftigung bei gleichbleibender Produktion benötigt wird. Das ist nachweisbar.

Daher muß es, Herr Landesrat, unser Ziel sein, daß wir versuchen, Neugründungen, Betriebe in Regionen zu kriegen, damit keine Abwanderung ist (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Das einigt uns!“), daß wir Forschung und Entwicklung, daß wir die Weiterqualifizierung und so weiter forcieren.

Und wenn dann die Magda Bleckmann noch herkommt und sagt, diesen ANHAF – Kollege Schinnerl, da hast du sie nicht richtig informiert – das ist so quasi ein Instrumentarium gewesen, weil wir soviel Geld gehabt haben, dann haben wir alle Augenblick etwas beschließen müssen, was wir dazumachen.

Ja, meine Damen und Herren, ich bin sehr stolz darauf, daß die Frau Landesrat Rieder permanent – wie wir gesehen haben, welchen Andrang es gibt, zu diesen Mitteln zu kommen, zu diesen rund 60 Millionen Schilling – überlegt hat, was wir für Weiterbildung, für Qualifizierung, Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds für Lehrlinge, für Einstieg, für Jungakademiker machen können. Wir haben 1873 Menschen in der Steiermark helfen können, das Geld ist gut angelegt. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, jetzt auch noch zum Territorialen Beschäftigungsplan. Und da möchte ich kurz auch eine Chronologie vorbringen, weil der Bund sich schon etwas überlegt und erkennt, nicht nur jetzt Österreich sage ich, weltweit, innerhalb von Europa Gott sei Dank, auf Initiative der Sozialdemokratie hat die Beschäftigung europaweit eine andere Dimension und einen anderen Stellenwert gekriegt. Ich bin ein bißchen verwundert, daß wir da in der Steiermark so quasi einen Dornröschenschlaf machen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „18 Millionen Arbeitslose!“) Es sind nicht mehr 18 Millionen, das darf ich dir sagen, aber trotzdem sind es noch viele, zu viele in Europa, da brauchen wir überhaupt nicht reden. Denn, wenn die alle aufstehen, die keine Arbeit haben, meine Damen und Herren, dann wird die Politik gefordert sein, weil die Rechnung wird die Politik zu tragen haben. Daher müssen wir im Land, im Staat, alles daransetzen, damit die Beschäftigung nach Möglichkeit in optimaler Stärke vorhanden ist.

Ich bin stolz auf diese Zahlen, da braucht ihr euch nicht aufregen. Diese Zahlen haben wir Gott sei Dank in Österreich nicht, aber auch bei den 230.000 Arbeitslosen in Österreich ist jeder einzelne zuviel, meine Damen und Herren. Ich glaube, darüber brauchen wir nicht mehr reden. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schinnerl: „Redest du von der Vollbeschäftigung?“)

Eine Vollbeschäftigung, lieber Peter Schinnerl, wenn du ein bißchen realistisch bist, dann muß ich dir sagen, auf Grund der derzeitigen Situation, daß wir

vom Frühkapitalismus in den Brutalkapitalismus kommen, wo dem Geld, dem Kapital Wurscht ist, ob die Leute beschäftigt sind, Hauptsache, sie haben ihre Werte alle. Und sie holen sich die Arbeit halt in den Billigstlohnländern, wo sie sie ausbeuten, gehen hin bis in die Ukraine, weil ein Österreicher bitte verdient soviel wie 25 Ukrainer. Da geht man halt dort hin, aber leben will man in einem Staat, wo man alles hat, wo die soziale Dimension stimmt.

Meine Damen und Herren, wir fordern natürlich zu Recht, daß der Territoriale Beschäftigungspakt in der Steiermark umgesetzt wird. Bereits am 14. September hat die Landesregierung ja diesen NAP beschlossen. Mit Schreiben vom 17. September 1998 – so lange ist das schon her – hat das Bundesministerium ein Interesse an einem formellen Gespräch in der Steiermark über die erste Idee zu möglichen Territorialen Beschäftigungspakten bekundet. Am 25. November 1998 hat der Landesamtsdirektor mit Vertretern der politischen Büros Klasnic, Schachner, Paieryl und Rieder vereinbart, das Gesprächsangebot des Ministeriums anzunehmen. Am 4. Dezember fand unter der Leitung des Landesamtsdirektors ein Gespräch zwischen den Vertretern des Bundesministeriums, AMS und Sozialpartnern und von Landesdienststellen statt, wobei wiederum das Interesse des Landes bekundet wurde und daß das Arbeitsförderungsprogramm, auf das ich sehr stolz bin, das wir im Landtag beschlossen haben, Basis für diesen Pakt sein soll. Am 15. Dezember bekräftigt der Landesamtsdirektor noch einmal in einem Schreiben, daß das Interesse des Landes am Zustandekommen eines Territorialen Beschäftigungspaktes in der Steiermark gegeben ist. Dann war die Weihnachtszeit. Am 27. Jänner hat das Bundesministerium die Absicht der Steiermark, einen Territorialen Beschäftigungspakt zu schaffen, nachdrücklich begrüßt und die Übernahme von Personalkosten in der Höhe von 1,3 Millionen Schilling angekündigt. Und dann hat weiters am 15. Februar das Bundesministerium mitgeteilt, daß eine Koordinierungsstelle für die Beschäftigungspakte sowie lokale Beschäftigungsinitiativen geschaffen werden. Die Steiermärkische Landesregierung hat dann am 22. Februar 1999 in der Sitzung das Arbeitsförderungsprogramm 1999 beschlossen, in ein paar Teilbereichen. Und bei einer Tagung zum Nationalen Beschäftigungsplan in Wien am 25. Februar hat sich ein Vertreter der Europäischen Kommission persönlich erkundigt, wie weit der Fortschritt und die Bemühungen eines Abschlusses des Territorialen Beschäftigungspaktes in der Steiermark sind. Zu diesem Zeitpunkt hat aber bereits schon Niederösterreich etwas gehabt, nur Burgenland und die Steiermark noch nicht. Mit Schreiben vom 9. März hat das Bundesministerium wieder mitgeteilt, daß bereits an das AMS die 1,3 Millionen Schilling für zwei Paktkoordinatoren/innen angewiesen wurde und daher alle Voraussetzungen für die Umsetzung bestehen. Und weiters wurde um Informationen über die laufende Aktivität des Landes ersucht. Am 27. April ist neuerlich bitte noch immer nichts passiert. Bei einem Koordinationstreffen wurde festgestellt, daß Burgenland und Steiermark zu diesem Zeitpunkt noch keinen Beschäftigungspakt haben. Wenn wir über die Beschäftigung reden, dann glaube ich auch, daß es höchst an der Zeit ist, hier diesen Territorialen Beschäftigungspakt umzusetzen, und ich darf daher

namens unserer Fraktion den Unselbständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro und Dr. Flecker einbringen zur Dringlichen Anfrage an Frau Landesrätin Dr. Rieder, betreffend Beschäftigungsprogramme des Landes am Prüfstand.

Bei einem Koordinationstreffen zu den österreichischen Territorialen Beschäftigungspakten am 27. April 1999 wurde vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ein Leitfadens für Territoriale Beschäftigungspakte vorgestellt. Dieser Leitfaden gibt die Kriterien zur Anerkennung und zur finanziellen Förderung vor.

Lediglich in den Bundesländern Steiermark und Burgenland gibt es bis heute noch keinen Territorialen Beschäftigungspakt, weshalb es notwendig erscheint, Frau Landeshauptmann Klasnic – weil sie zuständig ist – zur Vorlage eines solchen aufzufordern.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung – insbesondere die für die Territorialen Beschäftigungspakte verantwortliche Frau Landeshauptmann Klasnic – wird aufgefordert, ehestmöglich Territoriale Beschäftigungspakte vorzulegen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.42 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster auf der Rednerliste ist der Herr Abgeordnete Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Schreiner (18.42 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Kollege Kurt Gennaro, ein paar Dinge vielleicht zu deinen Ausführungen. Die Betriebsrätediskussion um die Stronacher Magna-Werke, ich verstehe deine Stellungnahme. Ich glaube, es muß sich auch ein Unternehmer in unserem Land nach den Gesetzen des Landes halten, und in Wirklichkeit einen Betriebsrat, nachdem er ja vom Gesetzgeber vorgesehen ist, mit allen Mitteln zu verhindern und abzulehnen, ist nicht klug und nicht gescheit. (Beifall bei der SPÖ.) Der Betriebsrat soll letzten Endes jemand sein, der Interessen ausgleicht zwischen dem Unternehmen und zwischen der Belegschaft. Funktioniert auch aus meinem Wissensbereich in vielen Fällen gut. Nur möchte ich schon sagen, daß es teilweise von Ihrer Seite, von Ihrer Fraktion, von der Gewerkschaft eine sehr extreme einseitige Schulung dieser Mitarbeiter gibt. Das ist Tatsache, und das sollte vielleicht nicht so sein, und man sollte Betriebsräten mehr Zusammenhänge beibringen. Aber wie schon gesagt, Herr Bundeskanzler Fred Sinowatz hat das schon einmal gesagt, und es ist heute schon gefallen, das gefällt mir sehr gut „es ist alles sehr kompliziert“.

Was aber nicht kompliziert ist, ist eine einfache Hilfe für die Menschen in diesem Land und ist eine einfache Hilfe für Gewerbebetriebe, für kleine Betriebe, die ja viele Menschen in diesem Land beschäftigen. Und das ist das, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner heute gesagt hat, eine Senkung der Energiekosten, der Stromkosten. Das ist sofort positiv spürbar. Es hat der Haushalt dann mehr Geld zur Verfügung und gibt im Regelfall dieses mehr ver-

fügbare Geld im Inland aus. Es hat auch der Gewerbebetrieb geringere Kosten und kann damit effizient und wirtschaftlicher werden und à la longue dann mehr Menschen wieder beschäftigen, die dann wieder mehr verdienen. Das heißt, eine der wichtigsten marktwirtschaftlichen Grundbedingungen ist, diese sogenannten öffentlich verordneten Kosten zu senken. Das ist wirklich eine Grundbedingung, und das ist wirklich wichtig für einen funktionierenden Markt, ich würde sagen, ganz vorne einzureihen. Aber zu dieser 15prozentigen Strompreissenkungsgeschichte, die ja nicht neu ist, und auch, wenn in der „Kleinen Zeitung“ steht, es hat heute der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner einen Überraschungscoup gelandet. Und da gibt es ein so schönes Bild dazu, in der „Kleinen Zeitung“, heute 18. Mai. Schachner und Ressel nachdenklich, Kopf an Kopf. Ich glaube, dieses nachdenkliche gemeinschaftliche Bild trägt. Ich werde versuchen, das jetzt herauszuarbeiten.

Noch einen ganz kurzen Schwenker zu dem schon Gesagten. Wir, das Land Steiermark, sind 75 Prozent minus eine Aktie Eigentümer der ESTAG, der STEWEAG und der damit verbundenen Unternehmungen. Ein Vorstand sagt – steht auch in der „Kleinen Zeitung“ – pikiert, pikiert steht da, „Vorstand reagiert pikiert, es kann keine politisch fordernden Preise geben.“

Ich sage, wenn der Vertreter der Eigentümer, der 75prozentige Eigentümer sagt, er will das so haben, dann kann der Vorstand einmal etwas dagegen sagen über die Presse, aber beim zweiten Mal wird er seinen Lebenswandel ändern müssen. Ich möchte nicht mehr dazusagen. Es wurde diese Aussage noch bekräftigt in einer APA-Meldung vom heutigen Tag.

Aber noch etwas anderes zur STEWEAG. Es steht auch in der „Kronen-Zeitung“ – ich habe es schon gefunden, muß nicht lange suchen – 19. April 1999, „STEWEAG mit Rekordumsatz“. Da steht drinnen, 3,2 Prozent Zuwachs, 488 Millionen Schilling Gewinn. Ich sage jetzt von dieser Stelle aus, es hat der Reporter von der „Kronen-Zeitung“ die Bilanz des Unternehmens nicht angeschaut, weil es sind in der Bilanz rund eine Milliarde Schilling Kosten vorgesehen. Die sind bilanzwirksam, eine Milliarde Schilling, die den Ertrag mindern für sogenannte Stranded Investments, Investments, die untergegangen sind.

Ich sage auch von dieser Stelle aus, daß die STEWEAG kein einziges Wasserkraftwerk hat, das unrentabel ist. Aber wenn man es mit Overhandkosten belastet, bis es unrentabel ist, dann wird es irgendwann einmal unrentabel sein.

Aber was ist hier passiert mit dieser Milliarde? Diese Milliarde wurde dem Eigentümer Land – 75 Prozent minus eine Aktie – vorenthalten oder in Form einer Strompreissenkung der Bevölkerung des Landes vorenthalten.

Das ist die Politik, die die STEWEAG macht, und der Eigentümer schaut zu.

Jetzt kommt der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner und sagt, Strompreise im Haushalt sind um 15 Prozent zu senken. Wir werden auch einen dementsprechenden Antrag einbringen.

Jetzt sagt aber der Herr Landesrat Ressel ganz etwas Interessantes – heute in der APA, und das ist wirklich interessant, und das möchte ich wirklich versuchen, so zu erklären, daß es wir Abgeordnete auch verstehen können. Da steht folgendes: „Hans-Joachim Ressel hat zwar die Erstellung eines neuen Tarifmodells beauftragt, ob dieses aber umgesetzt wird, ist letztendlich Unternehmenssache. Auch ein Regierungsbeschluß hätte nur Empfehlungscharakter.“

Der Eigentümerversorger sagt, das, was Schachner sagt, hat ja nur Empfehlungscharakter. Das heißt, ein 75prozentiger Eigentümer sagt, ich habe nichts mehr zu reden, dann hat es seinerzeit beim Verkauf der Anteile an die EdF eine Nebenabrede gegeben, die das Eigentumsrecht des Landes Steiermark schmälert.

Und das heißt – und das sage ich noch einmal, ich wiederhole mich von dieser Stelle aus –, daß zumindest drei Regierungsmitglieder ihre Aussagen überdenken müssen.

Der Herr Landesrat Ressel im argen Widerspruch zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner, weil der will ja den Strompreis senken, und auch zum Herrn Landesrat Paierl, der, soviel ich weiß, in die Nebenverträge, Nebenverabredung, Sideletters, Einblick hatte.

Wenn das so ist, wie es hier auf Grund dieses Schriftstückes zu erahnen ist, dann hat man den Landtag belogen. Wenn das so ist, dann hat, meiner Meinung nach, derjenige, der die Unwahrheit gesagt hat, seinen Job zu überdenken. Ich sage das hier. Das ist wirklich so.

Ich möchte das noch einmal wiederholen: Der 75prozentige Eigentümer sagt, daß es Unternehmenssache ist, und er als Eigentümer habe keinen Einfluß auf die Tarifpolitik, im Gegensatz zum Landeshauptmannstellvertreter. Und das ist eine Ungeheuerlichkeit.

Wir werden in den nächsten Wochen und Tagen den Wahrheitsinhalt sehen, und wir werden sehen, was diese Aussagen wirklich letztendlich bedeuten. Wir werden sehen, wie wir hintergangen wurden.

Etwas können wir vorher schon machen – die kleinen, einfachen Schritte. Wir können uns kümmern, daß den Menschen in diesem Land, den Gewerbetreibenden etwas zugute kommt, und zwar das Geld, das momentan offensichtlich im Strombereich vorhanden ist.

Deswegen werden wir einen Unselbständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung einbringen. Betitelt sich Strompreissenkung.

Der Antrag heißt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, spätestens bis zum Ende des Jahres 1999 eine Strompreissenkung bei allen steirischen Haushalten linear um mindestens 15 Prozent zu erwirken.

Und schon jetzt, auf Grund des Abstimmungsverhaltens, werden wir feststellen, wo die Wahrheit liegt. (Beifall bei der FPÖ. – 18.51 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster auf der Rednerliste ist der Herr Abgeordnete Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Brünner (18.52 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eine kurze Vorbemerkung zu Ihnen, Herr Kollege Schreiner. Ihre Ausführungen und Ihre Haltungen zu einem Mitglied des Vorstandes einer Aktiengesellschaft kann ich gerade bei Ihnen, der Sie ja ein Wirtschaftsmann sind, überhaupt nicht verstehen. Es besteht immer noch die Bestimmung des Aktiengesetzes, daß der Vorstand weisungsfrei agieren soll, was bedeutet, daß er zumindest nicht direkte Weisungen seitens des Eigentümers und damit der Politik erhalten kann.

Ich stimme Ihnen auf der anderen Seite zu, Herr Kollege Schreiner. (Abg. Ing. Schreiner: „Das ist das Aktiengesetz, aber nicht die Wirklichkeit!“) Es ist mir schon klar, daß die Wirklichkeit mit indirekten Einflußnahmen anders aussieht.

Aber Ihre Formulierung, daß sich der Vorstandsdirektor einen anderen Lebenswandel wird aneignen müssen, das ist schon eine Offenlegung einer Mentalität, von der ich nicht gedacht habe, daß Sie sie haben, und auch nicht die Freiheitliche Partei.

Ich stimme Ihnen auf der anderen Seite zu, wenn Sie jetzt Vermutungen anstellen, was in den Sideletters drinnen steht im Zusammenhang mit dem Einstieg der EdF in die Estag. Das war ja auch der Grund und ist der Grund – Ihre Vermutung –, warum wir, das Liberale Forum, den Antrag gestellt haben, daß nach einem bestimmten Zeitraum nach Abschluß dieser Verträge diese Verträge dem Landtag vorgelegt werden müssen. Dieser unser Antrag ist wieder auf eine lange Bank geschoben. In ein paar Tagen wird es Unterausschusssitzungen darüber geben, wo uns mit Tränen in den Augen über Geschäfts- und Betriebsgeheimniswahrung erzählt werden wird.

In dem Punkt stimme ich Ihnen voll zu. Wir insistieren, daß uns diese Verträge, einschließlich der Sideletters, vorgelegt werden, weil auch ich nicht möchte, daß wir hineingelegt worden sind. Sie wissen, daß wir damals diesem Verkauf der STEWEAG-Aktien zugestimmt haben.

Jetzt ein paar Bemerkungen zur Debatte über unsere Dringliche Anfrage.

Ein erster Punkt, Herr Landesrat Paierl, ich möchte vorausschicken, ich habe das schon am Vormittag gesagt, daß ich über weite Strecken Ihre wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Prämissen unterschreibe und teilen kann. Ich stimme Ihnen auch zu, wenn Sie sagen, daß staatliche Beschäftigungsversprechungen in die Irre führen, nur, ich habe versucht, Herr Landesrat Paierl, Frau Landesrätin Rieder, in den letzten Wochen und Monaten alle Arbeitsplätze, die man in Aussicht gestellt hat mit den verschiedenen Programmen, zusammenzuzählen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Von uns kein einziges!“)

Nein, das habe ich nicht gesagt, Herr Landesrat Paierl.

Ich möchte festhalten, ich habe versucht, das zusammenzuzählen. Ich habe dann nach zwei, drei Wochen einfach aufgehört, weil ich mich nicht mehr

ausgekannt habe, weil mir nicht klar war, was gehört wo hin, und welche Überschneidungen, und was sind Vermutungen, und was sind wirklich realistische Schätzungen?

Ich bin der Auffassung, daß eine solche Politik, bei der in jeder Woche irgendwann einmal 100.000, 200.000 Arbeitsplätze oder wie viele auch immer in Aussicht gestellt werden, keine kundenorientierte Politik ist, weil man bei den Menschen, die am Arbeitsmarkt Schwierigkeiten haben, Jugendliche, Frauen, ältere Personen, einerseits Hoffnungen weckt, und wenn sie nicht erfüllt werden oder erfüllt werden können, das dann Enttäuschungen weckt mit der Folge, daß die Glaubwürdigkeit der Politik wieder einen Tepscher erlitten hat. Und jetzt gebe ich Ihnen zu, Herr Landesrat Paierl, ich halte Sie für einen differenziert denkenden Politiker, daß die Gratwanderung einerseits die auch von uns nicht geleugneten Erfolge seitens der Regierung darzustellen und andererseits diese persönliche Imagepflege, von der Frau Kollegin Bleckmann gesprochen hat, daß das mitunter schwer auseinanderzuhalten ist. Es ist für mich grundsätzlich okay, wenn eine Regierung bitte sich hinstellt und sagt, was sie erreicht hat, aber nicht, daß einzelne Mitglieder der Landesregierung so tun, als ob die Gelder, die sie verwalten, für den Steuerzahler und in Rechenschaft gegenüber dem Steuerzahler sogar aus ihrer eigenen Tasche kommen. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter steht auf einem Plakat, betreffend die Himalaja-Ausstellung, oberhalb der Leiste der privaten Sponsoren „unterstützt von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek“. Landesrat Ressel tut so, als ob er die Thermen finanzieren würde, und Herr Landesrat Hirschmann gibt sich als Sponsor des Styrassic-Parks aus. Ich sage es einmal sehr vehement so, eine solche Darstellung ist Mißbrauch des öffentlichen Amtes und Mißbrauch von Steuergeldern. Das sind Steuergelder, die von der Regierung als einem Kollegialorgan im Namen dieser Steuergelder verwaltet werden, und da hört sich bei mir das Verständnis auf.

Ein zweiter Punkt. Frau Landesrätin Rieder hat so getan, als ob die Koordination der verschiedenen Beschäftigungsprogramme in der Weiterleitung an die zuständigen Stellen bestehen würde. Und ich weiß nicht ganz genau, wie Ihre Antwort, Herr Landesrat Paierl, auf diese Frage, gelaute hat. Fest steht für mich, daß es diese Koordination der verschiedenen beschäftigungspolitischen Programme bis jetzt nicht gibt, und es stört mich, Frau Landesrätin Rieder, wenn Sie in dem Zusammenhang – und ich glaube, daß ich mich nicht verfehlt habe – von SPÖ-Programmen sprechen. Die beschäftigungspolitischen Programme, die Sie in Ihrem Geschäftsbereich verwalten, sind nicht SPÖ-Programme, sondern sind Programme der Steiermärkischen Landesregierung beziehungsweise wenn schon, dann Programme Ihres Ressorts. Es ist heute schon ein paarmal gesagt worden, daß dieser Arbeitnehmerförderungsbeirat ein solches Koordinationsorgan sein soll. Ihr Wort in Gottes Ohr, meine Damen und Herren. Ich glaube nämlich nicht daran, daß es zu einer Koordination dieser Programme kommt, weil die zuständigen Ressorts wie die Gluckhennen auf diesen Programmen sitzen und wahrscheinlich nicht bereit sein werden, diese Programme,

diese Teilprogramme in ein Gesamtprogramm zu integrieren, mit dem dann auch Synergieeffekte lukriert werden können, mit denen Überschneidungen hintangehalten werden können. Ich bin wirklich neugierig, ob das dieser Arbeitsförderungsbeirat tatsächlich schaffen kann.

Vielleicht da noch eine Anmerkung, betreffend den Entschließungsantrag des Herrn Kollegen Gennaro, wo er von Frau Landeshauptmann Klasic den Territorialen Beschäftigungspakt einfordert. Er dürfte vergessen haben, daß wir vor einiger Zeit über unseren Antrag beschlossen haben, die Landesregierung zu verpflichten, umgehend diesen regionalen Beschäftigungspakt vorzulegen. Und dieser Entschließungsantrag zeigt einmal mehr, wie die Bälle in der Landesregierung hin- und hergeschoben werden. Wenn Sie mich als Mitglied dieses Landtages fragen, wer jetzt wirklich für Beschäftigungspolitik in der Landesregierung verantwortlich ist, dann muß ich Ihnen sagen, langsam kenne ich mich nicht mehr aus. Offensichtlich Frau Landesrätin Rieder, auch Herr Landesrat Paierl, und jetzt auch die Frau Landeshauptmann Klasic. Ein weiteres Zeichen dafür, daß ganz dringend eine Koordination dieser Beschäftigungsprogramme und die Erstellung eines Beschäftigungsprogrammes unter Integration all dieser Teilprogramme erfolgen muß.

Ein Drittes. Es ist sehr viel über Evaluierung heute gesprochen worden. Herr Kollege Hohegger meint, die Evaluierung erfolgt über den Markt und letztendlich durch die Wählerinnen und Wähler, das ist schon alles okay. Das, was wir verlangen mit unserer Dringlichen Anfrage und in weiteren Initiativen, ist, ein folgendes Verständnis von Evaluierung eines Programmes, nämlich daß nach einer gewissen Zeit analysiert und festgestellt wird, welche Maßnahmen, die mit diesem Programm in Aussicht gestellt worden sind, haben in welchem Umfang zu welchem Erfolg geführt? Das ist Evaluierung, wie wir sie verstehen, und diese Evaluierung fordern wir auch ein. Und daneben gibt es noch die Evaluierung durch den Markt, durch die Wählerinnen und Wähler, das ist schon alles okay. Aber diese Art von Evaluierung möchten wir gerne haben. Frau Landesrätin Rieder, das ist bei Ihren Programmen nicht erfolgt und auch nicht bei den Programmen, die Herr Landesrat Paierl verwaltet, obwohl ich zugebe, daß bei manchen dieser Programme der Zeitraum noch zu kurz ist. Das gebe ich durchaus zu, um tatsächlich zu prüfen, zu analysieren, ob die in diesem betreffenden Programm in Aussicht gestellten Maßnahmen tatsächlich gegriffen haben.

Ein Viertes. Frau Landesrätin Rieder hat heute wieder als Ziel die Vollbeschäftigung angesprochen. Jetzt sind auch wir der Auffassung, daß alles in der Macht der Politik Stehende getan werden soll, daß Vollbeschäftigung erreicht werden kann. Nur, alle nationalen und internationalen Analysen, Trendberechnungen und Vorhersagen gehen dahin, daß angesichts dieser vielen Sachverhalte, die schon geschildert worden sind und die ich nicht wiederholen möchte, die Vollbeschäftigung, wie sie vielleicht noch vor zehn oder 15 Jahren möglich gewesen ist, mit ziemlicher Sicherheit in Zukunft nicht herbeigeführt werden kann. Daraus folgt, daß die Politik Maß-

nahmen zu setzen hat für ein soziales Sicherungsnetz, das nicht an die Erwerbsarbeit geknüpft ist, und für ein soziales Sicherungsnetz, das insbesondere dann greift, wenn diese Vollbeschäftigung nicht erreicht werden kann. Und Sie wissen, was der Vorschlag des Liberalen Forums für diese Situation ist, nämlich daß Vollbeschäftigung wahrscheinlich nicht mehr so erreicht werden kann wie früher, nämlich die Grundsicherung. Ich muß im Grunde genommen schmunzeln, wenn ich die Auseinandersetzungen über das Karenzgeld für alle höre, das von der ÖVP vorgeschlagen wird. Im Grunde genommen ist das Karenzgeld für alle, Frauen und Männer, nichts anderes als eine Grundsicherung für einen Teilbereich einer Bevölkerung. Und ich kann nicht verstehen, wieso diejenigen, die eine Grundsicherung für eine Teilbevölkerung vorgeschlagen haben, nicht auch dafür sind, daß eine Grundsicherung für die gesamte Bevölkerung installiert wird. Ich möchte festhalten, daß es mir leid tut – und das sage ich hier in aller Offenheit –, daß wir, das Liberale Forum, die Grundsicherung nicht ständig und ganz intensiv hämmern. Ich bin dafür, daß wir das tun, und ich tue es jedenfalls, weil ich glaube, daß diese Grundsicherung ein ganz wichtiger Faktor in der Zukunft ist, um den sozialen Frieden in diesem Land aufrechtzuerhalten und das Auseinanderfallen in Drittgesellschaften, welcher Art auch immer, zu verhindern.

Und ein Fünftes und Letztes, Frau Landesrätin Rieder, Sie haben über den Behindertenplan gesprochen. Ich bin jetzt nicht ganz sicher, wenn ich nicht richtig liege, dann vergessen Sie meine diesbezügliche Anmerkung gleich. Ich habe vor einiger Zeit ein Gespräch mit dem Verein „KOMM“ gehabt – einer Dachorganisation der Gehörlosen- und Gehörgeschädigtenvereine, und die haben mir gesagt, sie wissen eigentlich nicht sehr viel über diesen Behindertenplan. Sie sind auch nicht in irgendeiner Form in die Erstellung dieses Behindertenplanes einbezogen worden.

Ich möchte Sie bitten, Frau Landesrätin Rieder, daß Sie – und ich weiß es nur vom Verein „KOMM“ und vermute es im Zusammenhang mit dem Verein „KOMM“, ich kann es nicht sagen in bezug auf andere Behindertenvereine – den Verein „KOMM“ noch anhören im Zusammenhang und vor Erlassung des Behindertenplanes. (Beifall beim LIF. – 19.06 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner auf der Tagesordnung ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer (19.06 Uhr):** Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Nachdem in der Dringlichen Anfrage der Bezirk Hartberg eigentlich konkret angesprochen wurde, einerseits mit sehr hohen Arbeitslosenzahlen und andererseits auch mit sehr hohen Förderungen, möchte ich doch einige Gedanken beziehungsweise Klarstellungen einbringen.

Der Bezirk Hartberg, wie wir ihn alle kennen, ist immer schon eine Grenzregion gewesen. Er ist ein Pendlerbezirk mit einer hohen Pendlerquote und einem hohen Pendleranteil, und vor allen Dingen war er sehr lange, und ist es auch Gott sei Dank jetzt noch,

ein Bezirk mit einem hohen Anteil landwirtschaftlich Beschäftigter. (Abg. Vollmann: „Du, das ist erst Tagesordnungspunkt 28!“) Ich weiß es, Wirtschaft, aber das Wort kann ich ja dazusagen, wenn es dich auch stört.

Wir haben – und damit müssen wir leben – eine Nähe zu Wien mit ihren negativen und positiven Auswirkungen, die wir immer wieder zu spüren bekommen. Wir sind aber auch, und das wissen wir alle genau, eine Region, ein Bezirk, der angrenzt an ein Ziel-1-Gebiet, an das Burgenland.

Wir haben in den letzten Jahren in vielen Wortmeldungen immer wieder gehört, ja, um Gottes willen, da wird es eine Abwanderung der Betriebe ins Burgenland geben, alles geht zugrunde. Wir können aber feststellen, und ich bin froh darüber, daß es so ist, daß sich die Zahl der Betriebe in den letzten Jahren auch in unserem Bezirk erhöht, und nicht gesenkt hat. Also, alles was glänzt, ist auch im Burgenland nicht Gold. (Abg. Vollmann: „Du hast die größten Sorgen gehabt!“)

Wir alle, die da herinnen sind, haben Sorgen gehabt, weil wir wissen, daß es nicht leicht ist, wenn geködert wird für Betriebe in angrenzenden Bundesländern. Wir haben Sorgen gehabt, das streite ich nicht ab, und wir haben die Sorgen noch immer. Aber auf Grund unserer Politik haben wir so manches verhindern können, wenn du es unbedingt so hören willst, lieber Kollege. Aber du weißt es genau, wie das bei uns ist, wenn ich Geschäftsmann bin und um Kundschaft werbe, dann muß ich meine guten Seiten zeigen, und nicht die schlechten. Und wir zeigen immer unsere guten Seiten, weil wir können uns verkaufen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Zweites: Unsere Unternehmer, meine geschätzten Damen und Herren, und selbstverständlich auch ihre Mitarbeiter sind im Wiener Raum sehr gefragt. Und warum sind sie gefragt? Weil sie verlässlich sind, weil sie tüchtig sind und vor allen Dingen, weil sich die Menschen draußen auf unsere Unternehmen und Mitarbeiter verlassen können, weil sie eine Arbeitsmoral haben und weil sie Qualität erzeugen. Und das ist auch unsere Stärke.

Nun zu den Arbeitslosenzahlen: Wir wissen alle genau, daß wir sehr viele Bauarbeiter haben, die Woche für Woche – inzwischen fahren sie auch schon alle Tage heim – nach Wien pendeln, und diese vor allen Dingen saisonbedingt arbeitslos sind, weil im Baugewerbe im Winter die Tätigkeit einfach zurückgeht. Die Strenge des Winters ist natürlich auch vielfach der Einfluß auf die Statistik der Arbeitslosenzahlen. Darum kann man das nicht immer so genau nehmen. Ist der März schön, sind die Zahlen niedriger, ist der März kalt mit viel Schnee, sind die Zahlen höher. Also die Statistik sagt das nicht immer genau, darum muß man vom Schnitt des ganzen Jahres ausgehen, und nicht von Monatsstatistiken.

Natürlich sind wir bestrebt, unsere Betriebe zu erhalten und neue zu gründen. Wir wissen das, und das passiert auch. Die Beschäftigungspolitik, die es in unserem Lande gibt, die Arbeitsstiftungen und die Wirtschaftsförderung haben sich positiv ausgewirkt. Das möchte ich mit ein paar Zahlen beweisen und belegen.

Ich nehme den Vergleichszeitraum von 1988 bis jetzt an. Insgesamt hat es im Jahr 1988 in unserem Bezirk 9605 Beschäftigte in den gewerblichen Betrieben gegeben. Die letzte Zählung hat 11.584 Beschäftigte in unserem Bezirk ergeben. Das ist eine Steigerung von 2000 Beschäftigten. Ist das wirklich überhaupt nichts? Ich glaube, das ist etwas. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine geschätzten Damen und Herren, die höchsten Zunahmen haben wir im Tourismus und in der Freizeitwirtschaft. Das ist ganz klar, Thermenregion. Wir haben aber auch Zunahmen im Gewerbe und in handwerklichen Betrieben.

Die Zahl der Arbeitgeberbetriebe in der gewerblichen Wirtschaft hat sich in diesem Zeitraum von 971 auf 1190, das sind 200 Betriebe, erhöht. Das zeigt die Bereitschaft unserer Unternehmer, Betriebe in unserem Bezirk zu gründen. Das zeigt aber auch, daß diese Förderungsprogramme, die alle manchmal so geschmäht werden, nicht umsonst sind, sondern sie auch positive Auswirkungen haben.

Selbstverständlich hätten wir gerne, daß noch mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden. Selbstverständlich hätten wir gerne weniger Pendler. Aber es ist nicht so schlecht, wie es manchmal gemacht wird.

Trotz dieser positiven Bilanz müssen wir uns gemeinsam bemühen, daß die Zahl der Arbeitslosen verringert wird. Ich sage es auch gleich dazu, deshalb haben wir auch die regionalen Anträge eingebracht. Für mich sind sie nicht unbedeutend, wie eine Tageszeitung geschrieben hat, sondern für mich sind sie wichtig für die Zukunft des Hartberger Landes. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 19.11 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Sie hat das Wort.

**Abg. Keshmiri (19.12 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich muß sagen, ich bin nach dieser Debatte sehr demotiviert, und zwar aus verschiedenen Gründen.

Zum einen, der Kollege Hohegger hat uns aufgefordert, Verantwortung dafür zu übernehmen. Gut, das mag in Ihrer Fraktion oder in der SPÖ-Fraktion möglich sein. In unserer Fraktion ist das nicht möglich, und zwar aus dem einen Grund, weil wir keine Informationen bekommen, weil keine Transparenz da ist. Und wenn ich sage, es ist keine Transparenz da, dann sage ich das auch deshalb, weil wir in unserer Anfrage dezidiert die Frau Landesrätin Rieder gefragt haben, von wo sie die 200 Millionen Schilling für die „Job-2000“-Initiative herbekommen hat und sie uns diese Antwort schuldig geblieben ist.

Also wie können Sie von uns verlangen, daß wir Verantwortung übernehmen, daß wir Verantwortung tragen müssen, wenn uns nicht einmal in einer Dringlichen Anfrage verschiedene Antworten auf unsere Anfragen gegeben werden. (Abg. Purr: „Sie können ein Vorbild vorgeben!“)

Ich kann keine Verantwortung übernehmen, weil ich dann auch zur Rechenschaft gezogen werden muß, und das verstehe ich unter Verantwortung. Das kön-

nen Sie tun, Herr Kollege Purr, ich kann das nicht tun, weil ich dazu zu verantwortungsvoll bin in dieser Weise.

Faktum ist, daß sich sogar bei den Arbeitslosenzahlen der Landesrat Paiarl und die Landesrätin Rieder nicht einig sind, weil die Landesrätin Rieder ein Loblied darauf gesungen oder gesprochen hat, sage ich jetzt einmal, daß sich die Arbeitslosenzahlen drastisch reduziert haben, im Frauenbereich, im jugendpolitischen Bereich. Der Herr Landesrat Paiarl war nicht dieser Meinung, im Gegenteil, er hat gesagt, er hat sich da auf die Erwerbserhöhung (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Erwerbsneigung!“), auf die Erwerbsneigung, richtig, danke, bezogen. Also sogar hier ist ein Widerspruch da. Und dann frage ich mich, wenn sogar bei den Arbeitslosenzahlen ein Widerspruch da ist, wie kann man dann effiziente arbeitspolitische Programme in die Wege leiten?

Von beiden Regierungsfractionen und von beiden Regierungsverantwortlichen ist in keinsten Weise auf Schulungen eingegangen worden, was eine massive Verschleierung der Arbeitslosenstatistik, speziell, Herr Landesrat, in Vorwahlzeiten, zur Folge hat. Also das habe ich in dieser Anfragebeantwortung sehr vermißt.

Einen dritten Punkt möchte ich noch ansprechen – Christian Brünner hat das vorhin gesagt –, die Evaluierung. Die Landesrätin Rieder hat gemeint, es findet eine Evaluierung statt. Also entweder – sage ich jetzt einmal provokant – werden wir kleine Fraktionen als blöd verkauft oder die Landesrätin Rieder ändert ihre Meinung, weil sie in einer Anfragebeantwortung von den Grünen davon gesprochen hat, daß das sozialpolitische Beschäftigungsprogramm 1998 eine Fortschreibung von den vorhergehenden Programmen darstellt und von den Vereinbarungen dieser. Das ist ein ganz massiver Widerspruch, den ich hier nicht zur Kenntnis nehmen kann.

Zum Abschluß möchte ich noch kurz dem Kollegen Gennaro antworten.

Er hat von der Unterstützung der Gewerkschaft in bezug auf die Frauennachtarbeit gesprochen. Na endlich wird die Gewerkschaft wieder aktiv, weil genau das habe ich eben vermißt. Und ich kann noch einige Punkte aufführen, wo die Gewerkschaft ihrer Aufgabe auch endlich nachkommen kann, wenn es um die Flexibilisierung der Arbeitszeiten speziell bei den Frauen geht, weil da werden die Frauen unter Druck gesetzt und da könnte die Gewerkschaft auch endlich aktiv werden und mehr Mitspracherecht für die Frauen im Arbeitsleben herausholen. Danke! (Beifall beim LIF und den Grünen. – 19.16 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner auf der Liste ist der Herr Kollege Purr. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Purr (19.16 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nur eine knappe und präzise Feststellung zum Unselbständigen Entschließungsantrag der SPÖ. Frau Landeshauptmann Klasnic nimmt ihre Kompetenz bezüglich der Territorialen Beschäftigungspakte voll wahr, die Verhandlungen sind im Gange, nicht zu

Ende geführt. Und auf Grund dieses Umstandes wird meine Fraktion diesen Entschließungsantrag ablehnen. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP. - 19.17 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Es redet Herr Landesrat Paierl.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paierl** (19.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach über drei Stunden Debatte zur Frage Beschäftigungspolitik bleiben für mich doch noch einige Fragen hier, nachdem ich versucht habe, relativ andächtig und konzentriert zuzuhören, offen. Kollege Gennaro ist leider jetzt nicht hier, aber ich habe ja viele Begegnungs- und Berührungsebenen mit ihm. (Abg. Vollmann: „Er hört dich aber!“)

Ich möchte schon auch in diesem Hause, weil ich ja nicht weiß, wann die nächste Gelegenheit in dieser Form sein wird, auf das ein bißchen eingehen, was er hier in seinem Bemühen, gewerkschaftlich Politik zu machen - das anerkenne ich, und da bin ich an sich durchaus auch der Meinung vom Abgeordneten Schreiner, die Gewerkschaften und die Betriebsräte insbesondere in den Unternehmungen, haben für die Unternehmensentwicklung, für die Unternehmenskultur eine sehr wichtige Funktion, absolut keine Frage. Ich habe da schon meine eigenen Erfahrungen, und zwar auch positiven Erfahrungen gemacht. Es ist tatsächlich nicht so, wie manchmal das klassenkämpferisch dargestellt wird, daß da immer gekämpft und gerungen werden muß, sondern es ist auch eine partnerschaftliche Frage. Aber zu dieser Geschichte der Instrumente der Wirtschaftsförderung der öffentlichen Hand muß ich schon ein paar erklärende Ausführungen hinzufügen. Meine Damen und Herren, uns trennt an sich in der Einschätzung, in der Analyse, daß wir ein Instrument brauchen, um gerade im klein- und mittelbetrieblichen Bereich sanierungsfähige Unternehmungen, die in Schieflage geraten sind - sanierungsfähige, und das ist schon einmal ein wesentlicher Punkt, das herauszufinden, was ist sanierungsfähig, gerade von der GPI lernt man da sehr vieles auf der Bundesebene -, für die auch auf Landesebene ein Instrument zu schaffen. Das ist ja nicht neu, daß wir seit einem Jahr, eineinhalb Jahren eigentlich, gemeinsam mit der FGG, auch einer Einrichtung einer Finanzierungsgesellschaft des Finanzministeriums, einer wichtigen Einrichtung mit viel Erfahrung und dem dortigen Geschäftsführer Herwig Hutterer, hier im Land auch gut bekannt, gemeinsam mit Kärnten und Burgenland einen Südost-Defensiv-Fonds entwickeln. Und jetzt kommts, in der Überlegung, möglichst budgetschonend zu sein, das Aufbringen des Geldes dem Kapitalmarkt zu überlassen - weil ich da in der Zeitung gelesen habe, die Meindl-Bank hat dann da auch noch herhalten müssen. Bitte schön, das war halt da jemand, der sich da angeboten hat im Rahmen dieser nicht von uns erfundenen, nicht von mir erfundenen bundesweiten Suche nach einer Institution, die das Geld aufbringt, Investoren aufbringt in der Größenordnung von 500 Millionen Schilling.

Ich habe gestern mit dem Kollegen Ressel geredet, und wir sind uns da völlig einig, auch mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter. Wenn das Land in der Lage ist, cashmäßig aus dem Budget 500 Millionen

Schilling aufzubringen, na bitte, dann sei es mir recht, dasselbe zu machen. Es ist für mich absolut keine Frage der Urheberschaft oder der Nomenklatura, ob das GPI Steiermark oder Pleiteholding Steiermark oder Defensiv-Südost-Fonds heißt. Ist doch völlig Wurscht, es geht um das Instrumentarium kleiner Mittelbetriebe, sanierungsfähiger Betriebe. Wir haben uns gestern in der Regierung in einer sehr ordentlichen Aussprache im außerordentlichen Teil dazu geeinigt zu sagen, es sollten auch solche Klein- und Mittelbetriebe sein, die dann an die Börse gehen. Sie müßten nicht nur sanierungsfähig, sondern börsenfähig sein. Ja bitte, offene Arme, offene Tore bei mir, daß wir so etwas für Klein- und Mittelbetriebe konstruieren. Aber jetzt kommts, wie bringen wir das Volumen auf? In dem Fall unserer Verhandlungen mit FGG keine parteipolitische oder ideologische Geschichte war so, daß die das behafteten, FGG - Bundeseinrichtung, daß das Land nur eine Haftung von 50 Millionen geben muß. Jetzt sehen Sie den Unterschied, 50 Millionen Haftung gegenüber potentiell möglich 500 Millionen aus dem Landesbudget. Daß die Spielregeln klar sind, daß da hier eine Kontrolle sein muß, und nicht irgendwie, wie ich auch schon zitiert worden bin, naja, der große Kapitalismusfreund und Menschenfresser Paierl, der da nur gewinnorientiert ist - bitte, glaubt eh niemand, aber ich sage es nur da hier -, absolut nicht mein Thema. Wir haben ja Einrichtungen wie die Steirische Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft, nur, die hat von ihren Spielregeln her eine reine Bankenfunktion. Die ist im Moment nicht sehr aktiv, weil ohnedies die Banken niedrige Zinsen haben für diese Projekte, die die steirische Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft anbietet und ansprechen kann. Aber ein rein risikoorientierter Fonds, öffentlich behaftet, aber natürlich mit dem Geld anderer, und auch nicht - und da komme ich jetzt auf einen Fall, der mir natürlich nicht paßt -, wenn es stattfinden könnte, daß, wenn in Eggenberg, was gar nicht so weit hergeholt ist, ein kleiner Mittelbetrieb in Schieflage gerät, Probleme kriegt, dann der örtliche Funktionär das entscheidet, ob das Land dort einsteigt oder nicht. Also dagegen bin ich - ich gebe zu, ich überzeichne ein bißchen -, aber da gebe ich zu, das ist mir nicht recht. Das möchte ich ganz bewußt politikfern anlagern. Und zwar schaue ich hier in alle Richtungen, und ich glaube, daß sich da niemand etwas Gutes tut, wenn das die Politik entscheidet, wo man einsteigt, wo etwas saniert wird oder nicht, sondern das muß ein ganz strenges, ein ganz scharfes, exquisites, exzellentes Sanierungsmanagement sein. Darum geht es in dieser Debatte, keine alten ideologischen Gräben, die da aufbrechen, sondern eine Machbarkeit - ich werde nicht nachlassen, ich werde nicht nachgeben, so ein Instrument brauchen wir gerade für die kleineren Mittelbetriebe, Stichworte Südostöffnung et cetera, et cetera. Das werden wir auch in dieser Form zustandebringen.

Ein Zweites, Christian Brünner ist leider auch nicht da - doch. Bitte, kein einziger, auch nicht in jenen kommunikationsbedingten Inseraten - und zwar nur kommunikationsbedingten Inseraten, weil Sie müssen ja eines aufpassen, Sie können Programme natürlich machen im stillen Kämmerlein, wenn niemand etwas davon weiß, ist es schlecht. Sie müssen das anbieten, und wir leben in einer kommunikations- und medien-

orientierten Gesellschaft, wo Sie diese Dinge auch vertreiben müssen. In keiner dieser Darstellungen werden Sie bei uns, vom Wirtschaftsressort mit Frau Landeshauptmann gemeinsam moderierten Geschichten, eine Beschäftigungszusage oder einen Arbeitsplatz zugesagt bekommen. Job-Fitneß heißt das dort, es ist ein Aufruf zur Ermächtigung und Ertüchtigung, zum Anstrengen, ganz in der Philosophie, daß ich eine Qualifikation brauche. Und bei uns steht dann dabei zwischen 12.000 und 15.000, das ist der Erfahrungswert, den wir aus 1997/98 in den letzten Jahren hatten, soviel haben an diesen Programmen gemeinsam finanziert – AMS, Europäischer Sozialfonds und das Land Steiermark haben mitgewirkt. Und deswegen sagen wir, 12.000, 15.000 werden bei diesen Job-Fitneß-Programmen mitwirken. Das ist eine, ganz im Sinne dessen, was Sie sagen, Frage der treuhänderischen Verwaltung dieser Mittel, und wir sind überzeugt davon, daß das die beste Wirtschaftsförderung ist, die Menschen zu ermächtigen und zu ertüchtigen, daß sie wieder jobready werden, daß sie wiederum in die Möglichkeit kommen, auch entsprechende Jobangebote anzunehmen, denn ich bleibe dabei, die Arbeit ist da!

Und ein ganz Letztes: Ich weiß, daß es im Herbst eine Landtagsenquete geben wird zur Frage der neuen Arbeitsmarktpolitik, neue Methoden Arbeitsmarktpolitik. Ich habe mich in meinem Ressort intensiv damit beschäftigt, übrigens auch mit den AMS-Leuten, die da sehr interessante Gesprächspartner sind. Da müssen wir gerade in dem Übergang von der Industrieproduktion, von der Industriegesellschaft mit den ganzen Mechanismen der Arbeitszeitregelung, der Entlohnung et cetera, et cetera entrüsten, da müssen wir lockerer werden, da müssen wir entrümpeln. Das Arbeitsangebot ist da. Jetzt mache ich es ganz einfach. Gehen Sie bitte einmal bei uns in die Dienstleistungsbetriebe, und Sie werden überall, ob das beim Kurtl Flecker in Schladming ist oder ob das beim Fredi Prutsch in Radkersburg ist, Sie werden in diesen Bereichen Jobangebote vorfinden. Sie haben nur ein Problem, die Arbeitszeit, auch die Bezahlung. Hermann Schützenhöfer, weg mit den Belastungen für diese Jobs, die wenig Wertschöpfung haben, die Dienstleistungsjobs sind, wo die Menschen zwar das Geld in der Tasche haben sollen, aber nicht der Staat auch noch mitschneidet. Das ist der Vorschlag etwa der Deutschen Sozialdemokraten beziehungsweise auch jener, die hier mitdenken – das ist ja keine parteipolitische Angelegenheit mehr – in diesem Pakt, in diesem Bündnis für Arbeit, nur so geht es, über Verbände, über Parteigrenzen hinweg zu schauen, daß wir dieses Potential, dieses Reservoir an Arbeit auch besetzen können. Im Moment stellt keiner wen ein oder es geht der nicht hin, weil das einfach nicht zusammenpaßt.

Danke für die Diskussionsbeiträge. Ich glaube, daß es neben den Zwischentönen immer wieder auch zu sehr gescheiterten und zu sehr richtigen konsensualen Aussagen kommt.

Ich bin überzeugt davon, daß gerade auch dieses Haus mit der Landesregierung zusammen in dieser Frage, abseits irgendwelcher parteitaktischer oder gar wahlkampfmaßiger Entwicklungen, in der Lage ist, in diesen nächsten Monaten und Jahren dieser Heraus-

forderung gerecht zu werden. Es ist eine große Herausforderung – das Thema Nummer eins. Aber das kann ich nicht mit alten Methoden bearbeiten, sondern das muß ich versuchen, auch mit neuen Gedanken, mit neuen Überlegungen zu durchfluten. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 19.28 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nochmals zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Dr. Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Flecker (19.28 Uhr):** Meine Damen und Herren, lieber Herbert!

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich glaube, daß es wichtig ist zu deponieren, daß wir hier in grundsätzlichen Fragen grundsätzliche Auffassungsunterschiede haben. Ich glaube, es geht jetzt nicht darum zu überlegen, wie kann ich möglichst budget-schonend zu etwas kommen, womit ich ein Minimum an Einfluß habe, sondern mir geht es darum, und uns geht es darum, daß wir der Auffassung sind, daß die Politik durchaus Einfluß nehmen soll und Einfluß nehmen muß, wenn es darum geht, daß der Markt Arbeitsplätze nicht mehr sicherstellen kann, daß der Markt, daß das derzeitige System eben nicht schafft, was wir wollen, wenn es regionalpolitisch notwendig ist, wenn wir der Meinung sind, daß es sich – und das ist eher der pragmatische Ansatz – um eine Überbrückungshilfe handelt. Ich bin nicht bei dir, wenn du sagst, wir lassen eine Bank das managen, wir übernehmen anteilige Haftungen mit anderen Bundesländern – also es ist keine steirische alleinige Lösung –, sondern es muß und wird darum gehen müssen, daß wir als Politik auch umsetzen können, auch durchsetzen können, um den Menschen zu helfen, und nicht rein betriebswirtschaftliche Betrachtungsweisen sind dabei zu akzeptieren. Letztlich ist es ja dann bei den Sachen, wo die guten ins Töpfchen kommen und die schlechten ins Kröpfchen, so, daß die schlechten Sachen ohnehin dann behaftet werden und dann eh ohnehin die öffentliche Hand zur Kassa gebeten werden wird.

Das wollte ich zu dieser grundsätzlichen Überlegung sagen. Wir können uns nicht einfach – und ich bekenne mich dazu –, wir können uns als Politik von der Wirtschaftspolitik als Politik nicht verabschieden. Wir müssen eingreifen. Das, was ÖVP und auch FPÖ immer als Allheilmittel dieses Europa und der Welt und Österreich und der Steiermark gepredigt haben – möglichst viel Markt, der Markt regelt alles von selber –, das ist es bitte eben nicht. Das ist es nicht, wir brauchen den politischen, den staatlichen Eingriff, um die Interessen zu vertreten, weil der Politik bedarf es immer dann, wenn Leute da sind, denen zu helfen ist, die sich selbst nicht helfen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Darum ein Ja zur staatlichen Intervention, zur Landesintervention in der Wirtschaftspolitik. Ich bin sicher, daß das, was Kreisky seinerzeit gesagt hat, uns immerhin über ein Jahrzehnt einiges an sozialen Sorgen erspart hat. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Purr: „Und weitere zwei Jahrzehnte Sorgen gebracht!“)

Und die Abhängigkeit, wenn ich so dieses kapitalistische System, das ihr so bejubelt, mit der Abhängigkeit eines Teiles und der völligen Öffnung für einen

anderen Teil, wenn ich dieses politische System ad infinitum bejuble und weitermache, wird das den Arbeitnehmern in letzter Konsequenz auf den Kopf fallen. Da könnt ihr euch Alibianträge und Alibipolitiker leisten, die Mindestlohn fordern und solche Sachen machen, solange ihr diese rein marktwirtschaftliche Philosophie predigt und solange der Herbert Paierl diese Förderung in marktkonformer Hinsicht predigt und als das Allheilmittel sieht, werden wir als Korrektiv nicht eingreifen können. Das ist letztlich das, was die Menschen von uns verlangen. Und wir sehen es ja. Ich meine ja, wir haben es ja heute am eigenen Leib erlebt. Was ist denn das, Kurzarbeit Eurostar? Das ist eine beinharte Maßnahme, die sich aus dem Markt ergibt.

Ich sage dir nur, Herbert, was die Folgen dieses so bejubelten, von dir so bejubelten Systems sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Der russische und der lateinamerikanische Markt brechen zusammen, und du sagst, du kannst etwas machen!“) Nein, du wirst nur polemisch. Ich glaube, daß die Gegensteuerung notwendig ist, daß sich die Politik wieder zu dem bekennen muß, wozu sie da ist (Beifall bei der SPÖ.), und nicht einfach deine Laissez-faire-Philosophie verstärkt (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Kein Mensch spricht von Laissez faire!“), sondern daß wir sagen, wir brauchen den politischen Einfluß, wir brauchen die politische Eingriffsmöglichkeit. So eine GPI wäre eine Eingriffsmöglichkeit, wäre eine Eingriffsmöglichkeit in Not-situationen, und wir wollen die Politik dort mitreden lassen, und wir wollen das Land mitreden lassen.

Ich sage dir noch eines, Herbert - (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sag was du willst!“) Sei nicht so nervös und hör mir zu. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du kriegst in 14 Tagen eine Vorschau!“) Dann höre mir zu. Ich habe dir heute schon zweimal zuhören müssen, zuerst hast du eine dreiviertel Stunde geredet, jetzt warst du eh kürzer.

Ich sage dir eines, es war für mich nichts in Wirklichkeit aufdeckender als die Situation damals, als es in Niederösterreich darum gegangen ist, daß Conti abwandern will. Da hat ganz Österreich geschrien, ja, um Gottes willen, und die Politik schaut da zu. Und die Politik wird verantwortlich gemacht. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was hat der Vranitzky erreicht?“)

Der arme Franz Vranitzky ist nach Klagenfurt geflogen, hat sich mit den Managern getroffen und ist alleine dagestanden. Er hat keine Möglichkeiten mehr gehabt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Gott sei Dank!“) Das ist deine Aussage. Gott sei Dank, sagst du, lieber Herbert, mir ist allemal lieber, ein Politiker erreicht was, weil er die Möglichkeiten dazu hat, als ich gebe mich hin den Konzernherren (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Schau nach Traiskirchen!“) und deren Politik. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn das deine Philosophie der Wirtschaftspolitik ist, na dann Gnade Gott, und dann Gnade Gott unseren Arbeitern, das sage ich dir. Weil in Wirklichkeit regiert in der ÖVP nur mehr der Wirtschaftsbund, gibt es überhaupt keine sozialen Ansätze mehr, außer Alibianträge, und in Wirklichkeit kommt durch dich herausgestellt das wahre Gesicht eurer Sicht der Wirtschaftspolitik und des freien Wirtschaftens. Und ich habe mich jetzt zu Wort gemeldet, um dir zu sagen, daß wir hier stolz sind, daß wir eine andere Sicht der

Dinge haben, daß wir als Politik im Sinne der Menschen, die auf die Politik noch hoffen, unwissend, ob wir noch eingreifen können oder nicht, daß wir im Sinne dieser Menschen eingreifen wollen und daß wir uns Schritt für Schritt diese Möglichkeiten wieder schaffen müssen. Und das ist unser Ziel, und ich hoffe, es gelingt uns. (Beifall bei der SPÖ. - 19.37 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Am Wort ist Herr Präsident Vesko.

**Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (19.37 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Der Vorschlag vom Kollegen Flecker oder von den Sozialdemokraten, die Politik wieder in die Wirtschaft zurückkehren zu lassen, hat zwei Komponenten. Die eine Komponente, die richtig ist, daß man sagt, jawohl, du, Politik, wirst für alles, was hier passiert, verantwortlich gemacht, daher tue etwas. Ich glaube, das ist ein Bereich, wo man sagt, okay, da ist die Politik gefordert. Und Sie haben im selben Atemzug der Volkspartei und uns vorgeworfen, daß wir als Anhänger der freien Wirtschaft, die Wirtschaft einfach bewegen lassen wollen, wie sie will, und damit die sogenannte Liberalisierung der Wirtschaft mit allen Freiheiten und mit allen damit verbundenen Konsequenzen. Nun, auch das ist nicht unsere Meinung. Die Rolle der Politik im Eingriff in die Wirtschaft muß sich auf gewisse Bereiche beschränken, wobei wir sagen, der erste Bereich, der für uns von Bedeutung ist, sind die sogenannten Rahmenbedingungen. Dazu gehört die Steuerpolitik, dazu gehört auch bitte - und das sage ich jetzt ganz bewußt - das konsequente Verfolgen der wirtschaftlichen Veränderungen, die in Europa stattfinden, die auf der ganzen Welt stattfinden, und die damit verbundenen neuen Rezepturen. Was kann die Politik tun, um die Wirtschaft zu unterstützen, ohne - und das ist der entscheidene Punkt - ohne daß die Politik tatsächlich in das wirtschaftliche Geschehen eingreift? Wir haben zum Beispiel, weil Sie die Pleitenholding angesprochen haben, durchaus einen Bereich gehabt, wo man gesagt hat, paß auf, ich habe hier ein Kapital, du hast ein Unternehmen, das nicht geht. Das Kapital gebe ich dir, ich verbinde aber damit einen zweiten Auftrag, daß ich in die Geschehnisse des Unternehmens so weit eingreifen kann, daß ich dich aus dem Schlamm gezogen habe und du in der Lage bist auf Grund der gesetzten Maßnahmen, dich selbst wieder auf der Schiene bewegen kannst. (Abg. Dr. Flecker: „D'accord!“ - Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da haben wir keinen Widerspruch!“) Das funktioniert in einem sehr schmalen und sehr kleinen Bereich. Bei großen Unternehmungen, und hier geht es ja um Dimensionen von Betrieben mit 100, 200 Leuten aufwärts, wo es signifikante Erfolge hat. Nämlich signifikante Erfolge insofern, als wir damit auch ein ungeheures Arbeitspotential, das sonst verlorenginge, erhalten. Wir haben es in keiner Sanierung geschafft, die Arbeitsplätze in der Dimension zu erhalten, auch nicht mit der GPI, und auch nicht mit anderen Instrumenten, wie wir sie ursprünglich gehabt haben. Das war aber im Zuge der Sanierung auch nicht möglich, das muß man dazu sagen. Wir haben also reduziert, und das Unter-

nehmen hat eine Einschleifphase gehabt und versucht, aus dem Verbleibenden jenen Rahmen zu schaffen, um zumindest das abzusichern, was da ist. Und sobald man gesehen hat, daß dieses Pflänzchen bei halbwegs normalem weiteren Begießen selbst leben kann, haben wir uns daraus verabschiedet. Das sind aber bitte in der Bewältigung – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Da haben wir einen Widerspruch!“) Nein, da haben wir keinen Widerspruch. Aber das sind bitte die kleinsten Bereiche, die wir haben. Da reden wir im Vergleich von 10 Prozent zu 100 Prozent Problemstellung. Das ist ein Lösungsvorschlag für 10 Prozent.

Die Großen, die sich bewegen, und da komme ich zurück auf das, was ich sage, wir müssen auch auf die Strömungen, die in der Zwischenzeit in Europa in der Wirtschaft stattgefunden haben, Rücksicht nehmen, die da sagen, wir haben ja in der Zwischenzeit eine ganz andere Palette von Firmen. Wir haben Unternehmungen, die in der ganzen Welt verstreut oder über ganz Europa verstreut sind und die sich ja den örtlichen Gegebenheiten anpassen, indem sie alle Vorteile nutzen, und in dem Moment, wo diese Vorteile nicht mehr gegeben sind, verabschieden. So, und jetzt sage ich, damit hilft mir auch die Pleitenholding nichts. Die Pleitenholding hilft mir bei dem kleinen Tischler, der irgendwo verlorengelht. Und das ist ja auch das, was ihr wollt, ich glaube, es soll sich ja im kleinstrukturierten Bereich bewegen. Aber das sind in Summe nicht die großen Arbeitsplätze. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Aber in der Summe schon!“) Nein, nein, sie könnten es in der Summe sein, wenn alle kaputtgehen. Nur, für das wissen wir eine bessere Rezeptur. Für die wissen wir einfach, daß man einfach sagt, wenn wir uns dazu einmal bekennen, losgelöst von den ideologischen Barrieren, die es dazu gibt, und sagen, gehen wir doch den Weg, und versuchen wir uns dem anzupassen, was allen Unternehmungen hilft. Nehmen wir auf der einen Seite die Politik und den Parteinfluß zurück, lösen wir uns aus dem Bereich, wo wir sagen, wir müssen überall irgendetwas dazugeben, und versuchen wir – und das ist die Rezeptur, die anderswo schon funktioniert hat, darum verstehe ich nicht, warum man das Rad immer wieder neu erfinden soll – und gehen wir den Weg über die Steuer, wo wir beide Fliegen auf einen Streich schlagen. Wir geben dem Kleinen die Möglichkeit, wir sagen als zweite Schiene noch dazu, um dem Unternehmen herauszuhelfen – ich nehme jetzt zum Beispiel trivial die Hotellerie in den Fremdenverkehrsgebieten, die bis daher verschuldet ist, und sage, okay, jetzt hat die Bank soviel Geld, die wissen nicht, was sie mit ihrem Geld tun sollen, versuchen wir doch eine, vielleicht vom Staat mitunterstützte, Entschuldung, indem wir Haftungen übernehmen.

Denkt an das Modell in Kärnten – vor Haider, sage ich dazu, damit es da keinen Aufschrei gibt –, wo man gesagt hat, wie wäre es, wenn das Land eine Haftung übernimmt für gewisse Bereiche, und man Spargeld, das in den Banken irgendwo liegt – und die Banken haben riesige Mengen Geld momentan und wissen nicht, was sie damit tun sollen –, dafür einsetzt, daß man die reduziert, dadurch ihre Schuldenlast drückt und ihnen dadurch auch den Existenzdruck soweit wegnimmt, daß man ihnen die Möglichkeiten gibt, wieder halbwegs vernünftig und konkurrenzfähig im

richtigen Preis-Leistungs-Verhältnis zu fungieren. Auf der anderen Seite nehme ich den Steuerdruck zurück, gebe ihm die Möglichkeit bei Investitionen, diese relativ rasch und kurzfristig abzuschreiben, und dann erzeuge ich ein Klima – und ich höre ja immer wieder in allen Wirtschaftsdiskussionen die Frage nach dem Klima –, wo der sagt, okay, ich sehe ein Licht am Ende des Tunnels, und ich führe sie auf diese Weise hin. Da kann ich ruhig diese kleinen Bereiche, die ihr da anschneidet, miteinbringen. Aber für die großen und die größeren Unternehmungen, die sich ja schon versetzt haben und internationalisiert haben, wird das nicht mehr wirken. Für die wirkt nur mehr eines, das Klima im Lande für diese Unternehmungen so zu verändern, daß sie von der Ertragsseite, von der Investitionsseite her und von der Attraktivität des Standortes entweder hier bleiben oder hierher kommen.

Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht mehr. Wir werden auch mit noch so viel Sterbehilfe, meine Damen und Herren, nicht in der Lage sein, etwas zu verändern, weil die Bewegung geht ja hinunter. Die Bewegung geht ja nicht hinauf. Hinauf geht sie für jene Unternehmungen, die sich über ihre Produkte und über Beteiligungen von anderen, um nicht zu sagen über den Kauf durch andere, durch einen Besitzerwechsel, erhalten haben. Selbst das ist noch problematisch, wie wir in Kindberg wissen. (Abg. Dr. Flecker: „Dann schmeißt ihnen ein Geld nach!“)

Nein, ich schmeiße ihnen kein Geld nach. Ich gehe davon aus, wir müssen uns Bedingungen schaffen, um uns die größeren Unternehmungen zu erhalten beziehungsweise sie hierherzubringen. Das geht über eine attraktive Steuerpolitik. Das geht sicherlich auch über andere Maßnahmen, die zum Beispiel das Land oder die Kommune übernimmt in bezug auf Zurverfügungstellung von Flächen, Anschlußgebühren und so weiter, daß man ihnen bei der Infrastruktur behilflich ist. Und wenn sie ein Steuerklima vorfinden, das für sie interessant ist, dann werden sie auch hier bleiben und auch hier ihre Steuern zahlen, weil woanders die Steuersätze anders sind. Wir haben ja das nächste Problem damit, daß diese Konglomerate ja ihre Steuern nicht dort zahlen, wo sie anfallen, sondern durch die Konstruktion das so lange herumschieben, bis sie in jenem Land ihre Gewinne versteuern, wo die geringsten Steuerbelastungen anfallen. Das heißt, es geht ja bei uns auch das Steueraufkommen zurück, wenn es uns nicht gelingt, attraktiver zu werden.

Also noch einmal, die Kleinen können wir mit kleinen Maßnahmen – da ist vielleicht Ihre Lösung ein Schritt dazu –, zusätzlich dazu ein großes Abkommen mit den Banken, über einen Zeitraum von fünf, zehn Jahren, diese Entschuldungsaktionen und Revitalisierungsaktionen des klein- und mittelständischen Bereiches in der Gastronomie, der Hotellerie, des kleinen Gewerbes und so weiter, schaffen, attraktive Steuersituation im Sinne einer Reduzierung der Steuerlast, Vereinfachung der Systeme, und da greife ich nur auf bereits vorhandene Maßnahmen zurück, die es schon anderswo gibt, die erfolgreich in solchen Situationen erprobt wurden. Und dann tritt der Effekt ein, daß ich meine Unternehmen nicht mehr dadurch heraushole, daß ich sage – und Sie haben den Kreisky zitiert, ich bin da vollkommen konträrer Meinung zu Ihnen,

Kreisky hat sehr viel für die österreichische Wirtschaft getan, aber der Weg hat nach unten geführt, nicht nach oben –, die Lasten, die wir heute haben, sind Relikte aus der Ära Kreisky, meine Damen und Herren. Das ist keine Polemik, sondern das ist die nackte Tatsache (Beifall bei der ÖVP.), weil wir ja etwas Zweites haben. (Abg. Schrittwieser: „15 Jahre haben die Wirtschaft und die Arbeitnehmer besser gelebt als das jemals der Fall war!“)

Kollege Schrittwieser, wir haben, und jetzt sage ich etwas, was in das hineinpaßt – und ihr erinnert euch an den sogenannten Kreisky-Androsch-Kurs oder Androsch-Kreisky-Kurs, wie immer man ihn nennen will. In einer ähnlichen Situation, wo wir eine Rezession gehabt haben, wo das Investitionsklima zurückgegangen ist, wo sich erstmals gezeigt hat, daß eine verstaatlichte Industrie nicht mehr in der Lage ist, diese ganze Arbeitsmarktsituation auszuhalten, hat man gesagt, durchstarten.

Was hat das wirtschaftlich geheißen? Das hat geheißen, wir nehmen Geld auf. Auch damals haben wir eine relativ gute Zinspolitik gehabt. Und jetzt sage ich, die Zinssituation, wie wir sie jetzt haben, würde es ja befürworten, in einer Niedrigzinsphase Geld aufzunehmen und in die Wirtschaft hineinzu-pumpen, mit gewissen Absicherungen, die durchaus aus der Politik kommen können. Dort hat man es auch gemacht, und man hat in der schlechten Zeit viel, viel Geld investiert, hat den Karren wieder flott bekommen, hat allerdings am Ende dieser Phase gewisse Schulden gehabt. Nur hat man es verabsäumt, am Ende dieser Phase der Regenerierung und dort, wo man wieder ins Positive gekommen ist, das Geld, das man jetzt im Überschuß gehabt hat, wieder zur Tilgung jener Schulden zu verwenden, die man als Initialzündung gemacht hat. In der Zwischenzeit hat ja auch die öffentliche Hand Schuldenberge, nicht nur die offiziell deklarierten, die uns unsere EU-Kompatibilität gegeben hat – wenn man das so sagen darf – was den Euro betrifft, sondern auch in anderen Bereichen. Es sind ja auch die Kommunen verschuldet.

Wenn wir diese Instrumentarien nutzen, sowohl Ihren Vorschlag im klein- und mittelständischen Bereich, nicht nur zu sagen, hier greift die Politik ein, sondern hier greift die Politik dahin gehend ein, daß sie die Banken abdeckt und sagt, okay, wir geben gewisse Garantien. Wir haben gerade heute vom Kollegen Paierl gehört, daß er mit 50 Millionen Kapital einen Bereich von 500 abdeckt. Man müßte also in der Lage sein, mit 500 Millionen vielleicht einen Bereich von 5 Milliarden abzudecken, oder sagen wir zweieinhalb. Aber das ist möglich, und das sind praktische Rezepturen, die man anderswo schon in seinen Auswirkungen und in der Anfangsphase aus der Erfahrung anderer bereits studieren kann und die man umsetzen kann. Wir lassen trotzdem der Wirtschaft jenen Spielraum, den sie braucht, um sich selbst zu entwickeln. Es ist auch ein natürlicher Prozeß, daß kranke Glieder ausgediebt werden. Es gibt Unternehmungen, die einfach auch mit den besten Stützungsmitteln nur kurzfristig zu sanieren sind und beim nächsten kleinen Lüfterl schon wieder umfallen.

Also, Mittel gibt es. Für uns ist es wichtig, jetzt die richtige Rezeptur anzuwenden, und bitte nicht mehr schmerzstillende Mittel verschreiben, sondern wirklich das Übel bei der Wurzel packen. Dann haben wir eine Chance. (Beifall bei der FPÖ. – 19.52 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schützenhöfer (19.53 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das, was der Abgeordnete Flecker hier verzapft hat, ist schlicht und einfach eine Unverfrorenheit, die wir uns im Interesse der kleineren und mittleren Betriebe dieses Landes einfach nicht gefallen lassen.

Wie Sie die Wirtschaft herabmachen, das ist unzulässig, das möchte ich Ihnen in aller Form sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Sie hier erwähnen die große Kreiskysche Politik der Alleinregierung, meine Damen und Herren, Sie haben jahrzehntelang in diesem Staate Wirtschaftspolitik unter dem Motto gemacht „ums Geld der anderen ist uns nichts zu teuer“. (Abg. Dr. Flecker: „Sie könnten versuchen, das Niveau zu halten!“)

Glücklicherweise ist diese Politik vorbei, denn das, was Sie glorifizieren, hat dazu geführt, daß wir in der Verstaatlichten unter Kreisky, Androsch, Streicher, Rechberger und wie sie alle geheißen haben, 60.000 Arbeitsplätze verloren haben, 110 Milliarden Schilling hat der Steuerzahler hineinpumpen müssen. Es hat dazu geführt, daß wir die größte Firmenpleite mit der SPÖ-Konsumpleite erlebt haben, mit 25 Milliarden volkswirtschaftlichem Schaden (Abg. Dr. Flecker: „Das ist ja lächerlich, Herr Kollege Schützenhöfer!“), mehr als 25.000 Mitarbeiter sind betroffen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Flecker: „Sie sind nicht in der Lage, im Gegensatz zum Kollegen Vesko, das Niveau einer Diskussion zu halten!“)

Meine Damen und Herren, die Geisteshaltung, Herr Abgeordneter Flecker, die Sie heute von der Vergangenheit heraufbeschwören, ist eine Geisteshaltung einer Politik (Abg. Dr. Flecker: „Sie kennen nur einen Rednerdienst, und dann ist aus!“), mit der Sie abgewirtschaftet haben. Sie sind am Ende mit dieser Politik. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Und Gott sei Dank ist sie am Ende. (Abg. Dr. Flecker: „Differenziertes Denken ist Ihres nicht. Sowas von niveaulos!“)

Dritter Punkt, meine Damen und Herren, wir sagen durchaus ja zu einer Pleitenholding, ob das eine BMI ist, ob das über die Meindl-Bank geht, wie wir das Kind nennen, ist eine Sache, die auszureden ist. Ich sage Ihnen nur, die Konstruktion muß eine sein, die auch die kleineren Betriebe und die Mitarbeiter kleinerer Betriebe umfaßt, auch den Tischler mit zehn Leuten, wenn er in Konkurs gerät, und nicht nur die Großinsolvenz, denn das war ja der Nachteil der BMI und des Bundes.

Und dann sind wir über jede Konstruktion Gesprächsbereit.

Und schließlich, viertens und letztens, meine Damen und Herren, ich bin bei Ihnen, ob Sie es wollen oder nicht, ich weiß es sehr genau. Wo der Markt versagt, kann und soll selbstverständlich die Politik

eingreifen, wenn sie eingreifen kann. Aber wir sind uns auch einig, ohne Markt als solchen geht nun auch nichts.

Und Sie brauchen mir – überhaupt in der zynischen Art, leider, sage ich, und ich sage es eigentlich ungern – hier nicht vorwerfen, daß das sozusagen Alibiaktionen sind. (Abg. Dr. Flecker: „Mich wundert es, daß Sie mich verstanden haben!“)

Sie haben das Recht, es so zu sagen. Ich sage Ihnen, ich lasse mir von niemandem in diesem Hause vorwerfen, daß Fragen etwa eines Mindestlohnes oder eines Mindesteinkommens oder eines zweiten Arbeitsmarkts, über den wir geredet und Vorschläge gemacht haben, wo das in anderen Schriften noch nicht zu finden war, daß wir das nicht ernst gemeint hätten. Ganz im Gegenteil, das sind wichtige Fragen, wo der Staat, wo das Land eingreifen kann, wenn der Markt versagt. Aber zu allererst sind wir auch dafür da, daß wir schauen, daß der Markt, daß die Betriebe entsprechende Rahmenbedingungen haben.

Und wenn die Steuerreform, die insgesamt ein Wurf ist, zu dem wir uns bekennen können, wenn die Steuerreform in einem Punkt eine große Frage offen gelassen hat, dann ist es – und das betrifft Wirtschaft und Arbeitnehmer gleich – die Frage der Entlastung des Faktors Arbeit. (Beifall bei den Grünen.)

Das hat mit den Löhnen der Arbeiter und Angestellten nichts zu tun. Das hat damit zu tun, daß es in keinem vergleichbaren Land der Welt so viele lohnsummenabhängige Abgaben gibt wie bei uns – 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die nächsten sind mit 1,3 Prozent die Schweden. Das muß gesenkt werden. Hier sind wir uns einig. (Beifall bei der ÖVP.)

Das sind Rahmenbedingungen, die dazu notwendig sind, daß Betriebe wieder Leute einstellen, anstatt auf Teufel komm raus zu rationalisieren.

Daher sage ich noch einmal, wenn wir die Emotion runterschrauben, und von solchen Agitationen, ja, das ist nur die Antwort, mein lieber Herr Kollege (Abg. Dr. Flecker: „Sie sind eingeladen dazu!“), von solchen Agitationen absehen, dann werden wir einen Weg finden im Interesse der Wirtschaft und der Arbeitnehmer. Aber lassen Sie Sprüche für eine Politik, die Gott sei Dank der Vergangenheit angehört. (Beifall bei der ÖVP. – 19.58 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Eingebracht wurden im Zuge dieser Diskussion drei Unselbständige Entschließungsanträge.

Ich lasse zunächst in der Reihenfolge des Einbringens der Anträge abstimmen.

Erstens: Über den Antrag des freiheitlichen Landtagsklubs, betreffend zentrale Koordinierungsstelle für Arbeitsmarktpolitik. Die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich bitte Sie zweitens abzustimmen über den Unselbständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro und Flecker und ihres Klubs mit dem Inhalt Beschäftigungsprogramme des Landes am Prüfstand.

Die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Es wurde schließlich drittens vom Freiheitlichen Landtagsklub ein Antrag, betreffend Strompreissenkung, eingebracht.

Meine Damen und Herren, ich muß Sie in diesem Zusammenhang auf die Bestimmung unserer Geschäftsordnung, Paragraph 51 Absatz 1 und Absatz 4, hinweisen. Paragraph 51 Absatz 1 heißt, daß Entschließungen über die Ausübung der Vollziehung des Landes und so weiter, und so weiter beantragt werden können, soweit sie mit diesem Diskussionsgegenstand in inhaltlichem Zusammenhang stehen.

Absatz 4 des Paragraphen 51 lautet: Die Abstimmung über Unselbständige Entschließungsanträge erfolgt nach Erledigung des Gegenstandes der Verhandlung, mit dem sie in inhaltlichem Zusammenhang stehen.

Meine Damen und Herren, ich habe im Zuge der Diskussion sowohl den Entschließungsantrag der freiheitlichen Fraktion als auch die beiden Dringlichen Anfragen, die an die Frau Landesrätin Rieder und an den Landesrat Paierl gerichtet waren, sowohl den Betreff als auch Punkt für Punkt genauestens verglichen, und ich finde weder im Betreff noch in den Punkten eine Gemeinsamkeit.

Im einen Fall heißt es Beschäftigungsprogramme des Landes am Prüfstand, im anderen Fall heißt es Strompreissenkung.

Ich habe ferner die 19 Punkte der Anfrage an die Frau Landesrätin Rieder und die 17 Punkte der Anfrage an den Herrn Landesrat Paierl, insgesamt also alle 36 Punkte, dahin gehend durchgesehen, ob irgendein Hinweis auf eine Strompreissenkung darin enthalten wäre. Dies ist nicht der Fall, während umgekehrt im Antrag der Freiheitlichen Partei nicht der geringste Hinweis zu finden ist auf eine Strompreissenkung bei allen steirischen Haushalten, ihn mit diesen Anträgen in Verbindung zu bringen.

Ich fasse es nochmals kurz zusammen, ich sehe keinen inhaltlichen Zusammenhang und bringe diesen Unselbständigen Antrag daher nicht zur Abstimmung.

Ich nehme an, Sie melden sich zur Geschäftsordnung.

**Abg. Mag. Bleckmann (20.02 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich muß mich zur Geschäftsordnung melden, denn wer die Diskussion verfolgt hat, hat gemerkt, daß wir über sehr viele Dinge diskutiert haben. Dann hätten wir auch den einen oder anderen Redner einschränken müssen, wenn er sich nicht zur Tagesordnung zu dem, worum es in der Dringlichen ging, gemeldet hat. Es geht darum, was will man und was will man nicht.

Ich verstehe, daß die ÖVP das nicht abstimmen will. Das sehe ich schon ein, nur, daß die SPÖ damit ein Problem hat, verstehe ich nicht so ganz.

Wenn wir uns anschauen, was der Kollege Flecker gesagt hat, wir wollen den Beschäftigten helfen, dann frage ich Sie, welche Maßnahmen können wir denn setzen? Welche Maßnahmen kann die Landesregierung setzen?

Ich bin auch der Meinung, daß, und ich glaube, da sind wir uns langsam schon einig, noch mehr Programme nichts mehr helfen und all die indirekten Förderungen nichts bewirken können. Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen könnte denn das Land setzen, um hier zu helfen?

Wir sind nun einmal der Meinung, daß zusätzliche Programme und zusätzliche Subventionen nichts bewirken, sondern nur eine direkte Hilfe. Direkt kann man hier den Arbeitslosen helfen, die durch eine Strompreissenkung wirklich profitieren könnten. Direkt kann man hier allen Arbeitnehmern, allen Beschäftigten helfen, indem wir die Strompreise reduzieren.

Gerade, wo die SPÖ selber dies jetzt aufs Tapet gebracht hat, verstehe ich wirklich nicht, warum Sie hier keinen Zusammenhang sehen können. Genau das ist eine wirtschaftspolitische Maßnahme. Eine Strompreissenkung als wirtschaftspolitische Maßnahme und als direkte Förderung. Um Arbeitnehmern und allen Haushalten und auch den Arbeitslosen zu helfen, wäre das, wenn man will, sehr wohl eine wirtschaftspolitische Maßnahme. Daß Sie es nicht so sehen wollen, heißt für mich, Sie hat der Mut verlassen. (Beifall bei der FPÖ. – 20.04 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zur Geschäftsordnung ist die Frau Abgeordnete Zitz gemeldet.

**Abg. Mag. Zitz** (20.04 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die freiheitliche Fraktion ist zu diesem Zeitpunkt die einzige im Landtag, die die Geschäftsordnung aus populistischen Gründen bis an die Grenze des Erträglichen strapaziert. Die freiheitliche Fraktion ist diejenige, die Anträge einbringt, die mit dem Tagesordnungspunkt de facto nichts zu tun haben.

Ich habe kein Problem damit, daß die Kollegin Bleckmann bei der Diskussion nicht unbedingt auf das eingegangen ist, was die beiden Redner vorher gesagt haben, und der Kollege Vesko die internationale Zinspolitik mehr oder weniger zu Recht dafür bemüht, daß in der Steiermark die Beschäftigungsinitiativen zwischen Schwarz und Rot nicht koordinierbar sind. (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Also wenn Sie nicht verstehen, was ich gesagt habe, dann tun Sie mir sehr leid. Das ist die Frage des Verständnisses, Frau Kollegin!“)

Frau Kollegin Bleckmann, ich ersuche Sie als Klubobfrau, daß Sie diesen Entschließungsantrag von sich selber aus zurückziehen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Sie brauchen mir nicht sagen, was ich zu tun habe. Das entscheiden wir zum Glück selber!“) Es ist eine populistische Intervention, die für mich inhaltlich nicht nachvollziehbar ist. (Abg. Mag. Bleckmann: Sie brauchen uns nicht sagen, was wir zu tun haben!“) Darf ich jetzt weiterreden?

Sie bringen den Landtagspräsidenten Strenitz in die seltsame Situation, daß er wortreich erklären muß, warum Ihr Entschließungsantrag mit dem Tagesordnungspunkt zum besten Willen nicht zusammenpaßt.

Bitte, haben Sie den Anstand und ziehen Sie diesen Antrag zurück. Es gibt jede Möglichkeit, daß Sie genau diesen Antrag das nächste Mal in den Landtag einbringen. Und vielleicht schaffen Sie es, das Thema so aufzubereiten, daß ein paar energiepolitische und öko-soziale Argumente vorkommen. Das haben Sie nämlich nicht geschafft. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 20.06 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr hat sich Herr Klubobmann Flecker zur Geschäftsordnung gemeldet.

**Abg. Dr. Flecker** (20.06 Uhr): Frau Kollegin Bleckmann, uns geht es gar nicht darum, uns jetzt einem Antrag zu stellen oder nicht zu stellen, uns geht es darum, die Geschäftsordnung einzuhalten. Sie wissen ganz genau, und wenn wir ehrlich miteinander sind, auch der Herr Präsident, daß wir so einen Entschließungsantrag, wäre er zur normalen Tagesordnung den Klubs vorher bekannt gewesen, in der Präsidiale nie zugelassen hätten. (Beifall bei den Grünen.)

Ich glaube, wir sollten da nicht das, was wir an Klima und guter Vorgangsweise in der Präsidiale haben, unterlaufen. Präzedenzfälle können wir ganz, ganz sicher nicht brauchen, auch wenn ich verstehe, daß Sie das Bedürfnis haben, so einen Entschließungsantrag eingebracht zu haben. Sie können es ja morgen verlautbaren, daß Sie den Entschließungsantrag eingebracht haben und daß der böse rote Präsident den abgelehnt hat, daß der böse Flecker von den Roten noch gesagt hat, das soll nicht geschehen. Sie können das populistisch auswerten, wie Sie wollen. Mir geht es darum, daß wir die Geschäftsordnung einhalten.

Wir haben sogar, als wir das letzte Mal in der Präsidiale gesessen sind und meine Fraktion zwei Entschließungsanträge einbringen wollte – zum Landesstraßenprogramm, Flughafen Zeltweg eingebracht und zur Öko-Steuer und Netzwerk Murtal – haben wir in der Präsidiale, auf euren Vorhalt hin und auf den Vorhalt der ÖVP hin, freiwillig gesagt, ziehen wir zurück, weil wir einsehen, daß das nicht paßt.

Ich glaube, meine Damen und Herren, genauso Seebergtunnel oder so etwas. Wir haben die Entschließungsanträge das letzte Mal zurückgezogen, weil wir gesagt haben, wir wollen keine Präzedenzfälle schaffen.

Ich meine – mir ist es letztlich egal, wenn es der Präsident nicht zuläßt, ist es ein korrektes Verhalten – ich glaube, es würde uns in der gemeinsamen Vorgangsweise in der Präsidiale wesentlich das Zusammenarbeiten erleichtern, wenn ihr euch an die Spielregeln haltet, die wir uns selber gegeben haben. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.09 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Ich verweise noch einmal darauf hin, daß der Gegenstand der Verhandlung, wie er im Paragraph 51 Absatz 1 und 4 unserer Geschäftsordnung gefordert

wird, definiert wird durch die Schriftlichkeit des Treffs, des Inhaltes einer Vorlage einer Dringlichen Anfrage oder eines Unselbständigen Entschließungsantrages.

Da sehe ich auch nach dieser Diskussion keinen inhaltlichen Zusammenhang, weshalb ich diesen Entschließungsantrag nicht zur Abstimmung bringe.

Wir sind damit bei Punkt 16 unserer Tagesordnung.

**16. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1114/, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Sonderverträge.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Brünner** (20.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich erstatte folgenden Bericht: Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 4. Mai 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1114/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Sonderverträge, beraten.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Antrag von der Ausschlußmehrheit abgelehnt.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitätsausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1114/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Sonderverträge, wird zur Kenntnis genommen.

Ich erstatte diesen Bericht pflichtgemäß und füge hinzu, daß wir mit diesem Antrag des Ausschusses nicht einverstanden gewesen sind, und möchte mich gleichzeitig auch zu Wort melden. (20.10 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Es gibt eine Wortmeldung. Der Herr Abgeordnete Brünner hat sich zu Wort gemeldet.

**Abg. Dr. Brünner** (20.11 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es war für mich irgendwie bezeichnend, daß unser Vorstoß abgelehnt worden ist. Das war ein Vorstoß zur stärkeren Kontrolle der Landesregierung seitens des Landtages. Wir wollten die Landesregierung auffordern zu prüfen, ob und inwieweit der Landtag beim Abschluß von Sonderverträgen Mitwirkungsrechte haben kann.

Wir waren der Auffassung, daß nicht alle Sonderverträge des Landes eine aufwendige Berichterstattung gegenüber dem Landtag rechtfertigen würden, sondern nur Sonderverträge mit einem bestimmten Inhalt, sei es, daß Spesen bestimmter Art, Aufwandsentschädigungen bestimmter Art, eine Höhe bestimmter Art, gegeben ist. Insgesamt eben Sonderverträge, die doch beachtliche budgetäre Auswirkungen nach sich ziehen.

Als Verfassungsrechtler bin ich mir bewußt, daß eine Mitwirkung des Landtages nicht in der Form einer echten Mitbestimmung stattfinden kann, angesichts des Sachverhalts, daß die Landesregierung kraft Verfassung die Diensthoheit hat, aber es wäre sehr wohl möglich gewesen, daß zum Beispiel nach dem Abschluß bestimmter Sonderverträge dem Landtag darüber Bericht erstattet wird. Dem wäre die Verfassung nicht entgegengestanden.

Ich verweise auch darauf, daß wir ja indirekt über Sonderverträge Informationen bekommen, nämlich dann, wenn der Landesrechnungshof Sonderverträge beziehungsweise die Personalabteilung des Amtes der Landesregierung prüft, allerdings eben mit sehr viel Zeitverzögerung, so daß eine zeitnähere Befassung des Landtages die Mitwirkungsbefugnisse über Kontrolle seitens des Landtages gestärkt hätte.

Wenn ich von Sonderverträgen rede, die den Landtag zumindest zur Kenntnisnahme übermittelt werden sollen, dann möchte ich diese Sonderverträge auch namentlich ansprechen. Zum Beispiel und insbesondere der Sondervertrag für Frau Dr. Hochkofler, aber auch der Sondervertrag für Herrn Dr. Weibl, Ausstellungskurator und künstlerischer Berater, oder der Sondervertrag, der mit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts meines Kollegen Helmut Konrad abgeschlossen wird. In dem Zusammenhang würde mich interessieren, ob und inwieweit ein Sondervertrag für Herrn Richard Kriesche integriert oder geplant oder wie auch immer ist.

Nochmals, ich bin mir schon im klaren darüber, daß die Mehrheit im Ausschuß unser Begehren abgelehnt hat, nur, der Kontrolle und der Transparenz dient diese Ablehnung nicht. Es möge uns nicht eingewendet werden, daß wir die Verwaltungsökonomie nicht beachten, denn nochmals, wir wollten nur zur Kenntnis bekommen bestimmte Sonderverträge – ich habe hier vier Beispiele genannt –, und nicht jeden kleinen Sondervertrag, der abgeschlossen wird. (20.15 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Kann ich das bitte ein bißchen deutlicher haben? Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**17. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1142/1, betreffend den ersten Vierteljahresbericht 1999 über den Stand der Europäischen Integration.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner** (20.15 Uhr): Es liegt uns der diesmal 35 Seiten starke, also sehr umfassende, periodische Bericht über den Stand der Europäischen Integration, verfaßt von der Europaabteilung und beschlossen in der Landesregierung, vor.

Der Ausschuß hat sich recht intensiv mit dieser Vorlage befaßt und ersucht den Landtag zu beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung

über den Stand der Europäischen Integration wolle zur Kenntnis genommen werden. Ich bitte um Beschlussfassung dieses Antrages. (20.15 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

**Abg. Korp (20.16 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren des Landtages!

In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde und erst 16 abgewickelten Tagesordnungspunkten möchte ich mich in gebotener Kürze hier zu dieser Tagesordnung zu Wort melden.

Ich möchte diesen Vierteljahresbericht zur Europäischen Integration dazu nützen, um einmal mehr eine Lanze für die Einrichtung der Regionalmanagementstellen in unseren Regionen zu brechen, einfach deshalb, und ich sage das hier zum wiederholten Mal, weil diese Einrichtung sichtbar in der Lage war, regionales Bewußtsein festzumachen und zudem eine ganz, ganz wichtige Infoquelle mit einem inzwischen außerordentlich hohen Bekanntheitsgrad geworden ist. Was noch dazukommt – und das ist, glaube ich, steiermarkweit das gleiche –, es wird gerade dieser regionalen Einrichtung eine außerordentlich große Zufriedenheit von verschiedenen Stellen, vor allen Dingen von unseren steirischen Gemeinden, attestiert.

Ich darf vielleicht auch noch für den Westen der Obersteiermark, weil wir natürlich dort die Situation ganz genau kennen, hinzufügen, daß diese Einrichtung fast bei nahezu allen Offensivleistungen der Region zumindest beteiligt war, und das ist ja schließlich keine Selbstverständlichkeit, und daß diese Einrichtung im Bereich der regionalen Entwicklung sich außerordentlich große Verdienste – nachweislich, sage ich dazu – erworben hat.

Wir haben deshalb bei der kürzlich im Westen der Obersteiermark durchgeführten außerordentlichen Generalversammlung unseren insgesamt 73 obersteirischen Gemeinden die Frage gestellt, wie stellen Sie sich das vor, wie soll es mit dieser Einrichtung nach dem 31. Dezember 1999 weitergehen? Und da gab es – und das ist das wirklich Besondere in dieser Einheit und in dieser Geschlossenheit, in dieser Meinungsbildung hinsichtlich dieser Einrichtung – eine ganz klare, deutliche Willenserklärung, das Instrumentarium unserer steirischen Regionalmanagementstellen unbedingt und in bestmöglichen Formen nach dem 31. Dezember 1999 weiterzuführen. Ich glaube, das ist in dieser Geschlossenheit wirklich etwas Besonderes, und es verdient daher, auch entsprechend erwähnt zu werden.

Die Gemeinden wissen inzwischen durch diese Bewußtseinsbildung ganz genau, daß regionale Partnerschaft etwas bringt und die Chancen in Zukunft auf diesen Ebenen einfach viel besser umsetzbar sind.

Ich möchte noch etwas sagen, und das fällt uns steiermarkweit in allen Regionen auf, und daher glaube ich auch, daß es eine Berechtigung hat, dieses Lob auszusprechen, und zwar gegenüber den Regionalmanagern in den Regionen der Steiermark. Diese

Leute sind nicht nur fachlich exzellent, sie haben auch eine ganz wichtige Pufferfunktion hinsichtlich der unterschiedlichen politischen Positionen. Sie sind sozusagen ein Auffangnetz und haben dementsprechend auch eine ganz hohe Akzeptanz. Ich möchte ganz pauschal allen Regionalmanagern in allen Regionen der Steiermark von dieser Stelle aus namens der Sozialdemokraten dieses Landes ein aufrichtiges Danke aussprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Leute haben sich das verdient.

Ich denke daher, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Weiterführung der Regionalmanagementstellen in der neuen Programmperiode sollte daher für unser Land eine Selbstverständlichkeit sein, weshalb wir Sozialdemokraten des Landtages auch einen entsprechenden Entschließungsantrag nach Paragraph 51 der Geschäftsordnung auf Grund des Gesagten einbringen wollen.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür einzutreten, daß die bestehenden EU-Regionalmanagementstellen im bisherigen Umfang weiterfinanziert werden.

Ich darf Sie sehr höflich und herzlich um Ihre Zustimmung bitten. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 20.22 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (20.22 Uhr):** Herr Präsident; meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der vierteljährliche Bericht ist wieder von gewohnter Qualität und durchaus zu loben. Ich möchte eine Bitte anschließen, die ich auch schon im Ausschuß geäußert habe, daß sich nämlich der nächste vierteljährliche Bericht wieder mit der Ausschöpfung der Förderquoten befaßt, weil das ein ganz wichtiges Thema ist. Es geht langsam dem Ende zu, und es ist wichtig zu wissen, wie wir stehen und ob nachzuhelfen ist.

Das ist ein umfangreicher Bericht, und ich will nur auf zwei große Ereignisse kurz hinweisen, die bemerkenswert waren. Das eine war die Sitzung des Europäischen Rates am 24./25. März 1999 in Berlin mit der „Agenda 2000“ und in der Zwischenzeit, was nicht mehr im Bericht enthalten ist, der Vertrag von Amsterdam, der seit 1. Mai diesen Jahres in Kraft ist.

Wenn man die „Agenda 2000“ analysiert, dann spürt man, daß hier Kompromisse gesucht worden sind und daß diese Kompromisse nicht im Sinne der EU, sondern eher im Sinne der Staaten ausgegangen sind, aber ich glaube trotzdem, daß diese Kompromisse besser waren, als man hätte sich am 24./25. März in Berlin nicht geeinigt. Vielleicht einige wichtige Punkte:

Wenn für die Periode 2000 bis 2006 – Struktur- und Kohäsionsfonds – 213 Milliarden Euro umfassen – 239 hat die Kommission haben wollen –, dann entfallen auf den Strukturfonds 195 Milliarden Euro, und wenn man sieht, wie sie auf die Zielgebiete aufgeteilt sind, dann ist es interessant zu sehen, daß das Ziel-

gebiet 1 nahezu 70 Prozent der Strukturmittel bekommt. Das ist mehr als zwei Drittel, mehr als das letzte Mal. Ich möchte das deswegen besonders herausstreichen, weil der Kollege Grabner heute in der Wirtschaftsdebatte einen sehr wesentlichen Satz gesagt hat. Aus seiner Sicht ist es die Aufgabe der Politik, regionale Disparitäten abzubauen. Und wenn hier das Ziel-1-Gebiet so stark dotiert wird, ist genau das das Ziel. Das erwarte ich mir auch, bitte, in den Verhandlungen mit dem Bundeskanzleramt über die EU-Förderkulisse. Auch dort ist zu sehen, und wir haben das letzte Mal im Ausschuß sehr lange darüber gesprochen, daß keine Gleichverteilung der Kürzung zu erfolgen hat, sondern daß regionale Disparitäten abzubauen sind. Im Ziel-2-Gebiet sind es 11,5 Prozent, im Ziel-3-Gebiet 12,3 Prozent. 5 Prozent der Strukturmittel gehen in die Gemeinschaftsinitiativen, wovon wieder 50 Prozent dem INTERREG-Programm vorbehalten sind.

Österreich bekommt aus den Gemeinschaftsinitiativen – das wurde schon erwähnt – 4,8 Milliarden Schilling. Das ist immerhin eine Steigerung von 1,2 Prozent auf 3,5 Prozent in der jetzigen Periode, und das ist sehr viel. Wir werden alle zu tun haben, um rechtzeitig Programme zu verfassen und auch zu verabschieden, um diese Mittel, etwa im INTERREG-Programm, auch ausschöpfen zu können.

Der Vertrag von Amsterdam, der seit 1. Mai in Kraft ist, ist aus meiner Sicht ein ganz wesentlicher Vertrag, weil er sich mit vier großen Themenschwerpunkten befaßt, nämlich wie und in welchem Umfang sich die EU-Institutionen reformieren müssen, um auch nach einer Erweiterung noch wirkungsvoll und effizient arbeiten zu können.

Ein zweiter Punkt: Wie reagiert die EU auf die Globalisierung der Weltwirtschaft, etwa auf die Frage der Arbeitslosen? Welche Strukturanpassungen sind notwendig?

Ein dritter Punkt: Wie lassen sich die letzten Hindernisse für die Freizügigkeit des Bürgers innerhalb der Europäischen Union beseitigen?

Ein vierter Punkt: Die Verstärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Aus meiner Sicht ist dieser Vertrag von Amsterdam, auch wenn er in vielen Fällen nicht so weit formuliert wurde, wie man es erhoffen kann, ein sehr wichtiger Vertrag. Ich hoffe, daß wir bei einer der nächsten Gelegenheiten zur EU über diesen Vertrag auch ausführlicher sprechen können.

Man muß ja sehen, in den achtziger Jahren war der Binnenmarkt das wichtigste Thema der EU, in den neunziger Jahren die Währungsunion, und jetzt stehen wir vor einer sehr schwierigen Aufgabe, nämlich die politische Richtung der Union zu bestimmen, die Frage der Arbeitslosigkeit zu bewältigen und wohl auch eine Reform der inneren Strukturen durchzuführen. Das ist ein sehr wichtiges Thema, und ich hoffe, bei einer der nächsten Gelegenheiten gibt es mehr Zeit.

Zu dem Entschließungsantrag, den der Kollege Korp erwähnt hat: Natürlich schließen wir uns gerne diesem Entschließungsantrag zum EU-Regionalmanagement an, und ich verweise auf einen sehr alten Brief von Herrn Landesrat Paierl – ich glaube, er wird schon

gegen ein Jahr alt sein –, wo sich der Herr Landesrat Paierl in einer sehr unterstützenden Weise für die Fortführung und Finanzierung auch der EU-Regionalmanagements ausgesprochen hat. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 20.28 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Jene Damen und Herren, die dem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke. Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Weiters liegt ein Unselbständiger Entschließungsantrag der SPÖ bezüglich des Punktes 17 vor, der die Regionalmanagementstellen betrifft.

Wer diesem zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke. Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**18. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1173/1, über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 68, betreffend die Überprüfung des Vereines „Steirische Kulturveranstaltungen“.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Wabl (20.29 Uhr):** Ich kann mich kurz fassen zu diesem Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Überprüfung des Vereines „Steirische Kulturveranstaltungen“.

Hier ist dieser Bericht zur Kenntnis genommen worden. Es ist auch der sogenannte Hürdenlauf des Paragraphen 18 eingeleitet worden, der ja bald der Vergangenheit angehört. Es hat dann eine namentliche Abstimmung gegeben, daß dieser Bericht ins Haus kommt.

Der Kontroll-Ausschuß stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung des Vereines „Steirische Kulturveranstaltungen“, wird zur Kenntnis genommen. (20.29 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (20.30 Uhr):** Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn die Sache nicht sehr viel ernster wäre, dann würde mich der Bericht des Landesrechnungshofes, bitte verzeihen Sie den kleinen Ausflug in die Physik, an die Schrödinger-Katze erinnern. Die Schrödinger-Katze ist ein Problem der Physik, ein Paradoxon in der Physik, das ungefähr so zu beschreiben ist: Wie kann ich in einem finsternen Zimmer,

in einem geschlossenen System, Aussagen über eine Katze treffen, wenn ich selbst als Beobachter außerhalb des Systems bin?

Auf den Landesrechnungshofbericht etwas modifiziert heißt wohl die Frage: Wie findet man in einem dunklen Zimmer eine schwarze Katze, die gar nicht drinnen ist?

Wenn man diesen Bericht unvoreingenommen liest, dann sind für mich zwei Eindrücke evident, und die möchte ich schon zur Sprache bringen.

Der erste Eindruck: Da will offenkundig jemand dem Verein und den handelnden Personen eines ausweichen. Und der zweite Eindruck, abgesehen von der Substanzlosigkeit der Sache, ist dieses Vorhaben gescheitert, weil die Abteilungen, die befragt wurden, nicht in der Lage waren, einwandfreie und vollständige Daten zu liefern.

Nun kurz zu den Konstruktionen von Vereinen und Ges.m.b.Hs., und warum man das macht. Ich darf dazu in wenigen Sätzen die Entstehungsgeschichte des Werkstoffkompetenzzentrums in Leoben erzählen. Bei meinen ersten Gesprächen im Wissenschaftsministerium war der Satz vom Herrn Sektionschef Roszenich wortwörtlich: „Ich weiß, daß Sie und die Institute in Leoben die Fachkompetenz haben, aber bitte, suchen Sie sich einen Rechtsträger.“ Und das Ministerium hat uns ausdrücklich aufgefordert, für den Antrag einen Verein zu gründen, und der Verein ist auch derzeit der Rechtsträger des Werkstoffkompetenzzentrums, er ist innerhalb einer bestimmten Zeit in eine Ges.m.b.H. überzuführen. Auch die fördernde Stelle im Wissenschaftsministerium hat dazu eine eigene Institution gegründet, nämlich die Technologie Impulsegesellschaft, über die die Mittel an den Verein weitergegeben werden. Es gibt auch im Land ähnliche Konstruktionen, wie etwa die Steirische Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträger Ges.m.b.H.

In jüngster Zeit gibt es etwa die Gründung eines Vereines der Freunde des Landesarchivs, die mit dem AMS zusammen für das Landesarchiv Personal anstellen. Ein Vorgang, den früher der Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ gemacht hat, jetzt nicht mehr machen soll. Daher mußte man einen eigenen Verein gründen.

Warum sind Vereine oder Gesellschaften in vielen kulturellen Belangen eine Notwendigkeit? Weil man damit über den 31. Dezember hinaus wirtschaften kann, weil man Subventionen des Bundes oder von Gemeinden einnehmen kann und weil man auch Sponsorengelder direkt akquirieren und verwenden kann.

Deswegen ist jede größere Kulturunternehmung in der Steiermark ein Verein oder eine Gesellschaft, insbesondere jene, an denen das Land stark finanziell beteiligt ist. Ich erwähne nur die Vereinigten Bühnen als Gesellschaft bürgerlichen Rechts, den Steirischen Herbst mit dem Verein der Freunde des Steirischen Herbstes oder die Styriarte Ges.m.b.H.

Die Satzungen des Vereins „Steirische Kulturveranstaltungen“ basieren auf dem Nichtuntersagungsbescheid der Sicherheitsdirektion für Steiermark vom 11. Februar 1983. Gemäß den Satzungen verfolgt der Verein ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Als Hauptzweck der Gründung des Vereins „Steirische

Kulturveranstaltungen“ wird ausgeführt: Beseitigung von Nachteilen der Kameralistik, Transferierung von Finanzmitteln auf das nächste Rechnungsjahr, Verwendung von Einnahmen, die bei Kulturveranstaltungen oder bei kulturellen Aktivitäten erzielt werden, wiederum für kulturelle Zwecke, Akquirierung von Sponsorgeldern, Förderungsmittel von Körperschaften des öffentlichen Rechts und auch Möglichkeiten des Vorsteuerabzuges.

Nun, der Landesrechnungshof hat am 12. Mai 1998 die Kulturabteilung, die Rechtsabteilung 10 und auch den Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ aufgefordert, ab 1. Jänner 1995 alle Unterlagen über finanzielle Zuwendungen, über zweckbestimmte Landesförderungen des Vereins einzureichen.

Der Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ ist dem mit 27. Mai 1998 nachgekommen und hat ausgewiesen, daß im Jahr 1995 650.000 Schilling an Zuwendungen erfolgt sind, im Jahr 1996 400.000 Schilling und danach nichts mehr. Die Rechtsabteilung 10 hat keine näheren Angaben durchführen können, und die Kulturabteilung hat darauf hingewiesen, daß die Unterlagen in der FOKU sind. Daher gibt es einen zweiten Brief und einen dritten Brief vom 27. Mai 1998 und 2. Juni 1998 an die FOKU mit der Aufforderung, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Wenn man sich durchliest, was die Antwort der FOKU war, kann man sich eines gewissen Schmunzels, aber nicht in positiver Weise, kaum erwehren. Die FOKU schreibt ungefähr sinngemäß, sie möchte einer materiellen Bewertung der Geldflüsse durch den Landesrechnungshof nicht vorgreifen, und daher übermittelt sie alle Bände, alle Ordner, ungefähr mit dem Hinweis, „schauts selber nach“, und erwähnt noch dazu, daß es durchaus noch weitere Bände geben könnte, wo noch Unterlagen drinnen sind. Das könne man nicht so genau sagen.

Der Rechnungshof – das verstehe ich sehr – richtet am 16. Juni 1998 ein weiteres Schreiben an die FOKU, nicht nur mit der Frage, ob eine Kontrollvereinbarung getroffen wurde, sondern auch mit der Aufforderung um das Zahlenmaterial. Im Landesrechnungshofbericht gibt es in dem Zusammenhang den Satz, daß es doch den fördernden Abteilungen möglich sein muß, diese Fragen, nämlich der finanziellen Zuwendungen, einer ausreichenden Beantwortung zuzuführen. Übersendet wurden daraufhin mit 25. Juni Listen, die nach Durchsicht kein klares Bild ergeben. Das Ganze ist – verzeihen Sie den Ausdruck – nahe einem Trauerspiel.

Es ist ganz offenkundig, daß der Verein für Vorhaben im Interesse der Kultur Vorgänge abgewickelt hat, die im Sinne des Landes waren. Der Verein hat ordnungsgemäß eine Steuernummer bei der Finanzlandesdirektion, er hat alle Steuerpflichten ordnungsgemäß erfüllt. Zu diesem Zweck wird die Buchhaltung von einem Steuerprüfer, einem externen, überprüft, der die Bilanzen erstellt und gegen die es nie Einwände gegeben hat. Überschüsse, die erzielt wurden, wurden regelmäßig in neue Kulturvorhaben investiert. Sämtliche Subventionen des Landes Steiermark oder anderer Gebietskörperschaften sind bis auf den heutigen Tag ordnungsgemäß abgerechnet.

Der Verein selbst wurde im Jahr 1991/92 vom Rechnungshof geprüft, und auch der Prüfbericht ist damals in den zuständigen Ausschuß gegangen und hat keine Beanstandung gefunden.

Was empfindet man, wenn man diesen Landesrechnungshofbericht liest, als wirklich unangenehm? Da gibt es einen Zwischenbericht der FOKU von einem gewissen Herrn Magister Probst, der wird vom Landesrechnungshofbericht in seinen Aussagen, in seinen Schlüssen kein einziges Mal erwähnt, weil er – vorsichtig ausgedrückt – mit seinen Hypothesen und Vermutungen – wieder vorsichtig ausgedrückt – unbrauchbar ist. Aber dieser Zwischenbericht war die Basis für den Beschluß des Landtages, daß der Landesrechnungshof eine Prüfung des Vereines durchzuführen hat. Nichts gegen die Prüfung, aber dieser Zwischenbericht, den nicht einmal der Landesrechnungshof offenkundig für erwähnenswert gefunden hat, war die Basis des Beschlusses.

Was ist mit diesem Zwischenbericht weiter passiert? Er war sofort in den Medien, mit der Behauptung in den Raum gestellt, daß da irgendwelche Beträge – zwischen 3 und 12 Millionen Schilling – nicht ersichtlich irgendwo hin abgefließen sind. Und das alles unter der Auflage des Beschlusses der Landesregierung, daß dieser Zwischenbericht vertraulich zu behandeln ist und daß man sich externer Experten bedienen sollte.

Das, was hier passiert ist, ist ohne Dramatisierung oder sonst etwas, versuchter Rufmord, und ich verstehe die heftige Reaktion vom Präsidenten Jungwirth auf diese Zeitungsberichte.

Es ist wirklich die Frage erlaubt, was geschieht mit einem solchen Beamten, der mit einem solchen Zwischenbericht so etwas auslöst? Weiters ist die Frage erlaubt, hat er das auf Anweisung getan oder war er schlichtweg überfordert, und da schließt sich der Kreis, der Hinweis auf die externen Experten, der nicht gehört worden ist.

Der Verein hat alle Jahresabschlüsse von 1990 bis 1997 an die FOKU übermittelt. Die liegen heute noch dort und wurden bis heute nicht zurückgegeben, obwohl es einen Brief vom Präsidenten Jungwirth vom 3. April 1998 gibt mit der Bitte um Mitteilung, an wen die Weitergabe erfolgen soll, und mit der Bitte, diese Unterlagen, weil es sich um Originalbelege handelt, auch wieder zurückzustellen. Dieser Brief vom 3. April 1998 wurde bis heute nicht beantwortet.

Es gibt auch keinen einzigen Versuch der FOKU, den Damen und Herren in der FOKU und dem Landesrechnungshof, mit den Betroffenen zu sprechen, um Mißverständnisse oder Unklarheiten auszuräumen. Das ist in einer Demokratie beklemmend. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 20.42 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Getzinger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (20.42 Uhr):** Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Naturgemäß sehe ich den Sachverhalt doch ein Stück weit anders als mein Kollege Jeglitsch, hat er doch nicht zuletzt einen wesentlichen Sachverhalt im

Zusammenhang mit der Schrödinger-Katze vergessen. Der entscheidende Punkt bei dieser Schrödingerschen Katze ist nämlich, ob sie nun tot oder nicht tot ist, ob etwas faul ist an der Sache oder nicht. Das ist allemal das Entscheidende bei Rechnungshofberichten.

Ich bin jedenfalls nach der Lektüre zu dem Schluß gekommen, daß zumindest die Konstruktion „Steirische Kulturveranstaltungen“ als Verein eine höchst dubiose Konstellation ist. Da gründet also ein Politiker – und das ist nicht irgendein Politiker, sondern der Landesrat, der zuständig ist für Kultur – mit drei seiner hohen Hofräte einen Verein. Eine vierte Person ist noch dabei, aber sonst ist das eine geschlossene Gesellschaft, dieser Verein, meine Damen und Herren. Hohe und oberste Verwaltungsorgane aus dem Kulturbereich gründen einen Kulturverein, der wiederum gefördert wird vom Land Steiermark, nämlich von der Kulturverwaltung gefördert. Nicht also Künstler, Kulturveranstalter, Kulturmanager gründen diesen Verein, das wäre vielleicht ein Vergleich mit diesem Kompetenzzentrum, das Sie erwähnt haben, wo also Wirtschaftstreibende, Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen eine derartige Körperschaft bilden, eine derartige Körperschaft gründen, oder aber die Steirische Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträgergesellschaft, die sich im Eigentum des Landes Steiermark befindet, auch das hier also ein Vergleich, der tatsächlich hinkt. Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich, Herr Prof. Jeglitsch. Hier handelt es sich doch um einen anderen Sachverhalt. Wie gesagt, der für Kultur zuständige Landesrat gründet mit seinen drei engsten Mitarbeitern einen Verein und fördert wiederum diesen Verein als zuständiger Politiker. In den Vereinigten Staaten wäre das völlig undenkbar. Politiker müssen derartige Funktionen natürlich sofort zurücklegen, wenn sie ein öffentliches Amt innehaben. Hier ist das Gegenteil passiert, hier hat ein öffentlicher Verantwortungs- und Funktionsträger einen eigenen Verein gegründet, um bestimmte Ziele zu erreichen. Selbst wenn man annimmt, daß diese Ziele hehr sind, glaube ich doch, daß die Phantasie eines Politikers, zumal eines Regierers, weitergehen sollte, als mit seinen drei engsten Mitarbeitern einen Verein zu gründen, um diese Probleme zu lösen, nämlich Flucht aus dem Budget, Flucht aus der Kontrolle, Flucht aus der Kameralistik, Gewinne aus kulturellen Aktivitäten reinvestieren, wenn auch in Kultur. Hier gibt es durchaus auch andere Lösungsmodelle innerhalb des gesetzlichen und verfassungsmäßigen Rahmens, nämlich beispielsweise, was die sozialdemokratische Fraktion forciert, die Gründung eines Fonds, mit dem auch eine Übertragung von Budgets über die Jahresgrenze möglich sein würde.

Hier also, meine Damen und Herren, liegt ein klassischer Fall von Politikerversagen vor, konkret des ehemaligen ÖVP-Kulturreferenten Prof. Jungwirth, wenn einerseits Gesetze des öffentlichen Haushaltes gegenüber Gesetzmäßigkeiten des Kulturbetriebes in dieser Art und Weise, wie hier beschrieben, ausgespielt werden. Flucht aus der Verwaltung, Flucht aus der politischen Verantwortung, da die Kontrolle des Rechnungshofes, weil eben vergessen, als Klausel in den entsprechenden Förderverträgen festzuhalten,

nicht möglich war. Diese Kontrolle ist Gott sei Dank durch die Anregung von Landeshauptmann Schachner durchgeführt worden.

Meine Damen und Herren, summa summarum läßt sich sagen, eine höchst dubiose Konstruktion, letztes Licht, letzte Wahrheit wird sich hier, wie auch bei der Schrödinger'schen Katze, nicht wirklich an den Tag bringen lassen.

Die SPÖ, meine Damen und Herren, wird einen anderen Weg gehen, nämlich den verfassungskonformen, den politischen Weg – die Novellierung des Kulturförderungsgesetzes. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.46 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Klubobmann Brügger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Brügger (20.46 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Getzinger, ich höre mit Verwunderung, daß die SPÖ eine Novellierung des Kulturförderungsgesetzes anstrebt. Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek hat ja gesagt, daß er in der Landesregierung keinen weiteren Anlauf betreffend eine Regierungsvorlage machen wird, und im Landtag sind wir mangels Einberufung des Unterausschusses auch noch nicht zur Debatte gekommen.

Ich stimme Ihnen aber, Herr Kollege Getzinger, in Ihrer Kritik gegenüber dieser Rechtskonstruktion Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ zu, und dir, Herr Kollege Jeglitsch, nicht zu.

Es ist schon gesagt worden – vom Herrn Kollegen Getzinger –, daß solche Ausgliederungen nicht immer nur unter hehren Zielen, wie dem Korsett der Kameralistik zu entfliehen, erfolgen, sondern auch unter dem Ziel, die Flucht aus der Kontrolle anzutreten. Ob beabsichtigt oder nicht beabsichtigt, das kann ich nicht beurteilen. Ich möchte das unterstreichen, was du gesagt hast, Herr Kollege Jeglitsch, ich bin gegen versuchte Rufmorde. Das schon, aber man darf sich auf der anderen Seite nicht wundern, daß es Vermutungen gibt, wenn eine Rechtskonstruktion gewählt wird, die Flucht aus der Kontrolle bedeutet. Ich kann dann nur wiederholen, was Herr Kollege Getzinger gesagt hat, umso mehr, als ein Mitglied der Landesregierung unter Heranziehung von Dienstuntergebenen einen Verein gründet, der aus keinerlei Mitgliedern besteht. Dieser Verein hat im Grunde genommen keine Mitglieder. Er hat im Grunde genommen auch nicht die laut Statuten erforderlichen Vereinsorgane. Das geht auch aus diesem Schreiben des Steuerberaters des Vereins an das Finanzamt Graz-Stadt hervor, wo es heißt, daß letztlich als einziges Mitglied dieses Vereins nur das Land Steiermark in Frage kommt. Das heißt also, ich habe finanzielle, aufgabenmäßige und personelle Verflechtungen zwischen diesem Verein einerseits und dem Land Steiermark andererseits per excellence. Es gibt nur ein Mitglied im Grunde genommen, das ist das Land Steiermark. Aber durch die Flucht in diese Rechtskonstruktion ist der Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ der Landesrechnungshofkontrolle entzogen.

Jenen Teil der Kritik, Herr Kollege Jeglitsch, der den Landesrechnungshof betrifft, in diesem Zusammenhang, möchte ich zurückweisen. Der Landesrechnungshof konnte mit dem Herrn Präsidenten Jungwirth gar nicht sprechen, weil – das geht aus dem Prüfbericht hervor – der Landesrechnungshof schlicht und einfach für die Gebarungsprüfung nicht zuständig ist. Nicht zuständig für die Gebarungsprüfung wegen dieser Flucht in die Vereinskongstruktion, aber nicht nur deswegen. Der Steiermärkische Landtag hat – das geht aus dem Bericht hervor – am 16. November 1993 die steirische Landesregierung aufgefordert, von den im Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz vorgesehenen Möglichkeiten des vertraglichen Vorbehaltes zur Gebarungskontrolle und zur Projektkontrolle durch den Landesrechnungshof regelmäßig Gebrauch zu machen. Ein Beschluß des Steiermärkischen Landtages, der aber von der Steiermärkischen Landesregierung nicht umgesetzt wurde, dem nicht Rechnung getragen wurde.

Der Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ hat – das weist der Landesrechnungshof nach – vom Land Steiermark für bestimmte Veranstaltungen finanzielle Zuwendungen erhalten. Es ist aber nicht zu dieser im Beschluß des Steiermärkischen Landtages geforderten vertraglichen Vereinbarung mit dem Verein gekommen, nämlich daß sich das Land die Gesamtgebarungskontrolle dieses Vereins vorbehält.

Ein zweites Mal so quasi eine Konstruktion, die die Kontrolle dieses Vereins verhindert. In zweifacher Weise also wird die Kontrolle ausgeschaltet, Herr Kollege Jeglitsch, durch die Vereinskongstruktion und dadurch, daß die Landesregierung diesem Beschluß des Landtages nicht nachgekommen ist, im Falle der finanziellen Zuwendungen vertraglich sich mit diesem Verein die Gesamtgebarungsprüfung vorzubehalten.

Jetzt glaube ich, Herr Kollege Jeglitsch, daß du mich lange genug kennst, daß ich versuche, mit meiner Tätigkeit, wo auch immer, niemandem etwas zu unterstellen. Aber nochmals, du darfst dich nicht wundern, wenn Menschen dann Vermutungen anstellen, wenn solche Konstruktionen in zweifacher Weise die Kontrolle eines Vereins ausschließen, noch dazu eines Vereins, der im Grunde genommen ein virtueller Verein ist, weil er im Grunde genommen die satzungsmäßigen Organe gar nicht hat und – ich zitiere nochmals den Steuerberater – nur ein Mitglied hat, nämlich das Land Steiermark.

Es mag dahingestellt bleiben, Herr Kollege Getzinger, ob die Fondskongstruktion der Weisheit letzter Schluß ist. Ich meine, ich stimme Ihnen insoweit zu, als ein Fonds jedenfalls der Kontrolle durch den Landesrechnungshof unterliegen würde. Also insoweit ist die Fondskongstruktion sicherlich besser als eine solche Vereinskongstruktion. Ich würde aber nicht ableiten, daß jetzt die Fondskongstruktion das adäquate Instrument der Kulturförderung ist. (20.53 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch** (20.53 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Ich muß doch ein paar Sätze dazusagen. Ich bin schon etwas betroffen, daß auf wesentliche Punkte, die ich angeschnitten habe, nicht geantwortet wird.

Es wird nicht erwähnt, daß der Präsident Jungwirth seit 1991 nicht mehr in der Regierung ist. Es wird nicht erwähnt, daß es nicht seine Sache ist, daß über die Fördermittel, die im Jahr 1995 und 1996 noch geflossen sind, das Land nicht entsprechende Beschlüsse gefaßt hat zur Kontrolle der Gesamtgebarung. Dafür kann man nicht ihn jetzt verantwortlich machen. (Abg. Vollmann: „Wen dann?“)

Ja, aber das ist auch zu erwähnen.

Wenn der Landesrechnungshof nicht einen persönlichen Kontakt aufnimmt mit dem Verein, um Unklarheiten zu beseitigen, dann fehlt mir dazu die Antwort, warum das die FOKU nicht gemacht hat. Warum die FOKU einen Zwischenbericht verabschiedet hat, dieser auch an die Öffentlichkeit gelangt ist, und die Basis war für eine Reihe von Vermutungen und Gerüchten, warum hier nicht größere Sorgfaltspflicht geherrscht hat, noch dazu, wo es im Beschluß der Landesregierung steht, daß dieser Zwischenbericht vertraulich zu behandeln ist und daß man für diesen Zwischenbericht keine externen Experten herangezogen hat, um die Situation aufzubereiten.

Zum Verein, und das Vereinsgesetz kennst du, Christian, besser als ich, ein Vereinsgesetz verbietet nicht, daß ein Verein aus nur fünf oder vier Mitgliedern bestehen kann.

Und das Vereinsgesetz schreibt auch nicht vor, daß alles, was in den Vereinsstatuten steht, also zum Beispiel die Möglichkeit von Ehrenmitgliedern, auch vollzogen werden muß. Ich habe mich, nachdem ich kein Jurist bin, mit einem Juristen beraten, mit Herrn Prof. Kropiunig, ob hier das Vereinsgesetz etwas vorschreibt, was zu befolgen gewesen wäre.

Es ist eine ganz andere Sache der Eindruck, den ein Verein hervorruft, wenn er vom zuständigen Regierungsmitglied gegründet wird. Das ist mir durchaus klar. Aber das war nicht der Sinn dieses Landesrechnungshofberichtes und des Zwischenberichtes, die noch dazu nur die Förderungen ab dem Jahr 1995 zu behandeln hatten. Die primäre Frage war für mich, wie man mit bestimmten Personen, mit einem Verein in der Jetztzeit, umgesprungen ist.

Ich kann mir durchaus vorstellen, hätte man mit den Vereinsmitgliedern gesprochen, im Hinblick auf die versäumte Einforderung der Gesamtkontrolle der Finanzgebarung, daß dieser Verein gar nichts dagegen gehabt hätte, auch eine Gesamtkontrolle ohne vertragliche Verpflichtung durchzuführen.

Es ist mir auch nicht ganz klar, ob nicht in der Übermittlung der gesamten Jahresabschlüsse, die von 1990 bis 1997 an die FOKU erfolgt sind, ohnedies nachvollzogen werden kann, wie die Gesamtgebarung des Vereins ist. (Beifall bei der ÖVP. - 20.57 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Darf ich die Damen und Herren Abgeordneten bitten, Platz zu nehmen, weil wir sonst nicht beschlußfähig sind.

Der Herr Landeshauptmann hat sich zu Wort gemeldet. Bitte.

**Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek** (20.58 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn die Debatte in dieser Form abläuft, womit nicht zu rechnen war, nach dem, was sich an Vorgeschichte abgespielt hat, ist es aber dann doch meine Pflicht, mich zu melden. Ich tue dies erst auf Grund dieser Debatte und auf Grund der Wortmeldung des Herrn Univ.-Prof. Dr. Jeglitsch.

Ich verahre mich dagegen, daß Sie die Behauptung aufstellen, es wurde mit dem Vereinsfunktionär, mit dem greifbaren Vereinsfunktionär, nämlich mit dem Präsidenten, nicht gesprochen. Ich verahre mich auch dagegen, daß Sie so tun, als ob es hier irgendeinen Vorgang einer Weisung gegeben hätte oder als ob die Beamten von sich aus und womöglich noch mit Ihrem Zweifel der vorgebrachten Korrektheit oder Nichtkorrektheit agiert hätten.

Sie müssen sich über etwas im klaren sein. In dem Augenblick, wo ein Stück an die Steiermärkische Landesregierung geht, es am Spiegel steht, jedes Regierungsmitglied, jedes Büro dieses Stück bekommt, ist auch anzunehmen, daß es genug Interessenten gibt, dieses Stück auch an die Öffentlichkeit weiterzugeben.

Ich habe, als das das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat, Präsident Jungwirth, als er sich erstmals in dieser Causa bei mir angemeldet hat, sofort empfangen. Ich habe mit ihm ein Gespräch geführt und dann in der Öffentlichkeit die Erklärung abgegeben, es genügt mir, wenn Präsident Jungwirth sagt, es sei alles in Ordnung. Ich glaube, das sollte man in diesem Haus, wenn man schon über Vorgang und Umgang mit diesem Stück spricht, zumindest auch erwähnen.

Ich habe auch in der Folge dem Rechnung getragen, dem Rechnung zu tragen ist, nämlich, daß es für die Überprüfung der Gesamtgebarung keinen Rechnungshofvorbehalt gegeben hat. Es hat eigentlich auch nicht den unmittelbaren Rechnungshofvorbehalt gegeben, die Details von Zahlungsströmen zu überprüfen.

Also, die rechtliche Grundlage, den Verein in der vollkommenen Struktur, in den Abläufen und in den Strömen zu prüfen, wäre gar nicht möglich gewesen, weil dazu, wie Sie alle wissen, ein entsprechender Beschluß der Landesregierung vorliegen müßte, daß etwa bei der Auszahlung oder bei der Weiterleitung von Mitteln einer Gebietskörperschaft oder einer öffentlichen-rechtlichen Institution diese Zahlungsströme nachvollzogen werden und dieser Nachvollzug nur möglich ist, wenn es den ausdrücklichen Vorbehalt der Rechnungshofüberprüfung gibt. Den hat es nicht gegeben. Den gibt es auch bei vielen anderen Vereinen nicht. Den gibt es auch bei vielen Fragen der Wirtschaftsförderung nicht, und so weiter. Das ist der rechtliche Hintergrund.

Aus der Tatsache, daß in dieser Vereinskonstruktion auch eine Person involviert war, über die wir in diesem Haus ausreichend und oft genug gesprochen haben, ist entstanden, daß auch dieser Verein angeschaut werden sollte.

Präsident Jungwirth - und das ist der Punkt, der mich am meisten stört bei dem, was Sie da vorbringen -, Präsident Jungwirth hat mit mir auf seinen

Wunsch hin mehrere Gespräche geführt. Über eines, das habe ich klargestellt, ist von mir die öffentliche Äußerung gekommen, daß es mir genügt, wenn er sagt, es sei alles in Ordnung, dann hat es für mich genügend an Qualität, das auch so zu transportieren, so zur Kenntnis zu nehmen und dazu auch zu stehen. Ich habe das auch gemacht. Ich lasse mir nicht unterstellen, daß durch irgendwelche Weisungen oder durch sonstige Dinge Schritte gesetzt wurden, die irgend jemandem schaden hätten sollen, und schon gar nicht einem ehemaligen Kollegen.

Was ich ungern tue, ist jetzt aber, daß es in der Folge sehr wohl noch Gespräche zwischen Präsident Jungwirth und mir gegeben hat - auch auf seinen Wunsch hin -, daß ich diese Gespräche selbstverständlich geführt habe.

Und mit einem Satz ende ich jetzt, weil ich dieses Kapitel für beendet betrachte. Juristisch ist ohnedies nichts drinnen, juristisch soll auch nichts drinnen sein, und juristisch geht es auch gar nicht, weil ich das mit dem Rechnungshof und mit dem Vorbehalt längst erklärt habe.

Aber jetzt sage ich den einen Satz auch noch: Präsident Jungwirth hat zu mir in einem Gespräch vor nicht sehr langer Zeit etwas sehr Richtiges, Ehrliches und Offenes gesagt. Er hat zu mir gesagt: Ich glaube, ich habe einen Fehler gemacht. Wenn das Kulturressort wechselt, und noch dazu zu einer anderen Fraktion, dann wäre es klug von mir gewesen, den Kulturreferenten, der dieses Ressort nunmehr übernommen hat, davon zu informieren, daß es einen solchen Verein gibt, daß dieser Verein bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat, und die Frage an ihn zu richten: „Soll dieser Verein so weiterbestehen? Wollen Sie in den Verein jemanden entsenden? Wollen Sie Aufsicht in diesem Verein? Wollen Sie eine andere Konstruktion?“ Und das hat er unterlassen.

Ich hätte das alles nicht gesagt, aber ich lasse mir nicht unterstellen, daß ich in diesem Punkt in irgendeiner Situation unfair gehandelt habe. Ich sage Ihnen, das Gegenteil ist der Fall. Man hätte das eine oder andere wahrscheinlich auch anders darstellen können. Ich verwahre mich - ich sage es noch einmal - dagegen, nicht mit äußerster Fairneß und Zurückhaltung vorgegangen zu sein.

Das war das letzte Gespräch, und dann haben wir dieses Vereinskäpittel abgehakt und beendet - Jungwirth und ich. Das war das letzte Gespräch, in dem er das - ich nehme an, mein Gedächtnis ist noch relativ gut - wortwörtlich so zu mir gesagt hat. Ich nehme auch das zur Kenntnis und habe ihm auch gesagt, es wäre natürlich besser gewesen, diesen Schritt zu machen, es ist vorbei, das ist nicht passiert. Natürlich hätte man den Verein dann anders beschicken können, man hätte ihn als Verein belassen können, man hätte ihn umkonstruieren können. Alles wäre möglich gewesen. Man hätte auch die alten Zahlungsströme wieder in Gang setzen können. Man hätte es auch in eine Gesellschaft eingliedern können. Man hätte es auch in die Kulturabteilung eingliedern können. Man hätte alles mögliche tun können.

Es ist mir nicht angenehm, so etwas zu sagen, nur, wenn im Hohen Haus eine solche Debatte über dieses Kapitel geführt wird, dann sage ich Ihnen, dann fühle

ich mich auch nicht mehr verpflichtet, Vieraugen-gespräche nicht wiederzugeben. Ich habe eh alles andere weggelassen, aber diesen einen Befund, der bitte nicht von mir ist, sondern von Präsident Jungwirth gekommen ist, den muß ich Ihnen angesichts einer solchen Debatte wirklich mitteilen, Herr Prof. Jeglitsch.

Also, das muß ich Ihnen sagen, so lasse ich mich da hier auch nicht stehen, so mit einem hingeschlehten FOKU und wieder die FOKU und noch einmal die Kulturabteilung, und alle haben nichts gefunden. Also so, sage ich Ihnen ganz ehrlich, geht es nicht. Ich bedauere das, daß wir diese Debatte noch einmal so führen mußten. Ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen, mit Ausnahme, daß ich Präsident Jungwirth von Haus aus geglaubt habe, daß dort alles in Ordnung ist, und er selbst eigentlich gemeint hat, daß es gut gewesen wäre, den neuen Kulturreferenten mit diesem Verein zu konfrontieren, ihn einzubinden und zu fragen, ob er diese Konstruktion will, eine andere will, eine Mitwirkung will, wie sich die Finanzierung zusammensetzt, was dort finanziert wird und so weiter. Ich glaube schon, daß das eine richtige Schlußfolgerung war, die er selbst gezogen hat. Das ist nicht von mir, das sind nicht meine Worte. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Herr Landeshauptmannstellvertreter, sollte der Eindruck entstanden sein!“) Der ist entstanden. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Dann bedauere ich das. Diese Wortmeldung war nicht gegen Sie gerichtet. Wenn Sie meine Worte verfolgen, die ich gesagt habe, dann war die Gesprächsverweigerung auf die FOKU bezogen. Ich weiß ganz genau, das hat die Presse auch geschrieben. Also, bitte nicht etwas auf sich beziehen, das in meiner Wortmeldung nicht drinnen war!“)

Also, Herr Prof. Jeglitsch, in Ihrer Wortmeldung war zum Beispiel drinnen, geklärt oder ungeklärt, ob es Weisungen gegeben hat, ob es politische Willenserklärungen gegeben hat oder sonstiges. Ich habe sehr genau aufgepaßt, weil das ein sehr heikler Punkt für mich auch ist, wie man dann nämlich auch mit mir umgeht, wenn ich Fairneß verkörpere und das, glaube ich, ausreichend getan habe. Ich habe es jetzt auch dokumentiert. Ich habe auch sehr genau auf Ihre Wortwahl aufgepaßt. Ich stelle nur fest, mit Staunen, daß diese Wortwahl oder dieser Vortrag insgesamt und diese Darstellung insgesamt gerade von der ÖVP kommt. (Beifall bei der SPÖ. - 21.08 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 20. Bericht des Ausschusses für Bildung und Kultur über den Antrag, Einl.-Zahl 1130/19 (mehrere Abgeordnete: „Tagesordnungspunkt 19!“) Oh pardon! (Abg. Genaro: „Auch ein Präsident kann sich irren!“) Ich bin schon wieder meiner Zeit voraus.

**19. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1174/1, über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 77, betreffend die Überprüfung des Landesmuseums Joanneum.**

Berichtersteller ist hier ebenfalls der Herr Klubobmann Dr. Brünner. Ich bitte um seinen Bericht.

**Abg. Dr. Brünner** (21.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich erstatte folgenden Bericht:

Der Kontroll-Ausschuß hat sich in seinen Sitzungen am 2. März und am 4. Mai 1999 mit dem Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 77, betreffend Überprüfung des Landesmuseums Joanneum, Einl.-Zahl 1174/1, befaßt.

Der Landesrechnungshof hat gemäß Paragraph 18 Absatz 4 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 mitgeteilt, ob und in welchem Umfang der Bericht Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthält. Auch den Erfordernissen des Datenschutzgesetzes wurde Rechnung getragen.

Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 2. März 1999 beschlossen, den Bericht Nr. 77 unter Herausnahme jener Teile, die zwischen den vertretenen politischen Parteien unter Mitwirkung des Landesrechnungshofes und des Verfassungsdienstes vereinbart wurden, in der nunmehr aufliegenden Fassung dem Landtag zuzuleiten.

Dieser Beschluß wurde bei namentlicher Abstimmung von den Abgeordneten Ing. Mag. Hohegger, Straßberger, Majcen, Riebenbauer, Tasch, Purr, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Huber, Kröpfel, Schuster, Gennaro, List, Mag. Bleckmann, Mag. Hartinger und Dr. Wabl einstimmig gefaßt.

Von Abgeordneten des Kontroll-Ausschusses wurde gemäß Paragraph 18 Absatz 4 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 begehrt, jene Berichtsteile des Landesrechnungshofberichtes Nr. 77, die durch das Ergebnis der Abstimmung in der Sitzung des Kontroll-Ausschusses vom 4. Mai 1999 von der Vorlage an den Landtag nicht ausgeschlossen wurden, dem Landtag vorzulegen.

Der Kontroll-Ausschuß stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 77, betreffend Überprüfung des Landesmuseums Joanneum, wird zur Kenntnis genommen. (21.10 Uhr).

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichtersteller.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

**Abg. List** (21.10 Uhr): Herr Präsident Dipl.-Ing. Vesko, Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Bei diesem Tagesordnungspunkt werde ich versuchen, vorerst die Sachlichkeit dominieren zu lassen.

Der Landesrechnungshof setzt sich in seinem Prüfbericht überaus kritisch mit der Finanzierung eines Lagers für das Landesmuseum auseinander.

Dabei wird festgestellt, daß mit den Umbaukosten einer ehemaligen Produktionshalle der Firma Humanic in ein Depotgebäude für das Landesmuseum und der auf 40 Jahre vereinbarten Miete von insgesamt rund 56 Millionen Schilling auch ein Neubau möglich gewesen wäre. Die Kostenschätzungen für einen Neubau werden mit rund 47 Millionen Schilling beziffert. Hier wird angemerkt, daß bei korrekter Planung und Beurteilung das Land Steiermark ein eigenes Gebäude auf einem weit günstigeren Standort hätte errichten können, und nicht nach wenigen Jahrzehnten sich wieder auf die Suche nach einem Depotplatz machen müßte.

Geschätzte Damen und Herren, besonderes Augenmerk wurde während der Prüfung auf die Sicherung des Bestandes im Steiermärkischen Landesmuseum Joanneum gelegt. Dabei zeigten sich die größten Mängel im baulichen Brandschutz, da alle Museumsabteilungen in historisch wertvollen Gebäuden untergebracht sind. Erst nach dem Hofburgbrand und einer wiederholten Begehung aller Gebäude wurden Mittel freigemacht, um grundlegende sicherheitstechnische Verbesserungen durchzuführen.

So ist es beispielsweise besonders wichtig, daß das Schloß Eggenberg, das gesamte Gebäude, ebenfalls mit der modernsten Sicherheitstechnik ausgestattet wird. Das zweite Obergeschoß dieses Schlosses beherbergt nämlich einen der kostbarsten Zyklen barocken Interieurs. Die Innenausstattung aus Barock und Rokoko ist nahezu unverändert erhalten. Damit, geschätzte Damen und Herren, stellt das Schloß Eggenberg eine unersetzliche und eigentlich unschätzbare Kostbarkeit für die Steiermark und damit auch für Österreich und Europa dar. Die 24 Prunkräume mit dem Planetensaal wurden in ihrer ursprünglichen Funktion, als festlicher Repräsentationsrahmen zu dienen, belassen. Gegenwärtig wird für die bewegliche Ausstattung der Prunkräume ein Schätzwert von rund 220 bis 250 Millionen Schilling angegeben. Der Gesamtwert natürlich liegt weit darüber und ist wesentlich höher. Die Bezifferung des ideellen Wertes des Schlosses Eggenberg, vor allem für das Land Steiermark, ist unmöglich.

Aber dieses kostbare Gut für das Land Steiermark wurde leider in den letzten 25 Jahren vernachlässigt. Durch exzessive Nutzungen, wie aus dem Rechnungshofbericht hervorgeht, der Räume für Empfänge und Abendveranstaltungen sind bereits jetzt irreparable Schäden entstanden. Der dabei entstandene enorme Substanzverlust beträgt schon etwa 25 bis 35 Prozent. Die bisher aufgetretenen Schäden sind größtenteils auf die hohe Benützerfrequenz der Räume zurückzuführen.

Eine im Rechnungshofbericht enthaltene Statistik der Veranstaltungsfrequenz der Jahre 1994 bis 1997 zeigt, daß diese Prunkräume im Schnitt mit über 50 Veranstaltungen jährlich belastet werden. Die Palette, geschätzte Damen und Herren, dieser Veranstaltungen reicht von ORF-Konzerten, Styriarte-Konzerten, Chorkonzerten, AIMS-Liederabende über Maisingen, bis zu einer Angelobung des Österreichischen Bundesheeres. Das Schwergewicht dabei bilden aber die ständigen Empfänge, weit über 30 im Jahresschnitt. (Abg. Majcen: „Wahnsinn!“)

Diese große Anzahl, Herr Kollege Franz Majcen, von Empfängen ist vor allem auf Empfänge Ihrer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic zurückzuführen und auf Empfänge ihres Vorgängers, des Altlandeshauptmannes Dr. Josef Krainer.

Diese Empfänge sind auch der Hauptgrund für die aufgetretenen Schäden in den Prunkräumen. Im Rechnungshofbericht ist festgehalten, daß die durchgeführten Klimamessungen ergeben haben, daß bei allen größeren Veranstaltungen das Raumklima zum Teil sehr dramatisch verändert wird. (Abg. Majcen: „Du, in dem Raum auch übrigens!“) Man sieht, man paßt ein bißchen mehr auf.

Durch die hohe Benutzerfrequenz zusätzlich eingebrachte Wassermengen führen zu einer Vielzahl von Schäden, vor allem in den Decken- und Wandmalereien sowie beim Malereiträger. Neben diesen Schäden durch die plötzlichen schwankenden Klimasituationen treten aber immer häufiger mechanische Beschädigungen auf. Dabei handelt es sich etwa, neben der Zerstörung der wertvollen Holzböden, um Schäden durch Kratzer, Brüche und Abrisse in den Oberflächen. Diese Schäden sind einerseits auf die unachtsame, schlampige Verwendung der Prunkräume und andererseits auf bewußten Vandalismus zurückzuführen. Als Beispiel werden hier die abgeschlagenen Kanten in den freskierten Räumen durch Tische und Sessel angegeben. Etwa für eine Souvenirbeschaffung mußte ein Goldzierrahmen erhalten. Dabei wurde dieser schwerst beschädigt.

Sie alle kennen den Rechnungshofbericht und die Fotos, die von diesen Schäden gemacht wurden.

Besonders aber bekrittelt werden die direkten Schäden beim Empfang zum „steirischen Herbst“ im Jahre 1993. Laut groben Schätzungen haben die Teilnehmer an dieser einen Veranstaltung einen Schaden von weit über eine Million Schilling hinterlassen. Über diese Entgleisungen der Teilnehmer beim Empfang zur Eröffnung des „steirischen Herbstes“ 1993 berichtete die Abteilung des Schlosses Eggenberg folgendes, und ich muß hier unbedingt einige Sätze zitieren aus dem Rechnungshofbericht: „Der Anblick, den die Prunkräume am Morgen nach dem ‚Herbst‘-Empfang boten, kann nur mit einem Ausdruck ‚Horrorszenario‘ beschrieben werden. Statt der erwarteten 600 Gäste kamen über 1000. Bei einer zur Verfügung stehenden Fläche von rund 750 Quadratmeter kommt damit nicht einmal ein Quadratmeter auf einen Gast. Man kann sich vorstellen, welche Gefahren allein das Gedränge für Wände, Böden und Möbelle mit sich brachte. Zudem waren nur rund 200 Sessel vorhanden. Das Gros der Gäste mußte also stundenlang stehen, an den Wandbespannungen lehnen, teilweise wurde auch am Boden gelegen oder gesessen. Die Schäden sind auch dort dementsprechend. Kaum ein Gast hielt sich an das bestehende Rauchverbot, das zu erwähnen in der Einladung auch verabsäumt wurde. Hunderte Zigarettenkippen lagen neben der Asche auf Holzböden und in unmittelbarer Nähe der barocken Leinwandbespannungen, auf denen sie nach Auskunft des völlig überforderten Personals, nämlich nur sieben Personen für 1000 Gäste, auch ausgedrückt wurden. Wegen des Rauchverbotes waren keine Aschenbecher aufgestellt, die höflichen Ermahnungen des Personals wurden nur

belacht. Dutzende Gläser und Flaschen wurden, zum Teil unabsichtlich, zum Teil aber in bewußter Provokation auf Ermahnung des Personals, zerbrochen, die Scherben in die Weichholzböden eingetreten. Dutzende Rotweinflecken, zum Teil auf den Seidenbespannungen, vor allem aber am Boden, haben irreversible Flecken verursacht, sich in die Holzoberfläche eingesaugt und die Versiegelung angelöst.“ Und so weiter, und so weiter.

Dieses skandalöse Verhalten in Form eines bewußten Vandalismus, geschätzte Damen und Herren, in den Prunkräumen des Schlosses Eggenberg müssen wir, glaube ich, alle gemeinsam sehr streng verurteilen.

Unbenommen bleibt aber die Frage der politischen Verantwortung damals. Sie wissen auch, welches handelnde Regierungsmitglied damals zuständig war.

Insgesamt, meine geschätzten Damen und Herren, ist der Zustand des Schlosses Eggenberg mit seinen Prunkräumen bedenklich. Schätzkosten für eine Gesamtrestaurierung werden mit rund 55 Millionen Schilling angegeben. Ein von der Abteilung Forschung und Kultur eingeholtes Gutachten zu den Schäden in den Prunkräumen ist hier wesentlich höher angelegt, nämlich diese Schätzkosten belaufen sich auf insgesamt 72 Millionen Schilling.

Der Landesrechnungshof stellt mehrfach fest, daß zur besseren Erhaltung aller Kunstwerke im Schloß Eggenberg eine Verminderung der Veranstaltungen unbedingt anzustreben ist. Auch die Museumsleitung untermauert diese Ansicht und wird durch das eingeholte Gutachten bestärkt. Die drastische Reduktion von Veranstaltungen in den Prunkräumen ist umgehend notwendig, um deren Bestand langfristig zu gewährleisten.

Dieses einmalige Kulturgut darf nicht bewußt zerstört werden. In den Prunkräumen sollen nur mehr wenige Ausnahmeveranstaltungen jährlich durchgeführt werden. Ein Kulturdenkmal, das bisher mehr als 300 Jahre überstanden hat, muß und soll von uns und künftigen Generationen erhalten bleiben.

Ich frage Sie jetzt, Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner, nach Ihrer Verantwortung im Schloß Eggenberg. Sie haben Anfang 1996 das Kulturressort übernommen, trotzdem hat sich vorerst nichts geändert. Der Landesrechnungshofbericht zeigt eindeutig, daß auch den Jahren 1996 und 1997 keine Einschränkungen der Empfänge im Schloß Eggenberg stattgefunden haben. Das Feiern ging hier offensichtlich munter weiter. Warum haben Sie nicht sofort diese exzessive Nutzung verhindert? War es notwendig, hier und heute bis zu den Vorbereitungsmaßnahmen für die Landesausstellung 2000 zuzuwarten? Beabsichtigen Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter - (Abg. Dr. Flecker: „Du liest was Falsches runter. Na, echt. Weißt du nicht, hast nicht zugehört, bei einer Landtagssitzung hat der Herr Landeshauptmann ganz genau erklärt, was er veranlaßt hat. Du liest irgendwas, was der Sekretär geschrieben hat, der nicht zugehört hat. Aber lies weiter!“) Ich weiß, was da passiert ist. Herr Klubobmann, es freut mich, daß du dich mir ein bißchen angepaßt hast. Das ist kein Problem. Ich weiß, daß du schon ein bißchen hektisch bist. (Abg. Dr. Flecker: „Beleidige mich nicht!“)

Es ist eine Frage, wer dann mehr beleidigt ist. Aber du kannst weiterhin versuchen, hier durch Zwischenrufe mich zu unterbrechen oder mich davon abzuhalten, aber es wird dir nicht gelingen, etwas zu bewegen. (Abg. Dr. Flecker: „Du redest ja gerade mit mir. Bitte, du sollst weitertun, weil sonst vergeht die Zeit!“)

Ich frage Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wie wird die künftige Nutzung nach der Landesausstellung Ihrer Meinung nach aussehen? Ich glaube, daß die Basis hier sehr wohl der Unselbständige Entschließungsantrag des Liberalen Forums sein sollte, den wir Freiheitliche selbstverständlich unterstützen werden. Wir erwarten von Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß Sie als Verantwortlicher an der Spitze mit Ihren Mitarbeitern alles unternehmen, um das Schloß Eggenberg mit seinen unermeßlichen Schätzen zu schützen und für die Nachwelt als eines der steirischen Kulturdenkmäler zu erhalten.

Ich danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit, bedanke mich für deinen netten Einwand. (Beifall bei der FPÖ. – 21.22 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Es wartet der Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (21.23 Uhr):** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Da wir heute schon beim Reinemachen sind, bei der Preisgabe von Dingen, die nicht immer im Hohen Haus besprochen werden, sage ich auch hier ein ganz klares Wort.

Wir haben angesichts der Verhandlungen zur Regierungsbildung am Beginn des Jahres 1996 mit der Österreichischen Volkspartei, in dem Fall mit der Kollegin Klasnic, mit Handschlag vereinbart, daß wir uns in der Art, wie wir aufeinander zugehen und wie wir miteinander umgehen, keineswegs und nirgendwo behindern, wenn jemand Räumlichkeiten des Landes beanspruchen will.

Ich habe die exzessive Nutzung des Schlosses Eggenberg stufenweise und zunehmend erfahren und vielleicht den Fehler gemacht, der einer ist, den ich öfter mache, mich an das zu halten, was vereinbart wurde. Das ist mir schon öfter passiert, daß mir das dann im nachhinein nicht nur gut getan hat, daß ich mich strikt an so etwas halte, was man ausmacht. Ich habe daher, um das sehr deutlich zu sagen, nicht eingegriffen, obwohl die Frau Direktor Kaiser mir – etwa ab 1997 – zunehmend mündlich zugeredet hat, einschränkende Maßnahmen zu setzen.

Ich wälze das daher nicht auf irgendwelche Beamte oder auf sonst irgendjemand ab, sondern ich nehme das ausschließlich auf meine Kappe.

Es ist so, daß ich in diesen Jahren insgesamt, glaube ich, dreimal die Wartinger-Medaille verteilt habe im Planetensaal und daß es insgesamt zwei Veranstaltungen gegeben hat, die darüber hinausgehend von mir veranlaßt wurden oder wo ich im Namen des Landes eine Repräsentationsaufgabe wahrgenommen habe, eine im Zusammenhang mit dem EU-Halbjahr, mit dem Vorsitz Österreichs.

Das heißt, ich habe Kenntnis gehabt von dieser exzessiven Nutzung, habe nichts unternommen und habe das so belassen im Sinne der Vereinbarung, die wir getroffen haben.

Nach Beendigung der Landesausstellung – derzeit ist Eggenberg nicht nur in Renovierung, sondern es gibt auch die Vorbereitungsarbeiten, und damit ist Eggenberg nicht zugänglich –, haben Sie mich gefragt, was werde ich danach tun? Klar ist, da wir auch eine große Renovierungsphase vor uns haben, die nicht nur den Ausstellungsteil betrifft, sondern auch zum Beispiel die Wand- und Deckenmalereien, die unmittelbar aufgebracht sind, also nicht in Bildform, wie es im Planetensaal der Fall ist, sondern die direkt auf der Wand aufgebracht sind, daß das die eigentlichen Problemfelder sind, allein durch den Wärmeaustausch und durch den Wasser- und Luftaustausch.

Klar ist, daß ich nach Wiedereröffnung von Eggenberg für Repräsentationszwecke, auch des Landes Steiermark, selbstverständlich etwas tun werde, das ich so umschreiben will. Der Planetensaal selbst ist der Teil, der relativ am strapazfähigsten ist, weil – wie schon gesagt – die Malerei nicht unmittelbar auf die Wand aufgetragen ist und er daher relativ stabiler ist als die übrigen Prunk- und Nebenräume.

Es stimmt auch nicht, daß unter der Zeit von Landeshauptmann Krainer es zu einer extensiven Nutzung dieser Art gekommen ist, wie Sie sie angesprochen haben. Landeshauptmann Krainer hat Eggenberg relativ sparsam benutzt, ich würde sagen angemessen, und hat sehr stark auch die Beschränkung auf den Planetensaal nicht nur gewünscht, sondern auch eingehalten. Daß es bei einer Veranstaltung im Anschluß an den „steirischen Herbst“ zu Beschädigungen gekommen ist, weiß man, das fällt in diese Zeit, aber das ist eine Ausnahme. Also es ist – das sage ich auch dazu, das tut man auch nicht, im nachhinein irgend etwas nachzureden – nicht richtig, daß Landeshauptmann Krainer eine extensive Nutzung gemacht hat, ganz im Gegenteil, er war da eher etepetete und streng, was ich für gut halte.

Ich werde daher in Zukunft bei besonderen Gästen, insbesondere solchen des Auslandes, den Planetensaal und, sehr bedacht auf eine Begrenzung auch der Belastung der Nebenräume, diese zur Verfügung stellen, werde aber ganz sicherlich nicht mehr für alle möglichen Empfänge dieses Haus öffnen.

Diese Restriktion ist einfach notwendig im Sinne dessen, was nunmehr durch diesen Bericht, aber auch durchaus schon vorhergehende Zwischenberichte mündlicher Art an mich herangetragen wurde. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 21.28 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Lopatka. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Lopatka (21.29 Uhr):** Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Landesrechnungshof hat im Zuge der Überprüfung des Landesmuseums Joanneum nicht nur die Probleme im Zusammenhang mit der Erhaltung des Schlosses Eggenberg überprüft, sondern auch die

gesamte Organisation des Joanneums und auch die Besucherzahlen, die bei den Sonderausstellungen waren.

Grundsätzlich ist dieser Bericht eigentlich ein positiver, weil festgehalten wird, daß mit der Änderung der Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung im Jahr 1995 hier eine eigene Abteilung Joanneum geschaffen worden ist und dadurch Verwaltungsvereinfachungen allein schon deswegen möglich gewesen sind, weil die doppelte Zuständigkeit von Rechtsabteilung 6 als auch der Kulturabteilung weggefallen ist.

Es wird aber auch angemerkt, daß es einerseits Probleme gibt, was die ursprüngliche Hauptaufgabe des Joanneums betrifft, nämlich hier eine Sammlung zu haben, und eine Sammlung lebt nicht nur von dem, was man hat, sondern es geht auch um den Ankauf von Sammlungsstücken. Hier wird festgestellt, daß einfach ein viel zu niedriges Budget einerseits gegeben sei und für eine gezielte Sammlungspolitik eine entsprechende finanzielle Grundausstattung unabhängig ist, um auch kurzfristig und sporadisch disponieren zu können, um auf den Markt kommende Objekte eben erwerben zu können. Das wird einerseits bekräftigt.

Auf der anderen Seite wird festgestellt, daß es zu einer Umorientierung bei der Schwerpunktsetzung gekommen ist, nämlich daß als neue Aufgaben diese Sonderausstellungen dazukommen.

Zur ersten Sonderausstellung „Zwischen Himmel und Erde“ wird festgehalten, daß eine kostenmäßige Analyse nicht vorliegt, da einfach die entsprechenden Kostenrechnungsinstrumentarien gefehlt haben.

Anders ist es bei der von den Besucherzahlen sehr erfolgreichen „Schiele-Ausstellung“, wo rund 80.000 Besucher waren, das Land 16,7 Millionen an Zuschuß hier gewährt hat, andererseits Einnahmen von 7 Millionen gegeben waren, also ein Abgang von rund 10 Millionen Schilling zu verzeichnen war.

Der Rechnungshof hält hier dann fest: Aus der Sicht der öffentlichen Hand steht nicht die Frage nach den Kosten als solche, sondern nach ihrer Deckung und damit der Zuschußeingrenzung im Vordergrund der Betrachtung.

Bei der 1998 stattgefundenen Ausstellung „Wege des Impressionismus; Normandie – Paris 1860 bis 1910“ sind bereits 25 Millionen Schilling als Zuschuß angefallen. Es wird befürchtet, daß der Deckungsgrad hier weiter abfallen könnte.

Der Rechnungshof stellt dann fest, daß in Anbetracht der Größenordnung von Sonderausstellungen nach Art einer Schiele-, einer Impressionismus- oder einer Gauguin-Ausstellung empfohlen wird, unabhängig einer Betrachtung der Umwegrentabilität, nach einer Art eines Unternehmenskonzeptes die Prinzipien, Strategien und Maßstäbe zu verankern, die zur Aufrechterhaltung des Leistungsangebotes verbindlich erachtet werden. Dies auch schon deshalb, weil die Überbetonung des Ausstellungsbetriebes beziehungsweise die Schwerpunktverlagerung vom Sammlungs- zum Ausstellungsbetrieb die Arbeiten an den ständigen Sammlungen beeinträchtigen könnte.

Es heißt hier auch, daß beispielsweise auffällt, daß die ganzen Vorarbeiten für die Impressionsmus-Ausstellung über die Abteilung Forschung und Kultur gelaufen sind, während die finanzielle Abwicklung bei der Abteilung Landesmuseum Joanneum angesiedelt ist.

Da hier also eine Reihe von Bedenken auch seitens des Landesrechnungshofes artikuliert wird, darf ich namens meiner Fraktion, namens der Kollegen Jeglitsch, Purr und meiner Person, einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages, betreffend die Kostendeckung bei Sonderausstellungen, einbringen.

Ich habe das schon in meinen Ausführungen begründet, was hier seitens des Rechnungshofes festgehalten worden ist, und da eben von seiten des Landesmuseums Joanneum offenbar weitere Sonderausstellungen in der bisherigen Größenordnung geplant oder bereits im Gange sind, wie zum Beispiel „Die Farben Schwarz“, erscheint es erforderlich, dabei auf die besonders vom Rechnungshof angeregte Erhöhung des Deckungsgrades zu achten.

Daher wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens bei Sonderausstellungen des Landesmuseums Joanneum besonders auf die vom Landesrechnungshof angeregte Erhöhung des Deckungsgrades zu achten und zweitens dem Landtag die Kostenrechnung der Ausstellung „Die Farben Schwarz“ umgehend nach Beendigung der Schau vorzulegen.

Ich bitte Sie, diesem Entschließungsantrag Ihre Zustimmung zu geben. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 21.34 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Der Herr Landeshauptmann hat sich zu Wort gemeldet.

**Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (21.34 Uhr):** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Also die Fortsetzung dessen, was wir jetzt schon zum dritten Mal haben.

Für mich sind manche Aussagen schwer nachvollziehbar, zumal ich sehr neugierig bin, wie bei der kommenden Ausstellung „Die Farben Schwarz“, die ausschließlich vom Landesmuseum Joanneum nicht nur erwünscht war, sondern an mich herangetragen wurde, die ich dann letztlich genehmigt habe und die nun Ende Mai eröffnet wird, wie dann letztendlich die Rechnung dort ausschauen wird.

Wenn wir „Schiele“ als Besonderheit hervorheben, so können wir uns gemeinsam freuen. Ich sage Ihnen aber, daß Ausstellungen ab einer bestimmten Kategorie und Bedeutung einfach ihre Kosten haben, und daß die Einspielergebnisse natürlich einerseits von den Besuchern, andererseits aber natürlich auch von der Tarifgestaltung abhängen.

Wir werden sehen, wie die nun ausschließlich vom Landesmuseum Joanneum gemachte, geplante, durchgeführte, bis zur Beschaffung der Objekte und so

weiter ablaufende Ausstellung, Großausstellung, wie Sie sie nennen, „Die Farben Schwarz“ nach Abwicklung tatsächlich ausschauen wird.

Das, was man beim „Impressionismus“, mitunter sogar auch aus dem Haus, bekrittelt hat, nämlich die Kosten – wie die 25 Millionen Schilling Abgang zustande gekommen sind, ist mir nicht klar, ich habe da andere Ziffern, aber bitte –, wird man am Ende auch bei dieser Ausstellung sehen. Ich sage Ihnen nur, daß bei Ausstellungen dieser Größenordnung, gleichgültig welcher Konfiguration, irgendwo zwischen 16 und 18 Millionen Schilling zu veranschlagen sind. Und wenn Sie dann am Ende das ganze abrechnen, dann werden Sie sehen, worin der Unterschied besteht. Der Unterschied besteht vielleicht in der Besucherzahl, aber nicht in einer höheren, sondern unter Umständen auch in einer niedrigeren, weil „Die Farben Schwarz“ sicherlich hochinteressant, gut gemacht sind, aber ob sie gleich viele ansprechen wie die „Impressionisten“ oder „Schiele“, weiß ich nicht. Trotzdem ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, wenn das Landesmuseum Joanneum ein solches Vorhaben betreibt, daß ich das unterstütze. Das ist das eine.

Das heißt, diese Ausstellung ist beschlossen, diese Ausstellung wird durchgeführt, sie ist bedeckt. Sie können natürlich im Nachhang dazu die entsprechenden Beschlüsse zur Deckelung oder Kostendeckungsgrade einführen. Das läßt sich nicht mehr stoppen.

Das gleiche gilt für „Gauguin“. Diese Ausstellung ist sowohl aufgenommen in den Kalender, sie ist abgeschlossen in den Vorbereitungen, es sind die Verträge geschlossen. Wir wissen auch den Kostenrahmen, der wieder irgendwo um die 20 Millionen Schilling liegen wird. Diese wird am Beginn des Jahres 2000 stattfinden.

Also, ich sage, es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder man entschließt sich, ein Haus – und das sage ich jetzt wirklich nicht böse, sondern ich sage es so, wie ich es mir denke und wie es mir Präsident Jungwirth, den ich heute schon einmal zitiert habe, auch in einem vertraulichen Gespräch gesagt hat –, das bisher von jenen besucht wurde, die nicht gewußt haben, was sie am verregneten Wandertag tun sollen, dieses Haus entweder zu öffnen, dort etwas Anständiges zu machen, oder es bleiben zu lassen und es dort zu belassen, wo es vorher war, nämlich im Dornröschenschlaf.

Ausstellungen, und da gebe ich Ihnen recht, Herr Landespartei sekretär und Abgeordneter Lopatka, Ausstellungen dieser Kategorie sind eine Sache, das Zweite ist die Ankaufspolitik. Und wenn Sie schon meinen, daß das Sammeln sozusagen, oder der Rechnungshof meint, daß das Sammeln das Wichtigste ist, und Sie diese Passage besonders zitieren, sage ich, sehr interessant, sehr gut. Besonders gewußt hat niemand davon, was in diesem Haus alles an Schätzen liegt. Ich halte es schon für notwendig, daß man das herzeigt.

Wenn ich mir die Ankaufsbudgets vorher anschau, dann hätten wir das, was wir in Eggenberg zurückgekauft haben aus Amerika – Sie wissen alle, welche Auseinandersetzung es deswegen gegeben hat, ich glaube, der eine Ankauf hat irgendwo bei 12 Millionen Schilling gekostet –, das hätten wir nie zustande gebracht.

Also, ich versuche durchaus, das eine und das andere zu kombinieren. Wir haben noch nie so viel Geld, auch für Ankauf und für Ankaufspolitik, ausgegeben, aber daß das immer zu wenig ist, ist mir klar, insbesondere in der Neuen Galerie. Das heißt, ich sage, da es ja nicht meine Ingerenz ist, dem Landtag irgend etwas zu empfehlen oder sonst irgendwie eine Beeinflussung vorzunehmen, die beiden Ausstellungen sind beschlossen.

Wenn Sie für die Zukunft etwas anderes wollen als Landtag, dann muß man das artikulieren. Dann werden die großen Ausstellungen halt wieder eingestellt. Wir können die Dinge dann wieder dort verstauen, wo sie vorher waren, in irgendeinem Keller oder sonstwo, und können die Ankaufspolitik auch wieder auf das beschränken, wo sie einmal war. Da hat man dann eine, bestenfalls zwei Graphiken ankaufen können von einem Nullwert, so ungefähr war die Dotierung. Man kann sich das ja in den vergangenen Budgets anschauen.

Ich würde empfehlen, diese Politik nicht zu machen. Ich würde im Interesse des Hauses, das wir in Wirklichkeit mit einem gewaltigen Aufwand, von Trautenfels beginnend bis hierher nach Graz, Stück für Stück renovieren, verbessern, neu ausstatten, bis Eggenberg in Wahrheit völlig renovieren, mir wünschen, daß dieses Haus beide Möglichkeiten weiterhin behält, nämlich die des wissenschaftlichen Teils mit Sammlung, mit hochkarätiger Bearbeitung der Objekte, aber natürlich auch mit Darstellung, und darüber hinaus – über die Jährlichkeit kann man immer streiten, da bin ich auch durchaus bereit, mich jederzeit eines besseren belehren zu lassen – sich als Haus auch international zu präsentieren. Dazu gehören dann, auch wenn es etwas kostet, große Ausstellungen.

Meine Damen und Herren, ich bringe Ihnen nun ein Beispiel von einer Stadt, die bisher mit Kunst und Ausstellungskultur sehr wenig zu tun gehabt hat. Wir haben in Leoben die alte Industrie- und Universitätsstadt, aber das dritte Bein ist innerhalb von zwei Jahren eingerichtet worden. Sie haben sich auf Grund dessen, daß es eine Kunsthalle gibt, und wir haben diese Ausstellungsmöglichkeiten im Landesmuseum Joanneum gleichwertig und nach den Restaurierungen, wie ich glaube, in besonders guter Weise, in zwei Jahren mit Ausstellungen etabliert und dieser Stadt ein neues Gepräge gegeben.

Ich bitte Sie nur zu überlegen, ob Sie dem Landesmuseum Joanneum diese Grundlagen, sich auch international darzustellen, bekannt zu werden, auch einen Namen zu bekommen und auch im Austausch vielleicht etwas zu erreichen, denn das war ja früher überhaupt völlig ausgeschlossen, ob Sie diesen Weg nicht weitergehen wollen.

Wenn Sie etwas anderes beschließen, werde ich mich daran halten. Aus meinem politischen Verständnis her sollten wir diese Häuser – es sind eine Vielzahl von Häusern – nicht nur herrichten, renovieren, großzügig ausstatten, sondern das auch herzeigen, was es gibt, und auch das herbringen, was es hier noch nicht gibt, und vielleicht in Zukunft in einem großzügigen Austausch, einen modernen Museums- und Ausstellungsbetrieb ermöglichen. (Beifall bei der SPÖ. – 21.43 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Klubobmann Brünner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Brünner** (21.43 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe schon im Kontroll-Ausschuß anlässlich meines Berichtes über diesen Landesrechnungshofbericht festgehalten, daß wir einen Antrag stellen werden, betreffend die Nutzung des Schlosses Eggenberg. Es ist damals gesagt worden, daß es günstiger wäre, diesen Antrag hier, im Plenum des Landtages, zu stellen. Das tue ich hiermit.

Die Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri stellen folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Zahl der Veranstaltungen im Schloß Eggenberg gravierend einzuschränken und nur solche Veranstaltungen durchzuführen, die nach Art, Umfang, Teilnehmeranzahl und Beaufsichtigung gewährleisten, daß raumklimatische und mechanische Schäden vermieden werden.

Ich halte fest – und ich hoffe, daß dieser Antrag beschlossen wird –, daß das ein Beschluß ist, der für die Zeit nach der Landesausstellung, nach der Wiedereröffnung, nach der Restaurierung gilt. (21.44 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke. Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Kostendeckung bei Sonderausstellungen, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des Liberalen Forums, betreffend Veranstaltungen im Schloß Eggenberg, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**20. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1130/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann und Mag. Hartinger, betreffend Zeughausschau in Graz.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Hartinger** (21.46 Uhr): Mündlicher Bericht Nr. 216: Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 4. Mai 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1130/1, der Abgeordneten Bleckmann und Hartinger, betreffend Zeughausschau in Graz, beraten.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Antrag von der Ausschlußmehrheit abgelehnt.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1130/1, betreffend Zeughausschau in Graz, wird zur Kenntnis genommen. (21.46 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine Wortmeldung hierzu liegt nicht vor.

Ich darf die Damen und Herren bitten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gegenprobe.

Danke. Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

**21. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 993/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend „steirischer herbst“, Neubesetzung der Funktion des/der Intendant/in und damit verbundenen Umorganisationen.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger** (21.47 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann!

Ich bringe Ihnen den Mündlichen Bericht Nr. 217 zu Gehör.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 4. Mai 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 993/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend „steirischer herbst“, Neubesetzung der Funktion des/der Intendant/in und damit verbundenen Umorganisationen, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Die Steiermärkische Landesregierung hält in ihrer Stellungnahme zum Antrag des Liberalen Forums, Einl.-Zahl 993/1, fest, daß mittlerweile ein neuer Intendant bestellt wurde. Darüber hinaus wird angeführt, daß die Struktur des „steirischen herbstes“ auf Eigenverantwortlichkeit ausgerichtet ist, das Land Steiermark weder Mitglied des Vereines der Freunde des „steirischen herbstes“ ist noch statutarisch einen bestimmenden Einfluß auf die Willensbildung des Vereines hat.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 993/1, betreffend „steirischer herbst“, Neubesetzung der Funktion des/der Intendant/in und damit verbundenen Umorganisationen, wird zur Kenntnis genommen. (21.48 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Abgeordneten Getzinger für seinen Bericht.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Brünner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Brünner** (21.48 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich halte fest, daß wir diese Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung nicht zur Kenntnis genommen haben.

Ich bin schon verwundert, wie, je nachdem, von wem Initiativen kommen, unterschiedlich argumentiert wird. Wenn ich mir die Argumentation zum Beispiel beim heutigen Tagesordnungspunkt Verein „Steirische Kulturveranstaltungen“ anschau, dann kann alles das, was zum Beispiel Herr Kollege Getzinger zu diesem Tagesordnungspunkt gesagt hat, eins zu eins auf die Konstruktion „steirischer Herbst“ übertragen werden. Eine noch undurchsichtigere, verschachteltere Konstruktion, indem drei Gesellschaften, eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts, eine „steirische Herbst“-Veranstaltungsges.m.b.H. und ein Verein der Freunde des „steirischen Herbstes“, tätig sind mit einer, wie gesagt, nicht durchschaubaren Verschachtelung, die auch der Landesrechnungshof rügt und wo der Landesrechnungshof schon empfohlen hat, daß das bereinigt wird.

Wenn hier in der Vorlage der Landesregierung darauf hingewiesen wird, daß eben die Struktur des „steirischen Herbstes“ auf Eigenverantwortlichkeit ausgerichtet sei, dann möchte ich festhalten, daß Sie vielleicht Eigenverantwortlichkeit bereinigen oder beseitigen wollen. Aber wieder ist es eine zwiespältige Argumentation, wenn heute bei der Wirtschaftsförderung eine Pleitenholding gefordert wird, über die das Land, die Politik sehr wohl Einfluß auf die Unternehmungen hat. Und hier wird die Eigenverantwortlichkeit beschworen, obzwar das Land Geldgeber ist, aber im Grunde genommen wieder auf Grund dieser gesellschaftsrechtlichen und vereinsrechtlichen Konstruktionen keinen Einfluß hat. Dann ist die Argumentation keine ganz schlüssige.

Damit wir nicht falsch verstanden werden, halte ich fest, daß es mir und uns nicht darum gegangen ist, in den „steirischen Herbst“ hineinzuregieren, sondern wir hatten andere Anliegen, die sich verabschiedet haben und so weiter, als ja die Intendantur bereits besetzt ist. Aber es bleibt jener Punkt unseres Antrages aufrecht, daß diese gesellschaftsrechtlichen und vereinsrechtlichen Konstruktionen des „steirischen Herbstes“ bereinigt werden sollen, so daß klare Verantwortungsbereiche vorliegen, und daß auch letztendlich die Kontrolle des Landesrechnungshofes, was die wirtschaftliche Seite der Gebarung anbelangt, sichergestellt ist.

Und damit ich wieder nicht mißverstanden werde, halte ich fest, daß ich Kulturveranstaltungen nicht nur oder nicht primär unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten betrachtet sehen möchte, trotzdem aber haben möchte, daß der Landesrechnungshof hier kontrollieren kann. (21.51 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**22. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 1116/1, der Abgeordneten Heibl, Günther Prutsch und Kröpfel, betreffend Errichtung eines Berufsinformationszentrums (BIZ) in Leibnitz.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Heibl** (21.52 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Dieser Antrag behandelt die Errichtung eines Berufsinformationszentrums, Kurzbezeichnung BIZ, in Leibnitz.

Im Bezirk Leibnitz gibt es zirka 28.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber keine zeitgemäße Berufsinformationsstelle. Das Arbeitsmarktservice befindet sich in einem desolaten Gebäude und ist außerdem aus Gründen der Raumnot auf zwei Standorte aufgeteilt. Seit mehr als zwei Jahren liegt eine fertige Planung für einen Neubau für das Arbeitsmarktservice und ein Berufsinformationszentrum mit einer entsprechenden Kostenberechnung vor.

Es wird daher im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung beziehungsweise an die dafür zuständigen Stellen mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, daß die Planung, betreffend Neubau für das Arbeitsmarktservice und ein Berufsinformationszentrum, raschestmöglich umgesetzt wird. Ich ersuche um Annahme. (21.52 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke dem Abgeordneten Heibl für seinen Bericht.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

**Abg. Tschernko** (21.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich kann diesen Antrag wiederum nur unterstützen, denn es geht hier um den Neubau einer AMS-Servicestelle und eines Berufsinformationszentrums. Ich bestätige auch, daß es bei uns in Leibnitz keine adäquate Einrichtung gibt, die den Erfordernissen eines zeitgemäßen Dienstleistungsangebotes entspricht. 30 AMS-Mitarbeiter sind auf zwei Häuser aufgeteilt, und das Haus ist nicht nur zu klein, es ist auch sanierungsbedürftig. Im Jahre 1996 wurde von den zuständigen Stellen der Neubau zugesagt, aber in letzter Sekunde die Verwirklichung wieder verworfen.

Unsere AMS-Stelle betreut derzeit 10.000 Kundinnen und Kunden jährlich. Es wäre wirklich höchst an der Zeit, den Neubau für das AMS mit dem Berufsinformationszentrum zu realisieren. (Beifall bei der ÖVP. – 21.54 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**23. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1118/1, der Abgeordneten Heibl, Mag. Erlitz, Kröpfl und Günther Prutsch, betreffend Erweiterung und Ausbau der HTBLA in Kaindorf an der Sulm.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kröpfl** (21.54 Uhr): Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Heibl, Mag. Erlitz, Kröpfl und Günther Prutsch, betreffend Erweiterung und Ausbau der HTBLA in Kaindorf an der Sulm.

An der HTBLA in Kaindorf an der Sulm werden zurzeit die Fachrichtungen EDV und Automationstechnik gelehrt. Diese Fachrichtungen bieten jungen Leuten beste Berufschancen.

Mehr als 400 Schülerinnen und Schüler wollen jährlich in der HTBLA in Kaindorf aufgenommen werden. Aus Platzgründen kann aber nur weniger als die Hälfte der BewerberInnen in diese Schule eintreten.

Es erscheint daher notwendig, die HTBLA in Kaindorf an der Sulm so auszubauen, daß wesentlich mehr Schülerinnen und Schüler als bisher ausgebildet werden können, um dem Bedarf am Arbeitsmarkt gerecht werden zu können.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, insbesondere bei den Bundesstellen vorstellig zu werden, damit möglichst rasch ein angemessener Ausbau der HTBLA in Kaindorf an der Sulm erfolgen kann. Ich ersuche um Annahme! (21.55 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke dem Berichterstatter. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

**Abg. Tschernko** (21.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Jetzt nur mehr drei Sätze zu diesem Antrag. Auch diesen kann ich unterstützen. Wenn wir den Status quo erreichen wollen, dann müßten wir jetzt sieben Lehrsäle errichten. Derzeit werden 740 Schüler in 27 Klassen unterrichtet, das heißt, eine Neuaufnahme wäre zur Zeit auch mit der Errichtung von sieben Lehrsälen gar nicht möglich. Ich muß aber dazusagen, daß sich die Schülerzahlen in der HTBLA Kaindorf seit 1993/94 rasant entwickelt haben, ebenso die Klassen- und Lehrerzahlen. So sind dann Schüleraufenthaltsräume, Lehreraufenthaltsräume und ein E-Elektronik-Technik-Klassenzimmer in Klassenzimmer umgewandelt worden. Ich unterstütze diesen Antrag und ersuche ebenfalls, daß diese Lehrsäle errichtet werden. (Abg. Gennaro: „Da hättest du einfach nur zustimmen brauchen!“) Bitte?

Ich habe drei Sätze gesagt. (Abg. Gennaro: „Vier wären es!“) Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 21.57 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Zu Wort gemeldet ist nun niemand mehr. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**24. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1175/1, über den Landesrechnungshofbericht Nr. 72, betreffend die Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung der Landesschülerheime.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dirnberger** (21.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Kontroll-Ausschuss hat sich in seinen Sitzungen am 2. März und am 4. Mai 1999 mit dem Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 72, betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung der Landesschülerheime, befaßt.

Der Landesrechnungshof hat mitgeteilt, ob und in welchem Umfang der Bericht Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthält. Auch den Erfordernissen des Datenschutzgesetzes wurde Rechnung getragen.

Der Kontroll-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 2. März 1999 beschlossen, den Bericht Nr. 72 unter Herausnahme jener Teile, die zwischen den vertretenen politischen Parteien unter Mitwirkung des Landesrechnungshofes und des Verfassungsdienstes vereinbart wurden, in der nunmehr aufliegenden Fassung dem Landtag zuzuleiten. Dieser Beschluß wurde bei namentlicher Abstimmung einstimmig gefaßt.

Von Abgeordneten des Kontroll-Ausschusses wurde begehrt, jene Berichtsteile des Landesrechnungshofes Nr. 72, die durch das Ergebnis der Abstimmung in der Sitzung des Kontroll-Ausschusses vom 4. Mai 1999 von der Vorlage an den Landtag nicht ausgeschlossen wurden, dem Landtag vorzulegen.

Der Kontroll-Ausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 72, betreffend Prüfung der Gebarung der Organisation und der Auslastung der Landesschülerheime, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (21.59 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dirnberger für seinen Bericht. Er ist auch als erster zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dirnberger** (21.59 Uhr): Im Landesrechnungshofbericht Nr. 72, wie erwähnt, wurden die Jugendheime, jetzt genannt Jugendhäuser oder Jugendgästehäuser, einer Kontrolle für das Jahr 1996/97 unterzogen. Es gibt acht Heime in der Steiermark, zwei in Graz, eines in Judenburg, Arnfels, Admont,

Schladming, Bad Aussee und Eisenerz. Das Jahr 1996 hat fast einen Abgang von 60 Millionen Schilling ergeben, das ist ein Plus von 44 Prozent gegenüber dem Jahr 1982. Es waren durchschnittlich 893 Schüler in diesen Heimen. Der Abgang pro Schüler hat sich auf 67.000 Schilling erhöht, ein Plus von 22.000 Schilling gegenüber 1982. Der Personalaufwand beträgt 74,2 Prozent, gesehen am Gesamtaufwand, die Einnahmen blieben leider zurück. Kritisiert wurde auch, daß zwar früher die Begabtenförderung und vor allem die der sozial Schwächeren und die verkehrspolitisch ungünstig wohnenden Jugendlichen in diesen Heimen untergekommen sind, heute aber aus Gründen der Auslastung diese Kriterien keine Anwendung mehr finden. Auch ein Kritikpunkt waren die Fremdschüler, die im Heim Schladming zum Beispiel 47 Prozent ausmachen und für die keine Beiträge bei den Ländern eingefordert wurden, im Gegensatz dazu zahlt das Land Steiermark für 20 Einweisungsrechte für ein Studentenheim in Wien jährlich 200.000 Schilling. Der Kostendeckungsgrad beträgt 27,6 Prozent, das Ziel laut Rechnungshof wäre, 50 Prozent zu erreichen.

Kritisiert wurde natürlich auch, daß kein Dienstpostenplan vorhanden ist und dergleichen, auch die Stundeneinteilung. Und zu all diesen Punkten gibt es natürlich auch von der Rechtsabteilung jetzt Stellungnahmen, wo man ersehen kann, daß ein Teil dieser Forderungen bereits umgesetzt wurde, zum Beispiel wurden Zeiterfassungsgeräte eingeführt. Ein Teil wird noch umgesetzt. Es wurde auch der Wirtschaftsbereich einer genaueren Kontrolle unterworfen. Hier muß man positiv vermerken, daß die Kosten für den Lebensmittelverbrauch pro Tag und Schüler sich um die 35 Schilling bewegen, im Vergleich sind die Kosten bei den Spitälern um die 45 Schilling. Kritisch aufgezeigt wurde hier und auch in einer Tabelle genau angeführt der Alkoholverbrauch. So wurde in einem Heim sehr, sehr viel Bier konsumiert. Das konnte aber bei einer Stellungnahme auch erklärt werden, aber es wurden auch in einem anderen Heim 27 Flaschen Cointreau konsumiert, und die hat laut Auskunft alle der Herr Direktor konsumiert. Hier ist eine schriftliche Weisung ergangen, daß ein Alkoholverbot während der Dienstzeit gegeben ist. All diese Punkte sind wirtschaftlich wichtig, weil es ja um die Steuermittel geht.

Aber ein Punkt darunter hat mich eigentlich sehr nachdenklich gestimmt und das ist die Feststellung des Rechnungshofes, daß von den acht Heimen bei sieben der Brandschutz in bautechnischer, aber auch in organisatorischer Sicht nicht gegeben ist. In organisatorischer Sicht hat er sich sicher verbessert. Das kann man aus der Stellungnahme ersehen, aber in bautechnischer Sicht noch nicht. Es wurde zwar ein Beschluß der Landesregierung im Juli 1997 gefaßt, daß die Kosten von zirka 17 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden. Aber Stand im März 1998 war, daß die Mittel noch nicht freigegeben sind. Der heutige Stand ist mir nicht bekannt. Es wäre interessant, vom zuständigen Landesrat Dörflinger zu erfahren, wie der aktuelle Stand ist. Und ich glaube, daß man das hier nicht auf die leichte Schulter nehmen darf. Das wäre fahrlässig, wenn man hier diesen Forderungen des Rechnungshofes nicht nachkommen würde, weil – und wir wollen es alle nicht ver-

schreiben –, sollte es zu einer Katastrophe kommen, man feststellen könnte, daß hier Mängel vorhanden waren und dadurch Jugendliche zu Schaden gekommen sind. Das wäre wirklich grob fahrlässig. Und dann wären auch die Mittel sofort vorhanden. Also gerade in Richtung Brandschutz muß ich erneut die Forderung aufstellen, daß diese Mittel raschest zur Verfügung gestellt werden, damit auch diese Maßnahmen umgesetzt werden können. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 22.04 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kröpfel das Wort.

**Abg. Kröpfel (22.04 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Dieser Rechnungshofbericht, der hier vorliegt, wurde natürlich von Herrn Landesrat Dörflinger sehr ernst genommen, und er hat bereits in einigen Punkten darauf reagiert und einiges weitergebracht. Man muß natürlich auch festhalten, daß diese Landes-schülerheime bis 1991 fest in ÖVP-Händen gewesen sind, und seitdem versucht man eben, diese Landes-schülerheime wieder auf Vordermann zu bringen.

Ich darf hier nur ganz kurz ein paar Punkte herausgreifen, die bereits umgesetzt und verbessert wurden. Im organisatorischen Bereich wurden folgende Neuregelungen gemacht. Die Belagshöchstgrenzen wurden geändert und die Gruppenstärken verändert, sowie die Vereinheitlichung der Dienstbücher wurde angestrebt. Kritisiert wurden in einem Punkt die Dienststunden. Hier hat die Rechtsabteilung 1 einen Arbeitskreis ins Leben gerufen, der sich vor allem mit den Problemen Erzieherzulagen, Vertretungsstunden, Stundenabrechnungen, Nachtbereitschaftsschädigung und so weiter beschäftigt.

Seitens der Rechtsabteilung 6 werden Zeiterfassungsgeräte angeschafft und in Koordination mit der Landesamtsdirektion Ausführungsbestimmungen zur gleitenden beziehungsweise durchlaufenden Dienstzeit für Heimleitung, pädagogische Leitung, Verwaltung, Wirtschaftsleitung und Heimwart erarbeitet.

Für den Bereich der Erzieherinnen beziehungsweise des Wirtschaftspersonals werden die Dienstpläne für die jährlich notwendige Bedarfserhebung vorgeprüft und die Kontrolle durch Stechkarten vorgenommen.

Weil gerade vorher der Kollege Dirnberger den Brandschutz angeschnitten hat. Auch hier muß ich schon feststellen, daß bereits Maßnahmen seit dem Sommer durchgeführt werden und daß diese 17 Millionen freigegeben sind, damit die baulichen Maßnahmen umgesetzt werden können. Es ist das bereits in zwei Jugendhäusern in Graz der Fall – in der Schießstattgasse und in der Plüddemanngasse. Die Planung für die restlichen Jugendhäuser werden in Kürze abgeschlossen sein, so daß auch dort mit den baulichen Umsetzungen noch im Laufe dieses Jahres begonnen werden kann.

Ein weiterer Kritikpunkt war die Dienstaufsicht durch die Rechtsabteilung 6. Dazu muß ich schon festhalten, daß bis zum 31. Dezember 1993 in diesem Referat Landesschülerheim ein Akademiker, drei B-Bedienstete, zwei C-Bedienstete und zwei D-Bedienstete beschäftigt waren. Auf Grund von Perso-

Reduktionen und Personaleinsparungen ist man jetzt bei einem Dienstpostenstand von einem B-Bediensteten und nur zweieinhalb C-Bediensteten gewesen.

Zum Glück ist es dem Herrn Landesrat gelungen – und das mit Datum 17. Mai 1999, also gestern –, aus dem Jugendhaus Plüddemangasse Herrn Raimund Körbler, einen Erzieher, dem Referat Jugendhäuser in der Rechtsabteilung 6 dienstzuzuweisen. Mit dieser personellen Maßnahme wurde ein B-Dienstposten aus dem Dienstpostenplan des Jugendhauses Graz-Schießstattgasse zur Rechtsabteilung 6 transferiert – ohne Dienstpostenvermehrung, das möchte ich ganz besonders herausstreichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend erlauben Sie mir bitte noch ein paar allgemeine Bemerkungen, weil gerade dieser Kostendeckungsgrad angeschnitten wurde. Es stimmt, daß der Kostendeckungsgrad nur bei 27,6 Prozent liegt. Dem entgegenzuhalten ist, daß die Unternehmensphilosophie der Jugendhäuser nicht in einer strengen Kosten-Nutzen-Rechnung oder nach statistischen Kapazitäten zu messen ist, sondern sehr wohl eine zahlenmäßig schwer zu ermittelnde sozialpolitische Umwegrentabilität vorliegt.

Den Forderungen nach weiteren Rationalisierungen wird und wurde ständig entsprochen. So wurden zum Beispiel die Heime in Wildalpen, in Graz-Herdersgasse und in Graz-Grenadiergasse und auch in Fürstenfeld geschlossen.

Von einer ausschließlich ökonomischen Betrachtungsweise sollte wirklich Abstand genommen werden, da aus jugendpolitischer, bildungspolitischer, pädagogischer und sozialpolitischer Notwendigkeit die Existenz dieser Einrichtungen außer Frage zu stellen ist. (Beifall bei der SPÖ. – 22.09 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung, und ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

**25. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1127/1, der Abgeordneten Mag. Hartinger, List und Ing. Peinhaupt, betreffend Suizidbericht.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Hartinger** (22.09 Uhr): Mündlicher Bericht Nr. 215: Der Ausschuss für Gesundheit, Sport und Spitäler hat in seiner Sitzung am 4. Mai 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1127/1, der Abgeordneten Hartinger, List und Peinhaupt, betreffend Suizidbericht, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuss für Gesundheit, Sport und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen des Psychiatrieberichtes einen

Suizidteil mit entsprechenden Präventionsmaßnahmen zu integrieren und dem Steiermärkischen Landtag vorzulegen. (22.10 Uhr.)

**Präsident:** Danke!

Da keine Wortmeldung vorliegt, ersuche ich die Damen und Herren, die dem zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und komme zum Tagesordnungspunkt

**26. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 986/12, zum Beschluß Nr. 1060 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1998 über den Antrag der Abgeordneten Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend die Vorfinanzierung von EU-kofinanzierten Förderungsfällen.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gennaro** (22.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Teilweise wurde im Punkt 17 das schon abgehandelt.

Ich darf daher den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Innerhalb des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung wurden die entsprechenden Maßnahmen gesetzt, um einen Teil der im Rahmen des Rechnungsabschlusses 1997 vorgesehenen Mittel in der Höhe von insgesamt 200 Millionen Schilling zur Vorfinanzierung der 20-prozentigen EU-Schlußraten für vorliegende EU-kofinanzierte Förderungsfälle beanspruchen zu können. Ich ersuche um Annahme. (22.11 Uhr.)

**Präsident:** Danke!

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 27 bis 30 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese vier Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**27. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz, Einl.-Zahl 929/4, über den Antrag, Einl.-Zahl 929/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Mag. Hochegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Rieser, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend Maßnahmen für die Region West- und Südsteiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Purr** (22.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Dieser Antrag beschäftigt sich mit den Maßnahmen für die Region West- und Südsteiermark. Ich darf diesen vorliegenden Antrag verlesen.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nachstehende Maßnahmen für die Region West- und Südsteiermark im eigenen Wirkungsbereich umzusetzen beziehungsweise an die Bundesregierung heranzutreten, um die Umsetzung dieser Maßnahmen zu erreichen und darüber bis spätestens Ende 1999 zu berichten.

Ich bitte um Annahme des vorliegenden ausführlichen Antrages. (22.11 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr!

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**28. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz, Einl.-Zahl 930/4, über den Antrag, Einl.-Zahl 930/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Ing. Mag. Hochegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Rieser, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend Maßnahmen für die Region Oststeiermark.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer** (22.12 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz enthält ebenfalls vier Maßnahmen. Als Priorität: Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen: Wirtschaft – Tourismus – Landwirtschaft, Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, Maßnahmen für die Bildung und Maßnahmen für die EU-Osterweiterung.

Ich glaube, daß Sie diesen Bericht kennen und durchstudiert haben.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz stellt daher den Antrag:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nachstehende Maßnahmen für die Region Oststeiermark im eigenen Wirkungsbereich umzusetzen beziehungsweise an die Bundesregierung heranzutreten, um die Umsetzung dieser Maßnahmen zu erreichen und darüber bis spätestens Ende 1999 zu berichten. Mit den nachfolgenden Anträgen. Ich bitte um Zustimmung. (22.12 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

**29. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz, Einl.-Zahl 931/4, über den Antrag, Einl.-Zahl 931/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Ing. Mag. Hochegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Rieser, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend Maßnahmen für den Zentralraum Graz.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Hochegger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Mag. Hochegger** (22.13 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Antrag, Einl.-Zahl 931/1, Maßnahmen für den Zentralraum Graz, wurde anlässlich der Sitzungen des Regionalen Unterausschusses am 3. Februar, 4. März und 15. April 1999 eingehend beraten. Dabei wurden die im Antrag enthaltenen Maßnahmen ergänzt und nach Prioritäten gereiht.

Vom Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nachstehende Maßnahmen für den Zentralraum Graz im eigenen Wirkungsbereich umzusetzen beziehungsweise an die Bundesregierung heranzutreten, um die Umsetzung dieser Maßnahmen zu erreichen und darüber bis spätestens Ende 1999 dem Landtag zu berichten:

Erstens: Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur.

Zweitens: Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Drittens: Maßnahmen für die Bildung.

Viertens: Maßnahmen für die EU-Osterweiterung.

Um Beschlußfassung wird gebeten. (22.14 Uhr.)

**Präsident:** Ich bedanke mich und komme zum Tagesordnungspunkt

**30. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 843/12, zum Beschluß Nr. 830 des Steiermärkischen Landtages vom 22. September 1998 über den Antrag der Abgeordneten Ussar, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Grabner, Kaufmann, Korp, Schrittwieser, Vollmann, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schuster und Dr. Strenitz, betreffend den „Obersteiermark-Pakt“.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrittwieser** (22.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mündlicher Bericht Nr. 212: Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz hat in seiner Sitzung am 4. Mai 1999 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 843/12, zum Beschluß Nr. 830 des Steiermärkischen Landtages vom 22. September 1998 über den Antrag der Abgeordneten Ussar, Bachmaier-Geltewa, Flecker, Grabner, Kaufmann, Korp, Schrittwieser, Vollmann, Erlitz, Gennaro, Getzinger, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kröpfl, Günther Prutsch, Reinprecht, Schleich, Schuster und Strenitz, betreffend den „Obersteiermark-Pakt“, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 830 des Steiermärkischen Landtages vom 22. September 1998 über den Antrag der Abgeordneten Ussar, Bachmaier-Geltewa, Flecker, Grabner, Kaufmann, Korp, Schrittwieser, Vollmann, Erlitz, Gennaro, Getzinger, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kröpfl, Günther Prutsch, Reinprecht, Schleich, Schuster und Strenitz, betreffend den „Obersteiermark-Pakt“, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens sich mit Nachdruck für die Genehmigung der Fachhochschulstudiengänge in Rottenmann und Irnding bei der Bundesregierung einzusetzen und zweitens über das Referat für Wirtschaftspolitik umgehend eine Studie über die wirtschaftliche Situation in der Obersteiermark, die sich im konkreten mit wirtschaftspolitischen Kennzahlen (Zahl der Arbeitsplätze, Höhe der Arbeitslosenrate, Höhe der Einkommen, binnen- und außenwirtschaftliche Verflechtungen et cetera) auseinandersetzen soll, in Auftrag zu geben. Ich ersuche um Annahme. (22.16 Uhr.)

**Präsident:** Ich bedanke mich und erteile als erstem Redner dem Herrn Abgeordneten Kröpfl das Wort.

**Abg. Kröpfl (22.17 Uhr):** Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben ja heute schon zu früherer Stunde eine spannende Wirtschaftsdebatte abgehalten. Ich möchte das nicht noch einmal anheizen; aber während dieser Debatte hat der Kollege Purr einen für mich sehr wichtigen Satz gesagt, nämlich daß das Schlechtmachen und das Herunterjammern für eine Region nur schlecht sein kann und der Region nur schadet, und daß dadurch sogar Betriebsansiedelungen verhindert werden können.

In diesem Zusammenhang würde es mich natürlich sehr freuen, wenn es dir gelingen würde, dem Jungen-ÖVP-Obmann des Bezirkes Deutschlandsberg das auch mitzuteilen, weil er mit Veranstaltungen, wie „Deutschlandsberg im Abseits“, nicht gerade positive Stimmung in unserem Bezirk vermittelt.

Weiters ist es sehr toll, daß wir in Deutschlandsberg jetzt auch auf der Überholspur, oder Aufholspur möchte ich sagen, sind. Das nach mehr als 50jähriger Wirtschaftspolitik der ÖVP. Daß uns das jetzt gelingt, da bin ich sehr zuversichtlich, auch für die Zukunft.

Es ist aber trotz der positiven Entwicklung festzuhalten, daß alles getan werden muß, damit unsere Region einen weiteren Aufschwung erlebt. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ihr habt doch keine Wirtschaftskompetenz. Erzählt doch nicht solche Märchen!“)

Wir haben schon Wirtschaftskompetenz, in jeden Belangen, Herr Präsident.

Aber wir sind in Deutschlandsberg zuversichtlich, daß wir auch eine Angleichung schaffen. Wir liegen im regionalen Vergleich beim Einkommensniveau leider nur an der zehnten Stelle in der Steiermark, obwohl wir in den letzten Jahren eine Zuwachsrate von

2,6 Prozent erreicht haben. Beim Vergleich der Kaufkraftkennzahlen des Jahres 1997 liegt der Bezirk Deutschlandsberg gar nur an der 14. Stelle.

Auch wenn wir die Arbeitslosenzahlen anschauen, sind wir im Bezirk Deutschlandsberg schon seit Jahren vorbildlich niedrig, obwohl man auch hier feststellen muß, daß es immer darauf ankommt, wer gerade diese Zahlen präsentiert. So hat der Leiter des AMS Deutschlandsberg – auch dieser Mann wurde heute schon zitiert –, der Herr Staffaneller, solange er noch Gemeinderat der SPÖ war, die Arbeitslosenzahlen des Bezirkes immer relativ positiv gesehen. Seitdem er aber bei der FPÖ ist, wirft er der Wirtschaft, den Gemeinden und auch den Gewerkschaften große Versäumnisse in der Arbeitsmarktpolitik vor.

Tatsache ist, daß der Bezirk Deutschlandsberg Ende März eine Arbeitslosenrate von 7,8 Prozent zu verzeichnen hatte, mit der wir natürlich nicht zufrieden sein können. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 0,5 Prozent und gegenüber dem Vormonat immerhin ein Minus von 3 Prozent.

Aber gerade wegen der Arbeitslosenzahlen und der übrigen wirtschaftlichen Kennzahlen für den Bezirk Deutschlandsberg ist es notwendig, daß weiterhin alles versucht wird, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Der Regionale Planungsbeirat hat deswegen ein Bezirksleitbild entwickelt und beschlossen. Wir sind gut beraten, wenn alles unternommen wird, damit gerade diese Projekte, die auf breiter Basis diskutiert wurden, umgesetzt werden. Deshalb haben wir uns bei den Unterausschußsitzungen auch gegen eine Auflistung der einzelnen Projekte ausgesprochen. Wir wollen, daß die Regionalen Leitbilder nach der im Regionalen Unterausschuß vereinbarten Prioritätenreihung umgesetzt werden.

Deshalb bringe ich den Unselbständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages, betreffend Umsetzung und Förderung der Entwicklungsleitbilder nach Prioritäten, ein.

Die Regionalen Entwicklungsleitbilder der Bezirke Deutschlandsberg, Leibnitz, Voitsberg und Bad Radkersburg wurden vom jeweils zuständigen Regionalen Planungsbeirat erstellt. Diese Bezirke identifizieren sich mit ihrem Entwicklungsleitbild und tragen es als Basis für eine kontinuierliche partnerschaftliche Weiterentwicklung der Region mit.

Die SPÖ-Fraktion tritt für die im Rahmen des Regionalen Unterausschusses vereinbarte Prioritätenreihung für die Umsetzung dieses Entwicklungsleitbildes ein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Umsetzung und Förderung der Projekte der Regionalen Entwicklungsleitbilder für die Bezirke Deutschlandsberg, Leibnitz, Voitsberg und Bad Radkersburg folgende Prioritäten zu setzen: erstens Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im Bereich Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft, zweitens Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, drittens Bildungsmaßnahmen und viertens Maßnahmen für die EU-Osterweiterung.

Ich ersuche um Annahme dieses Entschließungsantrages. (Beifall bei der SPÖ. – 22.22 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Purr das Wort.

**Abg. Purr (22.22 Uhr):** Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Was diese Ausschüsse betrifft, die nun in den Anträgen ihr Wohlwollen zum Ausdruck gebracht haben, darf ich sagen, daß wir in verschiedensten Unterausschüssen am 3. Februar und am 4. März sowie am 15. April uns eingehend damit beschäftigt haben und uns eigentlich auf die Prioritätenreihung dort geeinigt haben. Es ist das natürlich eine Fülle von Maßnahmen, die für den Bezirk Deutschlandsberg, für die Südweststeiermark, im weiteren aber für alle Bezirke natürlich gelten.

Ich darf dazu sagen, es ist das auch ein Spiegelbild der Anliegen des Bezirkes, der Bezirke. Wir sind überzeugt davon, daß man das nicht rapid umsetzen kann. Aber auf Grund des Umstandes, daß hier wirklich eine breite Fläche gegeben ist, ein breiter „Wunschekatalog“ vorliegt, sind die Möglichkeiten für Land und Bund gegeben, sich einzuschalten und diese Region zu fördern.

Alles in allem bin ich überzeugt davon, daß es auch im Interesse der Bürgermeister ist, der Gemeinden ist, weil diese Wünsche, diese Vorstellungen, die hier niedergeschrieben sind, von den Bürgermeistern in der Erstellung des Bezirksleitbildes ja zum Ausdruck gebracht wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann alles nicht vollständig sein, da wird es laufend Ergänzungen geben müssen, da gibt es natürlich Veränderungen im Laufe der Monate, der Jahre, und nicht zuletzt aber auch unter Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Was für unseren Bezirk Deutschlandsberg Vorrang haben muß, als Standort für die Industrie, das sind die Verkehrsverbindungen, die wir wirklich in verbessertem Umfange dringendst brauchen. Ich bin überzeugt davon, zum einen durch die Vorgangsweise der HL-AG. im Hinblick auf die Koralmbahn, aber auch andererseits, daß damit gleichzeitig eine Straßenverbindung, eine bessere, hergestellt wird, vor allem die Anbindung an die Pyhrn, die für unseren Bezirk lebensnotwendig ist, weil die B 76 das auf Dauer nicht schaffen kann. Ich bin überzeugt davon, daß es zu einer baldigen Verbesserung der Verkehrsanbindung in unserem Bezirk Deutschlandsberg kommt.

In diesem Sinne wünsche ich mir eine positive Zusammenarbeit. Daß das in den vergangenen Jahren von Erfolg gekennzeichnet war und ist, erkennen wir an den Kennzahlen der Wirtschaft, die wir erfreulicherweise von unserem Bezirk, von unserer Region aus präsentieren können. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 22.26 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wiedner das Wort.

**Abg. Wiedner (22.26 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn man heute vormittag und dann auch am späteren Nachmittag die Wirtschaftsdiskussion verfolgt hat und die Lobeshymnen der ÖVP auf die Wirtschaftspolitik gehört hat – teilweise schon fast peinlich, die Lobeshymnen (Abg. Ing. Mag. Hochegger: „Tatsachen feststellen!“), lieber Herr Kollege Hochegger, dann frage ich mich, wofür wir überhaupt diese Anträge gebraucht haben. Das sind alles Maßnahmen zur wirtschaftlichen Belebung. Wenn wir so gut dastehen, Herr Kollege Hochegger, hätten Sie diese ganzen Maßnahmen gar nicht einbringen brauchen und gar nicht benötigt. Aber sie sind notwendig, weil so gut stehen wir nicht da. (Abg. Tasch: „Sie sind froh, wenn du einen Neid hast, und kein Beileid!“) Ich habe das nicht verstanden, leider.

Es gab, wie der Kollege Purr schon gesagt hat, drei Verhandlungsrunden, wobei wir uns auf diese Vorgangsweise geeinigt haben. Im großen und ganzen sind es Anträge und Projekte, die bekannt sind. Es handelt sich im Endeffekt um das Abschreiben der Leitbilder der Bezirke, ein bißchen ergänzt durch diverse neuere Maßnahmen.

Nachdem die SPÖ – das haben wir vor längerer Zeit schon verhandelt – das Obersteiermarkpaket eingebracht hat, war jetzt die ÖVP bemüht, in ihren Bereichen diese Pakete einzubringen. Aber, wie schon gesagt, sie sind notwendig, sie sind wichtig, sie sollen die Regionen weiterbringen beziehungsweise wir hoffen, daß sie die Regionen weiterbringen.

Die Maßnahmen, die hier alle aufgeführt sind, sind, wie gesagt, im großen und ganzen die Leitbilder der Bezirke, wobei es bei denen bei der Umsetzung hapert, einerseits am Finanziellen, andererseits an den Trägern oder Initiativen.

Der große Diskussionspunkt bei diesen Maßnahmen war die sogenannte Prioritätenreihung. Wir haben uns auf die vorliegende geeinigt. Zuerst wollte man ja jedes einzelne Projekt runterreihen. Ich glaube, das wäre nicht sinnvoll gewesen. Das wäre fast unmöglich gewesen. Es war ein leichter Ansatz der SPÖ da in der dritten Runde, diese Prioritätenreihung durchzuführen.

Gott sei Dank haben wir uns darauf geeinigt – und das war eigentlich unser Vorschlag –, auf vier große Punkte zu gehen, auf die vier großen Punkte: Arbeitsplätze, Infrastruktur, die Bildungsmaßnahmen und die Maßnahmen der EU-Osterweiterung. Das war sinnvoll, weil das läßt einen gewissen Spielraum.

Ich habe mich bei der Diskussion im Ausschuß auch darauf bezogen, daß die Prioritätenreihung wahrscheinlich nichts bringt, weil die Regierung dann im Endeffekt eh macht, was sie will. Ich habe ein Geschäftstück herausgenommen, das 871er, die Stellungnahme für die Sanierungsmaßnahmen steirischer Landesstraßen – alles aufgeführt –, dann steht ein interessanter Satz drinnen: „Die Sanierungserfordernisse, auf das gesamte Straßennetz bezogen, ergeben aber eine andere Dringlichkeitsreihung, wobei Bezirke andere oder eine stärkere Berücksichtigung erfahren müssen.“

Da frage ich mich wirklich, wieso sich Abgeordnete im Ausschuß hinsetzen sollen, Prioritäten reihen, streiten, diskutieren, und im Endeffekt das zuständige Regierungsmitglied macht dann eh, was es will. (Beifall bei der FPÖ.)

Im großen und ganzen kann man damit leben, mit diesen vier Prioritäten, wobei wir auch da nicht jede extra sehen können. Ich glaube, daß speziell Arbeitsplätze und Infrastruktur sich gegenseitig bedingen. Wenn es die Infrastruktur nicht gibt, gibt es die Arbeitsplätze nicht. Das kann man schwer oder überhaupt nicht trennen. Detto die Maßnahmen zur Bildung.

Ganz ein wichtiger Punkt, den wir auch mit Extraanträgen eingebracht haben, die Maßnahmen zur EU-Osterweiterung. Auch in dieser Causa wurde ein Unterausschuß gebildet, wo alle diese Anträge drinnen sind, die von der Sicherheit bis zu den Arbeitsplätzen gehen. Bis dato hat sich in diesem Unterausschuß nichts gerührt. Irgendwo liegen diese Anträge herum, sie verstauben, es geht nichts weiter.

Ich würde den Obmann dieses Unterausschusses – ich weiß nicht, wer es momentan ist – bitten, daß man auch in dieser Richtung aktiv wird.

Ein ganz interessanter Punkt dabei war, daß sich die Bürgermeister einer Region, und zwar ganz konkret aus dem Bezirk Leibnitz, bei der Unterausschußverhandlung zu Wort gemeldet haben – es waren etwa 20 Bürgermeister und auch eine Frau Bürgermeister hier und haben persönlich die Resolutionen abgegeben, die im Bezirk erarbeitet wurden. Ich war dabei, und der Kollege Heibl. Peter Tschernko war, glaube ich, verhindert. Diese Bürgermeister haben wirklich den Wunsch der Region niedergeschrieben, einstimmig formuliert. Wenn heute davon gesprochen wurde, von wegen künstlicher Erregung und weiß Gott was alles, ich glaube, daß diese Bürgermeister das Ohr am Puls der Bevölkerung haben und wissen, was sie brauchen und was sie wünschen. So gut schaut es wirklich nicht aus, wenn die Bürgermeister persönlich anfahren müssen und um ihre Dinge bitten.

Ich hätte zu diesem Paket der drei Anträge jeweils kleine Abänderungsanträge, wo ich bitte, diese anzunehmen. Es geht um die Geschäftsstücke 929/4, 930/4 und 931/4, wobei der Antrag gestellt wird, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Punkt 4: „4. Maßnahmen für die EU-Osterweiterung“ in der Begründung lautet: 4. Maßnahmen zur Abfederung der EU-Osterweiterung.

Zweitens: Punkt IV des Antrages mit der Überschrift „IV. Maßnahmen für die EU-Osterweiterung“ lautet: IV. Maßnahmen zur Abfederung der EU-Osterweiterung.

Dieser Antrag ist gleich bei den Einlagezahlen 930/4 und 931/4. Der Antrag wird getragen von der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion. Ich bitte um Annahme! (Beifall bei der FPÖ. – 22.32 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Kinsky das Wort.

**Abg. Ing. Kinsky (22.32 Uhr):** Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ganz kurz eine Stellungnahme meinerseits zu dem Antrag, der die Oststeiermark betrifft, und ein Wort hier an die sozialdemokratische Fraktion.

Mir fehlt an sich das Verständnis, warum die sozialdemokratische Fraktion im Ausschuß diesem Antrag keine Zustimmung gegeben hat. Und ich erkläre das auch, warum.

In diesem Antrag sind ausschließlich Projekte enthalten, die draußen vor Ort, in der Basis, erarbeitet wurden. Ich war in meinem Bezirk – im Bezirk Weiz – bei vielen solchen Sitzungen dabei, und hier hat es über alle parteipolitischen Grenzen hinweg jeweils einstimmige Beschlüsse gegeben.

Wenn ich mir aus dem oststeirischen Antrag nur die Dinge herausklaube, die meinen Bezirk betreffen, dann steht zum Beispiel drinnen: „Das dringende Anliegen für die Verbesserung der Infrastruktur im Bereich unserer Bezirksstadt Weiz.“ Jetzt muß man wissen, es gibt meines Wissens nach keine Bezirksstadt in der Steiermark, wo auf der einen Seite der Stadt vier Steinbrüche sich befinden und der gesamte Lastwagenverkehr quer durch die Bezirksstadt rollt. Aller unser Wunsch – über alle Parteien hinweg – ist eine dringende Lösung dieses Verkehrsproblems. Ich sage, die Verwaltung der Stadt Weiz obliegt der Sozialdemokratischen Partei.

Ein anderes Beispiel: Eine Forderung in dem Antrag um ein möglichst breites Marketing für die geplante Landesausstellung der Region Weiz–Gleisdorf. Sowohl die Stadt Weiz wie die Stadt Gleisdorf sind unter der Leitung der sozialdemokratischen Fraktion.

Ich nenne nur diese zwei Beispiele, um Ihnen vor Augen zu führen, daß wir beileibe nicht in dem oststeirischen Antrag, was meinen Bezirk betrifft, parteipolitisch betrieben haben. Hier haben wir gemeinsam die wichtigsten Anliegen für unsere Region präsentiert.

Ich bin auch ein Gegner von Staffellungen, weil wir hier im Landtag beileibe nicht beurteilen können, welche Projekte draußen vor Ort mit welcher Geschwindigkeit zum Umsatz kommen. Das sollten wir vielmehr den Menschen draußen, die hinter diesen Projekten stehen, überlassen.

Aus diesem Grund fordere ich die Sozialdemokratische Partei auf, diesem Antrag doch ihre Zustimmung zu geben. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 22.36 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schleich das Wort.

**Abg. Schleich (22.36 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Vorredner war gerade der Abgeordnete Kinsky, der eigentlich den gleichen Bereich gehabt hat wie ich. Er hat den Vergleich mit Weiz und Gleisdorf gebracht. Er hat gesagt, er versteht nicht, warum wir nicht zugestimmt haben, nachdem das alles in den Entwicklungsleitbildern der einzelnen Bezirke bearbeitet worden ist beziehungsweise auch immer einstimmig beschlossen worden ist. Das ist schon richtig.

Ich glaube, wir sind bekannt dafür als Sozialdemokraten, daß wir dort intensiv und so gut es geht unsere Meinungen einbringen und gemeinsam zu einem Entwicklungsleitbild gekommen sind, das natürlich dann zusammengefaßt jetzt auch in den Landtag eingebracht werden soll.

Mir fällt auf, wenn ich den Antrag, den ja dann die ÖVP eingebracht hat, anschau, daß diese natürlich die Entwicklungsleitbilder abgeschrieben hat, sie dann politisch auf ihre Fahne geheftet und in den Landtag eingebracht hat. Ich glaube, so darf ich das schon einmal richtig hinstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und wenn ich mir das gerade von unseren Bezirken - den vier - anschau, dann fällt mir auf, am intensivsten oder am meisten ist euch eingefallen, wo ihr die Ressorts nicht mehr habt. Weil dort habt ihr am meisten Versäumnisse aufzeigen können, weil da habt ihr euch selber nicht aufdecken brauchen, daß nichts weitergegangen ist. Das ist eigentlich die Wirklichkeit.

Mich verwundert es, ihr wißt ganz genau, daß wir als Sozialdemokraten für diese vier Bezirke, für die ich jetzt sprechen darf, selbstverständlich diese Entwicklungsleitbilder auch umgesetzt haben wollen und natürlich dafür auch Prioritäten setzen wollen, was ist uns am wichtigsten, so wie in den Unterausschüssen auch verhandelt wurde, aber nicht eine so große Wunschliste, und damit auch meiner Meinung nach die Arbeit ein bißchen hintergehen, die eigentlich in den Entwicklungsleitbildern gemacht wurde, denn ich glaube, dort ist alles niedergeschrieben, die liegen alle auf. Und man kann das auch in kürzeren Worten und in Wirklichkeit auch für die Bevölkerung verständlicher machen, indem man sagt, was ist uns wichtig, indem man sagt, das Wichtigste ist Schaffung von Arbeitsplätzen in Wirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft, indem man sagt, Verbesserung natürlich der Infrastrukturmaßnahme, keine Frage die Bildungsmaßnahmen und natürlich die Maßnahmen für die EU-Osterweiterung.

Ich bringe auf Grund dessen einen Unselbständigen Entschließungsantrag, betreffend Umsetzung und Förderung der Entwicklungsleitbilder nach Prioritäten, zum Tagesordnungspunkt 28 der Abgeordneten Schleich, Herrmann und Huber ein.

Die Regionalen Entwicklungsleitbilder der Bezirke Feldbach, Fürstenfeld, Hartberg und Weiz wurden vom jeweiligen Regionalen Planungsbeirat erstellt. Diese Bezirke identifizieren sich mit ihren Entwicklungsleitbildern und tragen sie als Basis für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Region mit.

Die SPÖ-Fraktion tritt für die im Rahmen des Regionalen Unterausschusses vereinbarte Prioritätenreihung für die Umsetzung dieses Entwicklungsleitbildes ein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Umsetzung und Förderung der Projekte der Regionalen Entwicklungsleitbilder für die Bezirke Feldbach, Fürstenfeld, Hartberg und Weiz folgende Prioritäten zu setzen: erstens Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen (Wirtschaft - Tourismus - Landwirtschaft), zweitens Maß-

nahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, drittens Bildungsmaßnahmen und viertens Maßnahmen für die EU-Osterweiterung.

Also, wie Sie an diesem Antrag sehen, wir sind für eine Reihung, und wir sind natürlich, wie ich vorher schon gesagt habe, für die Entwicklungsleitbilder.

Ich möchte aber schon noch ein paar Worte - wenn es auch schon sehr spät ist - dazusagen.

Wir Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß schon vieles passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn ich allein denke, mit der Beteiligung der Therme in Bad Gleichenberg und mit der Landesholding in der Thermenregion. Das ist in Wirklichkeit in unserer Region ein Impulsgeber. Landesrat Ressel, unter seiner Federführung, hat auch gezeigt, daß man hier wirklich zulegen kann, wenn es um den Verkehr in der Infrastruktur, um nur eines von vielen zu nennen, was jetzt passiert, daß endlich was weitergeht mit der B 68 Anschluß A 2. Wir wissen, wie lange wir hier in der Sackgasse waren, alle Betroffenen. Ich will gar nichts Weiteres dazu sagen.

Wenn es um Bildung geht - Fachhochschule Bad Gleichenberg. Peter Schachner hat sich entschieden für die Steiermark, die Fachhochschule nach Bad Gleichenberg zu geben.

Ja, und wenn es natürlich um die EU-Osterweiterung geht, so gibt es zahlreiche Projekte in unserem Bezirk, obwohl wir es natürlich auch gerne auf der Nutz-3-Ebene als Ziel-1-Gebiet gehabt hätten. Da hätten wir es sicher um vieles leichter gehabt. Verglichen mit dem Burgenland wäre es auch gerechtfertigt gewesen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. - 22.41 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Porta das Wort.

**Abg. Porta (22.41 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Zum Antrag „Maßnahmen für die Region West- und Südsteiermark“ erlauben Sie mir eine kurze Bestandsaufnahme des Bezirkes Voitsberg.

Der Bezirk Voitsberg hat 54.577 Einwohner, umfaßt 25 Gemeinden, die in vier Kleinregionen unterteilt sind, und zwar in den Zentralraum mit den Gemeinden Voitsberg, Köflach, Bärnbach, Rosental und Lankowitz und in die Peripherie, die Kleinregion Graden, Edelschrott, Kleinregion Ligist und die Kleinregion Pack. Der Siedlungs- und Arbeitsplatzschwerpunkt liegt eindeutig im Zentralraum, wo knapp auf 10 Prozent der Gesamtfläche des Bezirkes 57 Prozent der Bevölkerung wohnen und 70 Prozent der Arbeitsplätze konzentriert sind.

Der Wandel dieses Bezirkes ist gekennzeichnet vom reichen Industriebezirk in eine Krisenregion. Seit dem 19. Jahrhundert wurde der Bezirk Voitsberg von zwei Wirtschaftszweigen dominiert, dem Bergbau und der Glasindustrie. Mitte der sechziger Jahre und bis Anfang der siebziger Jahre erfolgte nach einer allgemeinen Hochkonjunkturphase eine weitere Industrialisierungswelle. Die achtziger Jahre hingegen waren von Konkursen und Insolvenzen - Junior-Werke, Triumph-Werke, Denzel und so weiter - geprägt. Waren Mitte der fünfziger Jahre noch 5500 Kumpel im

Bergbau beschäftigt, verbleiben heute nur mehr zirka 500 Bergarbeiter. Ähnlich sieht es bei der Entwicklung in der Glasindustrie aus. Von den 2300 Arbeitnehmern blieben bis heute nur mehr 700 Arbeitnehmer, die im Bereich der Glasindustrie tätig sind.

Dieser Entwicklung konnte der Bezirk, leider nicht aus eigener Kraft entgegenwirken. Selbst die Wirtschaftsoffensive WOF und der Regionale Planungsbeirat konnten den Bezirk nicht aus dem Abseits holen.

Meine Damen und Herren, durch diese hohe Arbeitslosigkeit, die hohen Arbeitslosenzahlen und den damit verbundenen Kaufkraftverlust wurden andere Wirtschaftsbereiche oder -betriebe, insbesondere der Handel, in Mitleidenschaft gezogen.

Der Bezirk Voitsberg hat einen schweren Standortnachteil. Das ist seine ungünstige Verkehrslage. Zur ungünstigen Verkehrslage innerhalb Österreichs beziehungsweise innerhalb der Steiermark kommt es, daß die Südautobahn A 2 zwar den Bezirk Voitsberg in seinem südlichen Teil durchquert, aber nicht die Region erschließt. Der Zentralraum liegt abseits dieser wichtigen Verkehrsrouten. Dazu kommt noch die Unsicherheit mit der Eisenbahn, mit der ehemaligen GKB-Bahn.

Wir Freiheitlichen haben daher arbeitsplatzschaffende Forderungen gestellt: Bezirk Voitsberg als Glaszentrum weiter im Aufschwung. Antrag betreffend Studie zur Realisierung eines Glaszentrums. Sicherung des noch bestehenden Bergbaues, damit der ÖDK. Einhaltung der Lieferverträge durch den Verbund. Gründung eines Technologiegründer- und dienstleistungszentrums. Die EU-Förderungsmittel müssen ausgeschöpft werden. Verkehrstechnische Maßnahmen: Ausbau der B 70, rascher Anschluß des Zentralraumes zur Südautobahn. Sicherung des Fortbestandes der GKB. Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Der Tourismus, ein weiteres Standbein. Zwar ist es uns gelungen, den Tagestourismus anzukurbeln, aber die Bettenauslastung bei den Nächtigungen im Tourismus ist mit 13, jetzt sind es schon 15 Prozent, noch relativ gering.

Zur Aus- und Weiterbildung: Wissen ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts, meine Damen und Herren. Wir haben immer die Schaffung einer Fachhochschule gefordert, zumindest die Errichtung einer HTL. Anscheinend haben unsere Forderungen schon gegriffen, weil jetzt haben wir gehört, daß der Bezirk eine Dependence von Kaindorf bekommen soll oder eine HTL für Elektrotechnik und Elektronik. Es scheidet anscheinend nur an der Zusage der betreffenden Gemeinden, da ein Geldmittelbedarf von zirka 10 Millionen Schilling erforderlich ist. Da ersuche ich das Land, die Gemeinden zu unterstützen. Also die Schaffung einer höheren Lehr- und Versuchsanstalt ist für den Bezirk sehr wichtig.

Bezüglich Gesundheit: Die Versorgung des Bezirksamtes ist eher unterdurchschnittlich.

Betreffend Umwelt: Das Grazer Öko-fit-Programm könnte bei uns im Bezirk umgesetzt werden und würde über den ökologischen Umweg auch Arbeitsplätze sichern beziehungsweise neue schaffen.

Meine Damen und Herren, unsere freiheitlichen Forderungen können in dem Papier des vorliegenden Antrages großteils umgesetzt werden. Wir sind der Meinung, daß wir nur gemeinsam, über politische Gemeindegrenzen hinweg, erfolgreiche Konzepte erarbeiten und den Industriestandort des Bezirkes Voitsberg beziehungsweise der Region sichern können. In diesem Sinne ersuche ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Weiters möchte ich einen Unselbständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 52 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zum Tagesordnungspunkt 30 einbringen der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt und Dietrich, betreffend finanzielle Zusage für die Region Obersteiermark.

Begründung: Im Zuge des Baues des A1-Ringes wurde dieses Projekt von der SPÖ vehement abgelehnt. In weiterer Folge kam es zu einer Zusage des damaligen SPÖ-Bundeskanzlers Dr. Franz Vranitzky, von seiten der Bundesregierung 120 Millionen Schilling in der Region Obersteiermark zu investieren. Obwohl sich bisher ein Geldfluß in dieser Höhe nicht in konkreten Projekten in der Obersteiermark bemerkbar gemacht hat, wird von einigen Seiten kolportiert, daß dieses Geld bereits geflossen sei.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um der im Zusammenhang mit dem Bau des A1-Ringes gegebenen Zusage von zusätzlich 120 Millionen Schilling Wirtschaftsförderung für die Obersteiermark sofort nachzukommen oder diese aufzufordern, dem Landtag einen klaren Nachweis der Behauptung über bereits erfolgte zusätzliche Investitionen in dieser Größenordnung in der Obersteiermark vorzulegen. Ich bitte um Annahme! Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 22.49 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Karisch das Wort.

**Abg. Dr. Karisch** (22.49 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In aller Kürze: Ich bringe den Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages der Abgeordneten Wicher und Dr. Karisch, betreffend behindertenfreundliche Umsetzung der Maßnahmen für die Regionen, ein.

Mit den Anträgen, betreffend Maßnahmen für die Regionen Oststeiermark, West- und Südsteiermark sowie für den Zentralraum Graz, werden zahlreiche Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, zur Verbesserung der Infrastruktur, für die Bildung und für die EU-Osterweiterung gefordert.

Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen sollte die Landesregierung auf die Behindertenfreundlichkeit Bedacht nehmen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Umsetzung der Anträge mit den Einlagezahlen 929/1, 930/1 und 931/1, betreffend

Maßnahmen für die Region Oststeiermark, West- und Südsteiermark und für den Zentralraum Graz, auf die Behindertenfreundlichkeit Bedacht zu nehmen.

Ich ersuche Sie im Interesse unserer Behinderten um Ihre Zustimmung zu diesem Entschließungsantrag. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 22.50 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Keshmiri das Wort.

**Abg. Keshmiri (22.51 Uhr):** Ich möchte auch in aller Kürze drei Abänderungs- und Zusatzanträge einbringen, und zwar der Text ist immer derselbe. Es beziehen sich die drei jeweils auf die Region West- und Südsteiermark, Oststeiermark und den Zentralraum Graz.

Da die Vorbereitung von Betrieben auf die bevorstehende EU-Osterweiterung, insbesondere durch Förderung von Schulung und Ausbildung der UnternehmerInnen – aber auch der Dienstnehmer – eine wichtige Maßnahme zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen darstellt, scheint eine Umreihung dieser Maßnahmen unter den Abschnitt I geboten.

Ein weiteres Argument dafür ist, daß diese Initiative schnell gesetzt werden sollte, da Bildung bereits im Vorfeld einer Erweiterung der Gemeinschaft, mit der damit verbundenen Änderung der Wettbewerbssituation für unsere UnternehmerInnen, einsetzen muß.

Es wird daher von den unterzeichneten Abgeordneten der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die unter Abschnitt IV (EU-Osterweiterung) gezielte Maßnahme: zur Vorbereitung von Betrieben auf die bevorstehende EU-Osterweiterung sind Schulungen anzubieten und zu fördern, wird unter Abschnitt eins (Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen) eingefügt. Ich ersuche um Annahme! Danke! (22.52 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mag. Erlitz das Wort.

**Abg. Mag. Erlitz (22.52 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf aus der Sicht des Zentralraumes Graz, also von Graz und Graz-Umgebung, begründen, warum wir diesen Antrag der ÖVP ablehnen.

Die Erstellung des Leitbildes für diese Region Graz und Graz-Umgebung hat sich durchaus als Schwerkgeburt herausgestellt. Es ist eine sehr sensible Region. Vor allem der Südgürtel um Graz, die Gemeinden, die in diesen Südgürtel involviert sind, haben oft eine problematische Position zu Graz. Es gibt Probleme, die einfach überschwappen, die zwar gemeinsam zu lösen sind, aber oft sehr schwer zu lösen sind. Deswegen war es sehr schwer, hier ein gemeinsames Leitbild zu finden. Man kann hier durchaus von einer Schwerkgeburt sprechen. Aber es ist dann doch gelungen – am 9. April –, einen einstimmigen Beschluß herbeizuführen, und es sollte doch dieses Leitbild ein wesentlicher Eckpfeiler einer gemeinsamen Entwicklung von Graz und Graz-Umgebung sein.

Es war auch sehr schwer, den Bürgermeistern zu erklären, was ein Leitbild sein sollte. Wer sich mit Organisationsentwicklung beschäftigt, weiß eben, daß ein Leitbild einer Region, in dem Fall, Glaubensgrundsätze umfaßt, eine Philosophie ihrer Weiterentwicklungsmöglichkeiten beinhaltet. Ein Leitbild ist ein Entwicklungskompaß. Es enthält einfach grundlegende Werte und Visionen, die von den beteiligten Personen – Bürgermeistern in dem Fall – geteilt und angepeilt werden. Ein Leitbild umfaßt aber keineswegs eine Vielzahl von Einzelwünschen. Ein Leitbild ist quasi kein Bauchladen von Einzelwünschen.

Und das war unseren Bürgermeistern gar nicht leicht beizubringen. Es war so schwer, daß wir sogar einen Termin verschieben mußten, an dem ursprünglich das Leitbild beschlossen hätte werden sollen. Es war ihnen sehr schwer zu erklären, daß ein Leitbild nicht dazu da ist, um kurzfristige Einzelwünsche umzusetzen, sondern daß ein Leitbild eine langfristige regionalpolitische Entwicklung festhält.

Und jetzt liegt ein ÖVP-Papier vor, das genau das enthält, was wir den Bürgermeistern erklärt haben, was sie nicht einfordern dürfen, nämlich eine Unzahl von Einzelwünschen. Und wir haben das auch in unserem Leitbild, bitte, festgehalten. Auf Seite 9 ist es auch hier festgehalten, nämlich, ich zitiere: „Durch ein Bewertungsverfahren, in das viele Akteure einbezogen wurden, gelang es, die Zahl auf sechs Leitprojekte zu reduzieren.“ (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Rotlichtdistrikt!“)

„Die in der Vergangenheit anzutreffende Projektinflation war nicht sehr erfolgreich. Eine Konzentration auf wenige Projekte, deren Realisierung aber mit Nachdruck betrieben wird, scheint unumgänglich.“ Das heißt, hier in dem Leitbild so einstimmig beschlossen.

Es wäre ja jetzt auch ein Affront den Bürgermeistern gegenüber, denen wir gesagt haben, ihr dürft bitte keine Einzelforderungen da hineinreklamieren, denn viele Bürgermeister wollten ja irgendeine kleine Brücke, eine kleine Umfahrung, eine kleine Straßlaterne in dem Leitbild drinnen haben. Da haben wir gesagt, nein bitte, das geht nicht. Und auf einmal gibt es einen Katalog der ÖVP, wo sehr wohl wieder diese Einzelwünsche festgehalten werden. Und deswegen können wir dem auch nicht zustimmen.

Es gibt auch kein Problem, das Leitbild nachzustimmen, denn es darf ja nicht so verstanden werden, daß ein Leitbild quasi Schluß- und Höhepunkt eines regionalen Entwicklungsprozesses darstellt, sondern ein Leitbild ist ein steter Ausgangspunkt der Entwicklungsarbeit. Ständige Nachjustierungen sind natürlich möglich und vor allem auch notwendig. Deshalb, meine Damen und Herren, lehnen wir eine Inflation von Einzelwünschen, einen Bauchladen von unzusammenhängenden Einzelforderungen, ab.

Ich darf hier einen Unselbständigen Entschließungsantrag einbringen, betreffend Umsetzung und Förderung des Entwicklungsleitbildes nach Prioritäten, zum Tagesordnungspunkt 29 der Abgeordneten Gross, Gennaro, Mag. Erlitz, Dr. Reinprecht und Dipl.-Ing. Getzinger.

Das Regionale Entwicklungsleitbild der Planungsregion Graz und Graz-Umgebung stellt das Ergebnis eines vom Regionalen Planungsbeirat erstellten Arbeitsprogrammes dar. Die Stadt Graz sowie die Gemeinden des Bezirkes Graz-Umgebung identifizieren sich mit diesem Entwicklungsleitbild und tragen es als Basis für eine kontinuierliche partnerschaftliche Weiterentwicklung der Region mit.

Die SPÖ-Fraktion tritt für eine im Rahmen des Regionalen Unterausschusses vereinbarte Prioritätenreihung für die Umsetzung dieses Entwicklungsleitbildes ein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Umsetzung und Förderung der Projekte des für die Planungsregion Graz und Graz-Umgebung entwickelten Regionalen Entwicklungsleitbildes folgende Prioritäten zu setzen: erstens Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, zweitens Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen (Wirtschaft – Tourismus – Landwirtschaft), drittens Bildungsmaßnahmen und viertens Maßnahmen für die EU-Osterweiterung. Ich bitte um Annahme dieses Entschließungsantrages. (Beifall bei der SPÖ. – 22.58 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Majcen das Wort.

**Abg. Majcen** (22.58 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Also, irgendwie verstehe ich vieles nicht, was heute hier gesagt wurde und zum Teil auch von den Leuten gesagt worden ist, die auf anderer Eben völlig d'accord sind mit dem, was wir heute hier tun. Ich beziehe mich hier auf den Abgeordneten Schleich zum Beispiel, der alle Beschlüsse, die zu diesen Inhalten geführt haben, die wir heute hier vertreten und beschließen möchten, mitbeschlossen hat. Das sind die vier Leitbilder in der Oststeiermark. Die sind alle in den zuständigen Regionalen Planungsbeiräten unter Aufnahme sämtlicher Wünsche aller Beteiligten sozusagen beschlossen worden und dann eingebracht worden, weil das erwarten sich die ja. Die beschließen ja nicht irgend etwas, damit das dann in einem Bücherl drinnen steht, sondern das muß ja weitergetragen werden. Wer sonst soll es weitertragen, als die Abgeordneten? Und es ist uns allen miteinander klar, daß da viele Wünsche möglicherweise irgendwann sich als unrealistisch herausstellen. Wir haben weiters und darüber hinaus immer wieder den Vorwurf gehört, daß wir zu inkonkret sind. Und wenn der Abgeordnete Schleich sich da heute herstellt und sagt, er kann da nicht zustimmen, er braucht nicht einzelne Projekte, sondern man soll Arbeit schaffen und die Infrastruktur verbessern, dann ist das genau das, was die zuständige Abteilung, die Planungsabteilung, uns vorgegeben hat. Die hat gesagt, hört auf mit allgemeinen Grundsätzen und hört auf mit allgemeinem Wischiwaschi, sondern sagt endlich einmal konkret, was ihr in der Region wollt. Und das, was ihr in der Region wollt, das tut beschließen, und das, was beschlossen habt, das tragt weiter. Wir tragen das hierher weiter.

Es waren in Wahrheit wahrscheinlich nur kurzfristige parteipolitische Gründe, sonst hätten wir das, was wir heute da extra beschließen, mit Zusatzanträgen und Entschließungsanträgen, gemeinsam beschlossen, und es wäre überhaupt kein Problem gewesen.

Ich kann das daher nicht verstehen. (Abg. Vollmann: „Dann habt ihr es nicht verstanden, euren Leuten zu sagen, was ihr wollt!“)

Ja, nur, es muß irgendwann einmal weitergesagt werden, wer es umsetzt, weil wenn du es in der Fachabteilung 1 b abgibst, ist das zu wenig. Ich sage dazu, daß die zuständige Fachabteilung uns immer wieder in der Begleitung der Erstellung der Leitbilder gesagt hat, wir brauchen Schlüsselprojekte.

Aber sie sind im Landtag noch nie beschlossen worden, sie sind in den Leitbildern beschlossen worden und haben daher keinen Verbindlichkeitscharakter irgendjemand gegenüber.

Wir werden uns die viele Arbeit, die sich die einzelnen Gremien gemacht haben, nicht irgendwann einmal zum Vorwurf machen lassen, daß es heißt, dort haben wir nur geredet, aber es ist dann nie in irgendeiner Form beschlossen worden. Wir wollen im Landtag das deponieren, was besprochen und beschlossen wurde. Und dann wird sowieso sich die Verwirklichungsmöglichkeit hoffentlich ergeben.

Wir haben auf jeden Fall in der Oststeiermark ganz – wie wahrscheinlich überall anders auch – genau festgestellt, wo liegen unsere Stärken, wo liegen unsere Schwächen. Wir haben niemandem Schuld zugewiesen für etwas, was nicht passiert ist. Wir haben nicht gesagt – (Abg. Huber: „Versäumnisse!“)

Glaubst du? Dann täuscht du dich aber. Dann mußt ein bißchen länger in die Welt zurückschauen, weil dann hättest du selber es erlebt, was zum Beispiel die Oststeiermark in den letzten Jahren und Jahrzehnten, bevor du noch da in dem Haus warst, schon für weitergehende Schritte erlebt hat. Jetzt bist eh du da, du wirst das alles aufhalten. Du wirst in jedem Ort vorm und hinterm Ort einen Kreisverkehr bauen, und das ist dann die Infrastruktur. So schaut es im Moment manchmal aus.

Ich stelle fest, daß wir uns gemeinsam bemüht haben, in der Oststeiermark – und ich lege Wert auf diese Feststellung –, daß alle diese Punkte, die heute hier zur Abstimmung gelangen, in den zuständigen Gremien gemeinsam, über alle Parteigrenzen hinweg, beschlossen wurden, und zwar auch unter Beiziehung von Außenstehenden, also nicht nur von Politikern, nicht nur von Abgeordneten, unter Beiziehung der Interessenvertretungen, auf allen Ebenen. Ich kann es daher nicht verstehen, wenn heute möglicherweise aus, wie gesagt, taktischen Gründen diese Anträge keine Zustimmung finden, aber gleichzeitig durch Ergänzungs- und Entschließungsanträge das gleiche wieder verlangt wird. Und das muß dann beschlossen werden, weil dann kann man sagen, dort haben wir nicht, aber wir haben da. Das ist eigentlich das, von dem ich mir gedacht habe, die Phase haben wir schon überwunden. Wir haben sie nicht überwunden, wir kehren zu ihr zurück. (Beifall bei der ÖVP. – 23.04 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dirnberger das Wort.

**Abg. Dirnberger (23.04 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Mir geht es gleich wie dem Abgeordneten Kinsky und dem Franz Majcen, eigentlich kann ich es nicht verstehen. Wir bringen einen Antrag ein mit einer Reihe von Maßnahmen, es finden Unterausschußverhandlungen statt, da kommt noch der Kollege Schuster, bringt eine Reihe von Vorschlägen ein – eine sehr sachliche Diskussion –, wir sind uns einig, einstimmig im Unterausschuß wird beschlossen, daß die Klubsekretariate diesen Antrag formulieren, wird auch formuliert, und siehe da, die SPÖ stimmt nicht zu. (Abg. Huber: „Stimmt nicht!“) Ja, so war es. Im Unterausschuß beschlossen, die Klubsekretariate formulieren diesen Antrag, und jetzt auf einmal will man die Kurve kratzen aus taktischen Gründen, bringt selbst Entschließungsanträge und dergleichen ein, damit man das Gesicht nicht verliert. Also, da fehlt mir wirklich auch das Verständnis. (Abg. Schleich: „Wir haben gesehen, daß die Wünsche größer sind als der Wille!“)

Ich möchte aber auf den Bezirk Voitsberg zurückkommen. Der Kollege Porta hat da schon einiges erwähnt von der Struktur und dergleichen. (Abg. Schleich: „Steht es morgen schon in der Zeitung?“)

Es ist richtig, daß der Bezirk Voitsberg gewaltige Umstrukturierungen hinter sich hat aus den achtziger Jahren. Damit verbunden war der stärkste Arbeitsplatzverlust aller steirischen Bezirke. Gott sei Dank ist in der Zwischenzeit eine Stabilisierung eingetreten. Wir haben derzeit – April 1999 – aktuelle Arbeitslosenrate 7 Prozent. Das ist doch um 1,4 Prozent geringer, deutlich geringer als voriges Jahr. Das ist zurückzuführen auf die allgemeine doch gute Wirtschaftslage in der Steiermark.

Eine Prognose von der Landesraumplanung wurde erstellt, daß die Bevölkerung im Bezirk Voitsberg in den Jahren 1991 bis 2011 um 9 Prozent sinken wird. Auch dieser Trend konnte gebremst werden. Aber es gibt noch immer im Bezirk selbst interne Wanderungsströme. Aus dem Oberland des Bezirkes in den unteren Teil, in die unteren Gemeinden, finden sehr starke Wanderströme statt. Oben die Abwanderer und unten der Zuzug, was für beide Teile nicht positiv ist. Da gilt es jetzt natürlich auch entgegenzuwirken. Meiner Meinung nach kann das nur stattfinden mit einer Belebung der regionalen Wirtschaft im Bezirk.

Ich weiß, daß wir ein Problem haben – 7 Prozent Arbeitslosigkeit ist keine geringe Arbeitslosigkeit –, aber immer, wenn wir selbst auch von der Krisenregion reden, stellen wir uns selbst ein negatives Zeugnis aus, und davon müssen wir wegkommen. (Abg. Gennaro: „Glaubst du, was du sagst?“)

Wenn wir uns selbst immer eine Krisenregion zusprechen, glaube ich, daß wir schwer einen Investor finden und auch bei der Betriebsansiedlung selbst die ärgsten Probleme bekommen.

Daß eine Reihe von Projekten in den Leitbildern drinnen sind, das ist schon alles erwähnt worden, daß es wichtig ist, diese auch umzusetzen, ist auch richtig. Auch die Infrastruktur ist von ganz enormer Bedeutung. Zwei Punkte zum Bezirk Voitsberg: Das ist zum

einen der Ausbau der Straße B 70, zum Zweiten der Erhalt der Eisenbahn, aber auch attraktiveres Angebot der Eisenbahn. Der Kohleliefervertrag von der ÖDK und der GKB ist angesprochen worden, mindestens bis 2008 muß der eingehalten werden. Sollte er früher aufgekündigt werden, sind dort auch wieder Hunderte Arbeitsplätze gefährdet.

Eine Reihe anderer Bereiche gibt es – im Tourismus. Ich möchte nur ein Thema ansprechen, was im Bezirk Voitsberg sicher Zukunftschance hätte. Das wäre die Veredelung des Marmors. Das heißt, daß der Rohstoff nicht nur außerhalb des Bezirkes transportiert wird, sondern auch im Bezirk selbst einer Veredelung zugeführt wird.

Die Bildung wurde schon angesprochen, die Fachhochschule und dergleichen. Ich möchte es nicht näher ausführen. Ein Projekt – und auf das, glaube ich, können wir ein bißchen mit Stolz auch hinweisen – ist der Techno- und Gründerpark in Rosental, der um die 25 Millionen Schilling Investitionsvolumen hat und wo die Eigenmittel doch immerhin von 23 Gemeinden aufgebracht werden. Wir haben 25 im Bezirk Voitsberg. Und da haben wir in der Umsetzung einmal die Kirchturmpolitik abgelegt und haben uns dazu bekannt, ein gemeinsames Projekt auch zu verwirklichen. Daß das sehr mühsam ist, bis man alle Beschlüsse hat in den Gemeinden, die Grundsatzbeschlüsse, dann die tatsächlichen und die Gesellschaftsgründung und dergleichen, das ist jedem, der damit befaßt ist, klar.

Aber ich darf doch hier feststellen, daß wir aus der Region positive Signale setzen, und so darf ich auch ersuchen, daß das Land uns bei unseren Aktivitäten aus Voitsberger Sicht unterstützt, und auch alle Fraktionen des Landtages einladen, daß sie diesem Antrag die Unterstützung geben im Interesse unserer Region. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 23.09 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Beutl das Wort.

**Abg. Beutl (23.09 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ganz kurz nur. Ich möchte all dem, was zuvor schon zu diesen Anträgen gesagt wurde, nicht allzu viel hinzufügen, insbesondere, weil auch der Kollege Dirnberger sehr genau dargestellt hat, wie diese Anträge im Unterausschuß zustande gekommen sind.

Ich möchte nur zwei Anmerkungen zur Wortmeldung meines Kollegen Schleich machen. Lieber Franz, du sagst, daß unter den konkret angeführten Projekten, vor allem unseren Bezirk betreffend, jene zu finden sind, die auf Versäumnisse der VP hinweisen. Jetzt möchte ich dazusagen, wenn du die Straßenprojekte angesprochen hast, dann ist schon wichtig, auch die Vorgeschichte dazu zu erwähnen, daß ich nämlich jene Straßenprojekte extra angeführt habe, wo die Vorbereitung, wo die Planung unter der vorherigen Verkehrsreferentin und jetzigen Landeshauptmann Waltraud Klasnic geschehen ist (Beifall bei der ÖVP) und die dann in dem Zeitpunkt plötzlich, als es einen SP-Referenten gab, obwohl sie schon in den jeweiligen Programmen waren, nicht mehr weitergebaut wurden und zum Stillstand gekommen sind. Nur soviel dazu.

Dann eine kritische Anmerkung: Du stellst ein gemeinsames Projekt, wo wirklich über alle Fraktionen hinweg im Bezirk intensiv daran gearbeitet wurde, nämlich, daß es uns gelungen ist, die Fachhochschule für Bad Gleichenberg zeitgerecht einzubringen und dafür zu sorgen, daß alle dazu stehen, jetzt so dar, als ob das ausschließlich die Idee und der Erfolg des Landeshauptmannstellvertreters Schachner wäre, nur weil er der zuständige Referent für die Einbringung ist. Das möchte ich schon kritisch angemerkt haben, weil das nicht dem Sinn und dem Geist entspricht, in dem wir gemeinsam an diesem Projekt gearbeitet haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute vom Wunschzettel gehört. Damit es keiner bleibt, sind wir der Meinung, daß das natürlich von der Regierung, vom Landtag beschlossen werden soll, als Unterstützung.

Wir haben uns daher im Bezirk Feldbach die Mühe gemacht, eine eigene Plattform zu gründen, die sich ausschließlich zum Ziel setzt und gesetzt hat, dieses Leitbild konkret umzusetzen, und wo hier unter dem Titel „Feldbach fit für den Südostraum“ ganz konkret bereits an die Umsetzung dieses Leitbildes gegangen wird, und zwar wirklich mit konkreten Projekten, die vor allem auch in die EU-Programme eingeordnet werden und auch dort Platz haben. Ich bitte nur, daß hier nicht dann sozusagen, um jemandem den Erfolg zu neiden, dagegengearbeitet wird, sondern daß sich alle Regierungsmitglieder auch dafür einsetzen, daß diese Dinge auch geschehen können und umgesetzt werden.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag heute. (Beifall bei der ÖVP. – 23.12 Uhr.)

**Präsident:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort.

**Abg. Ussar (23.13 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin aufgefordert, alles aufzuzählen. Ich werde mich aber nicht so weit verbreiten, aber das Wichtigste doch sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe die Leitprojekte des Bezirkes Leoben, die wir in unserem Leitbild erstellt haben – unter meinem Vorsitz und meinem Stellvertreter, dem Abgeordneten Jeglitsch – bereits hier im Hohen Haus ausführlich geschildert und die besondere Unterstützung der Landesregierung gefordert.

Ich erinnere nur ganz kurz an den Wild- und Freizeitpark Mautern, Hotel Leopoldsteiner See, Reiten im Steirischen Oberland, Alpenschipprojekt Eisenerzer Ramsau, Raderlebnis Eisenerz, Hüttendorf am Präbichl, Freizeit- und Sporthalle Eisenerz, das Arbeitsweltzentrum in Leoben, vor allem auch Tele-Net Trofaiach. Wichtiger Faktor – auch heute schon angegriffen vom Landeshauptmann – die Nachnutzung Landesausstellung Leoben, die bereits in zwei Phasen geschehen ist. Weiters der Wirtschaftspark Leoben-West, das bereits beschlossene wichtige Werkstoffkompetenzzentrum Leoben und vor allem auch das Regionale Forschungs- und Innovationszentrum in Eisenerz, den Wirtschaftspark Obersteiermark und vor allem auch das Wirtschaftsunternehmenszentrum der

Montanuniversität Leoben – Zentrum für angewandte Technologie und vor allem auch das wichtige Logistikzentrum.

Ich möchte diese Liste nur ganz kurz ergänzen um das Zentrum für angewandte Technologie und das Projekt „Einkaufen in Leoben“, das Projekt Neukonzeption des Stadtmuseums als Schwerpunktmuseum, Museumsviertel, die Jugendbeschäftigungsinitiative, die Freizeitanlage in der Au, den Hotelneubau am Standort Busbahnhof Leoben, das Stadion Donawitz als Großveranstaltungsstätte. Und ganz wichtig für Leoben auch die Verlängerung der Südbahnstraße, die eine ganz wichtige verkehrspolitische Maßnahme darstellt.

Selbstverständlich wird es auch wichtig sein, weiter AT&S zu fördern und auch die Langproduktengruppe der VOEST.

Ich komme schon zum Schluß. Wichtig für uns ist auch das in letzter Zeit sehr stark diskutierte Projekt Erz und Eisen, Erlebnisland Obersteiermark, das von Landeshauptmann Schachner und Landesrat Ressel vorgestellt wurde und für unsere Region ganz besondere wirtschaftliche Impulse bringen wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 23.16 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Tschernko das Wort und informiere den Hohen Landtag darüber, daß Sturm Graz Cupsieger geworden ist. (Allgemeiner Beifall – Abg. Vollmann: „Im Elferschießen vier zu zwei!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Die Schwarzen sind nicht zu stoppen!“)

**Abg. Tschernko (23.16 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich verstehe die Aufregung auch nicht, warum wir uns nicht an das erstellte Leitbild halten und mit weiteren Projekten unser Leitbild ergänzen und fort-schreiben sollen.

Es wurde vom Kollegen Erlitz behauptet, daß das Leitbild ein Baüchladen für Einzelwünsche ist. Dem ist aber nicht so. Vielleicht ist Graz, Graz-Umgebung oder der Zentralraum Graz jetzt erst bei der Erstellung des Leitbildes.

Wir haben im November 1997 unser Leitbild erstellt und haben sehr wohl Prioritäten gereiht und von 35 Projekten oder Einzelwünschen auf zwölf Projekte reduziert. Wir im Bezirk Leibnitz setzen derzeit sechs Projekte konkret um.

Das Leitbild ist für uns sozusagen auch eine Chance gewesen, gerade in unserer Region, die Entwicklung voranzutreiben oder überhaupt die Chancen und die Nachteile, sozusagen die Defizite und die Stärken zu erkennen.

Daher verstehe ich es nicht, warum heute Anträge eingebracht werden, die a) an sich konkrete Maßnahmen und Projekte eines Leitbildes sind, und b) dann von der SPÖ zusätzlich weitere Anträge eingebracht werden, die nichts anderes sind als dieser Maßnahmenkatalog, der von allen Parteien und Sekretariaten festgeschrieben wurde, ohne eine taxative Aufzählung der Leitbilder jetzt vorzunehmen, und im Ausschuß auch beschlossen wurde.

Für unsere Region heißt das konkret, daß wir im Bereich der Wirtschaft und im Bereich der Infrastruktur sehr konkrete Maßnahmen jetzt schon umsetzen, zum Beispiel das geplante Impulszentrum in Lebring.

Zur Infrastruktur: Hier fordere ich vehement das zweite Gleis von Graz nach Spielfeld. Sonst haben wir keine Standortqualität, wenn die Verkehrsinfrastruktur in unserem Bezirk nicht in Angriff genommen wird.

Ich richte auch den Appell an Sie und die Bitte, unserem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP. – 23.19 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Alfred Prutsch das Wort.

**Abg. Alfred Prutsch** (23.19 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Planungsbeirat ist ja draußen in den Regionen, in den Bezirken das gesetzliche Instrumentarium des Raumordnungsgesetzes, der draußen eigentlich die wirtschaftliche Situation analysiert und die wirtschaftliche Zukunft einer Region, eines Bezirkes festlegt. Und auch wir im Bezirk haben uns sehr intensiv im Planungsbeirat mit der Zukunft unseres Bezirkes befaßt. Ich möchte auch festhalten, daß in diesem Antrag wirklich nur die Leitprojekte festgeschrieben sind. Ich finde es als legitim und richtig und wichtig, daß eben diese Projekte, die der Planungsbeirat erarbeitet hat, auch in dem Antrag der ÖVP dann verankert worden sind. Ich glaube, daß es nichts Anstößiges ist, wie das jetzt ein paarmal schon angeklungen ist, wenn man das gemacht hat.

Ich möchte auch nur zwei Punkte anführen, die meinen Bezirk betreffen.

Das ist die Verkehrsinfrastruktur. Der Bezirk Radkersburg hat keine Anbindung an eine Autobahn. (Abg. Vollmann: „20 Jahre lang nichts getan im Straßenbau!“) Aber es floriert der Tourismus, lieber Kollege Vollmann, und daher ist eine Anbindung an die A 2 für das Thermenland, sprich auch für unsere Region, sehr, sehr wichtig.

Für mich auch ganz wichtig ist die Maßnahme, daß öffentliche Infrastruktureinrichtungen nicht gesperrt werden, sondern ausgelagert werden in die Region hinaus. Das ist auch ein Punkt, der in unserem Antrag drinnen ist.

Ich glaube, daß es sicherlich richtig ist, wenn man Leitprojekte einmal zumindest in den Anfängen der Umsetzung betreibt, und das werden wir auch tun. Ich ersuche auch, daß eben der Anfang jetzt gemacht werden soll, um diese Leitprojekte dann auch sukzessive in der Zukunft umzusetzen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 23.22 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Huber das Wort.

**Abg. Huber** (23.22 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es hätte eigentlich der Beschluß zur Umsetzung der Leitprojekte, die erarbeitet wurden, gereicht. Aber die ÖVP möchte natürlich die Arbeit aller Mitarbeiter bei

diesen Projekten auf ihre Fahne heften. Ich muß euch nur eines dazusagen, der Großteil eurer Wunschlisten, die da angehängt sind, ist eigentlich das Versäumnis der ehemaligen Straßenbaureferentin Klasnic. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Purr: „Wenn du es anzettelst, können wir es noch länger betreiben!“ – Glockenzeichen des Präsidenten.)

Bitte schön, Herr Kollege Purr, wenn du schläfrig bist, kannst du dich meinetwegen hinlegen. Ich habe genauso das Rederecht. (Allgemeine Unruhe. – Glockenzeichen des Präsidenten.) Das soll aber nicht heißen, daß die Frau Landeshauptmann nur Feldwege geschottert hat. Das stimmt nicht, sie hat auch Straßen gebaut. Nur, die wichtigen Projekte, die große Infrastruktur, die die Steiermark notwendig braucht, die wird unser Landesrat Ressel realisieren müssen. (Beifall bei der SPÖ. – 23.23 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rieser das Wort.

**Abg. Rieser** (23.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

Es ist sehr bedauerlich, wenn zu so später Stunde und wo wir heute sehr viel über die Wirtschaft diskutiert haben, nun diese Diskussion so ausartet. Lieber Kollege Huber, ich verstehe es wirklich nicht. Und ich verstehe es auch nicht, daß wir hier einen Vaterschaftsprozeß führen, wer, was, wann, wo, zu welcher Stunde auch immer wieder etwas gemacht und gesagt hat. Das versteht wahrscheinlich auch kein Bürger draußen, was hier diskutiert wird. Wir dürfen uns auch nicht wundern, wenn teilweise die Politik den dementsprechenden Ruf hat. (Abg. Gennaro: „Ihr hättet euch sechs Wortmeldungen ersparen können!“) Lieber Kurt Gennaro, wenn ich es auch so sagen darf, wir sind in einer Demokratie, und das ist ein Parlament. Man muß halt zu manchen Dingen auch etwas sagen, und ich möchte mich auch sehr kurz fassen. (Abg. Schleich: „Vor allem wenn es morgen in der Zeitung steht!“)

Wenn wir heute über die Infrastruktur gesprochen haben, möchte ich schon aus der Sicht der Obersteiermark natürlich auch in dieses Horn stoßen, konkret den Ausbau der E 36 hinauf bis zur Kärntner Landesgrenze, was wir hier diskutieren können. Ich möchte aber auch in diesem Zusammenhang erwähnen, daß die große Herausforderung natürlich die Sicherstellung der bestmöglichen Erreichbarkeit für jede Region, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist. Auch – und was noch nicht angesprochen ist –, wenn ich als Obersteirer hier stehe, ist natürlich der rasche Baubeginn des Semmeringbasistunnels. Auch ein Punkt, den wir nicht verschweigen sollen.

Drittens, meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich die Öffnung des Flughafens Zeltweg für den Zivilluftverkehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde vorhin vom Kollegen Porta das Thema angezogen, die 120 Millionen Schilling, die Vranitzky zugesagt hat. Wir werden nicht müde werden, so lange darauf hinzuweisen, bis endlich das Versprochene auch in die Steiermark kommt.

Bereits am 23. September 1997 wurde über Initiative der ÖVP mit Beschluß des Landtages die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die im Zusammenhang mit dem A1-Ring zugesagten 120 Millionen als Regionalförderung des Bundes für die Region Aichfeld-Murboden einzufordern. Und hier verstehe ich nicht nur die Region Aichfeld-Murboden, hier verstehe ich natürlich auch den Bereich Obersteiermark-West. (Abg. Korp: „Murau!“) Selbstverständlich ist auch Murau hier mit drinnen.

Abschließend noch eine kleine Feststellung, weil es einfach auch zu dieser Diskussion paßt. Was der Wirtschaftsforscher Norbert Geldner so treffend gesagt hat: „Die Stärke der Region ist nicht mit Beständen, sondern in der Anpassungsfähigkeit an neue Gegebenheiten zu messen. Diese Fähigkeit, sich auf geänderte Bedingungen einzustellen und sie als Herausforderung und als Chance offensiv anzunehmen, ist eine Möglichkeit, den Lebensraum Obersteiermark auch dementsprechend zu gestalten.“ Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 23.28 Uhr.)

**Präsident:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lopatka das Wort.

**Abg. Dr. Lopatka** (23.28 Uhr): Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir diese Themen sehr ernst nehmen. (Abg. Dr. Flecker: „Das merkt man an den drittklassigen Reden und an der zweiten Garnitur!“)

Aber immerhin ist bei uns das Bemühen gegeben und die Ernsthaftigkeit, die ich euch abspreche. (Abg. Mag. Bleckmann: „Um die Zeit gebe ich das zu!“) Uns ist jede Region gleich viel wert, daher haben wir auch diese wichtigen Anträge eingebracht.

Ich werde mich sehr kurz fassen. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist gescheit. Das ist das erste Gescheite, das du gesagt hast!“ – Abg. Tasch: „Laß dir vom Flecker nicht sagen, ob etwas gescheit ist oder nicht!“) Kurt, danke! (Abg. Dr. Flecker: „Der Kurtl auch nie, der laßt es sich auch nie sagen!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Wenigstens der Kurtl hört ihm zu!“)

Nein, ich habe das wirklich sehr ernst gemeint, daß uns diese Anträge sehr wichtig waren. Es ist nur bedauerlich, daß die SPÖ hier von Sachfragen in billige Polemik abgeglitten ist. Und das hat man heute auch deutlich gemerkt. Also, mir würde nie einfallen, solche Behauptungen aufzustellen, wie sie vorher vom Herrn Abgeordneten Huber zu hören waren. Einfach alles, was vor dem Herrn SPÖ-Landesrat Ressel war, war nichts, und dann kommt Ressel, und dann kommt die Erleuchtung und alles ist möglich. (Abg. Gennaro: „Ist deine Wortmeldung auch morgen schon in der ‚Steirischen‘ nachzulesen?“) Morgen haben wir leider keine Ausgabe der „Steirischen“, sonst wäre sie morgen nachzulesen, die erscheint erst am Donnerstag.

Es freut mich, daß ihr noch wach seid, weil bisher seid ihr nicht einmal körperlich anwesend gewesen. (Abg. Gennaro: „Du warst auch nicht da!“)

Abgesehen vom Elferschießen war ich immer da, und wenn die Schwarzen gewinnen, möchte ich dabei sein. (Abg. Dr. Flecker: „Wenn ihr redet, brauchen wir nicht einmal körperlich anwesend sein!“)

Eigentlich wollte ich zur Sache etwas sagen, aber ich merke, das ist zu dem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Daher bitte ich Sie, unseren Anträgen die Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 23.30 Uhr.)

**Präsident:** Nunmehr erteile ich dem Kollegen Vollmann das Wort.

**Abg. Vollmann** (23.31 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie ernst das eigene Regierungsmitglied, das für all das verantwortlich ist, eure Wortmeldungen nimmt, seht ihr an der Abwesenheit des Regierungsmitgliedes.

Wir waren aber so anständig, seine Anwesenheit nicht zu verlangen. Ich wünsche euch eine gute Nacht! (Beifall bei der SPÖ. – 23.31 Uhr.)

**Präsident:** Da keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir zu 16 Abstimmungen, meine Damen und Herren. Ich bitte um Konzentration.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungs- und Zusatzantrag des LIF, betreffend Maßnahmen für die Region West- und Südsteiermark, zur Einl.-Zahl 929/1 (zu Tagesordnungspunkt 27), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der FPÖ und ÖVP, betreffend Maßnahmen für die Region West- und Südsteiermark, zur Einl.-Zahl 929/4 (zu Tagesordnungspunkt 27), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 929/1 (Tagesordnungspunkt 27), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Viertens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend behindertenfreundliche Umsetzung der Maßnahmen für die Regionen (zu Tagesordnungspunkt 27), zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Fünftens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Umsetzung und Förderung der Entwicklungsleitbilder nach Prioritäten (zu Tagesordnungspunkt 27), zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Sechstens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungs- und Zusatzantrag des LIF, betreffend Maßnahmen für die Region Oststeiermark, zur Einl.-Zahl 930/1 (zu Tagesordnungspunkt 28), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Siebtens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der FPÖ und ÖVP, betreffend Maßnahmen für die Region Oststeiermark, zur Einl.-Zahl 930/4 (zu Tagesordnungspunkt 28), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Achtens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 930/1 (Tagesordnungspunkt 28), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitlich Annahme des Antrages.

Neuntens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Umsetzung und Förderung der Entwicklungsleitbilder nach Prioritäten (zu Tagesordnungspunkt 28), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zehntens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungs- und Zusatzantrag des LIF, betreffend Maßnahmen für den Zentralraum Graz, zur Einl.-Zahl 931/1 (zu Tagesordnungspunkt 29), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Elftens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der FPÖ und ÖVP, betreffend Maßnahmen für den Zentralraum Graz, zu Einl.-Zahl 931/4 (zu Tagesordnungspunkt 29), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Zwölftens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 931/4 (Tagesordnungspunkt 29), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

13.: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Umsetzung und Förderung der Entwicklungsleitbilder nach Prioritäten (zu Tagesordnungspunkt 29), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

14. a): Die Damen und Herren, die dem Punkt eins des Antrages des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 843/12 (Tagesordnungspunkt 30), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt eins des Antrages ist mit Mehrheit angenommen.

14. b): Die Damen und Herren, die dem Punkt zwei des Antrages des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 843/12 (Tagesordnungspunkt 30), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt zwei des Antrages ist mit Mehrheit angenommen.

15.: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend finanzielle Zusagen für die Region Obersteiermark (zu Tagesordnungspunkt 30), zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Das waren somit 15 Punkte mit 16 Abstimmungen. Ich danke den Damen und Herren.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**31. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 1115/1, der Abgeordneten Vollmann und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend die schwierige Situation der VOEST-Alpine Stahlrohr Kindberg GmbH.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Vollmann** (23.37 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es handelt sich hiebei um den Antrag der Abgeordneten Vollmann, Dr. Bachmaier, betreffend die schwierige Situation der VOEST-Alpine Stahlrohr Kindberg GmbH.

Nach zwei erfolgreichen Jahren, welche im Sommer 1998 noch zu einer Großinvestition geführt haben, ist die VA-Stahlrohr Kindberg GmbH. durch die katastrophale wirtschaftliche Situation in Rußland, die Überschwemmungen in China und die Finanzkrise in Ostasien sowie den niedrigen Ölpreis wiederum in Beschäftigungsprobleme gekommen. Dies führte seit Herbst 1998 zu einer Reduzierung des Belegschaftsstandes um fast 400 ArbeitnehmerInnen.

Es ist daher unbedingt notwendig, in Kindberg mehrere Standbeine zu schaffen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle Möglichkeiten der Förderung und Unterstützung auszuschöpfen, um schnellstens Betriebsansiedelungen in Kindberg zu ermöglichen. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (23.38 Uhr.)

**Präsident:** Danke!

Keine Wortmeldung.

Wer stimmt dem Antrag des Berichterstatters zu? Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**32. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1143/1, betreffend die Neukonditionierung eines der Firma „Hotelbetriebsgesellschaft der Therme Blumau GmbH. & Co. KG.“ gewährten Darlehens per 30 Millionen Schilling.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Majcen** (23.29 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es geht bei dieser Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung um die Neukonditionierung eines der Firma „Hotelbetriebsgesellschaft der Therme Blumau GmbH. & Co. KG.“ gewährten Darlehens per 30 Millionen Schilling.

Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen: erstens einer Neukonditionierung des ursprünglich zinsenlos gewährten Darlehens zuzustimmen, zweitens die mit Regierungsbeschluß vom

22. Dezember 1997 definierten sonstigen Bedingungen und Auflagen neu festzulegen, wie in der Vorlage angeführt, und drittens zur Kenntnis zu nehmen, daß der gegenständliche Regierungssitzungsbeschluß keine zusätzliche Belastung des Landeshaushaltes darstellt, da der Darlehensbetrag in der Höhe von 30 Millionen Schilling als Rücklage zur Verfügung steht. (23.40 Uhr.)

**Präsident:** Es liegt mir keine Wortmeldung vor.

Wer stimmt dem Antrag des Berichterstatters zu? Bitte um ein Handzeichen.

Danke. Gegenprobe.

Die mehrheitliche Annahme des Antrages ist festzustellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**33. Antrag, Einl.-Zahl 1147/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses betreffend steirisches Baukartell.**

Es wird nachstehender Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Zur Klärung der Geschäftsführung der Landesregierung im Zusammenhang mit Preisabsprachen im Bereich des Baues und der Sanierung steirischer Landesstraßen, zur Klärung der Geschäftsführung der Landesregierung im Zusammenhang mit Preisabsprachen im Bereich des Landeshochbaues und des geförderten Wohnbaues und zur Klärung der Geschäftsführung der Landesregierung im Zusammenhang mit Preisabsprachen im ländlichen Wegebau wird ein Untersuchungsausschuß, bestehend aus den im Landtag vertretenen Parteien im Verhältnis drei zu drei zu zwei zu eins zu eins eingesetzt.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz, der ich es erteile.

**Abg. Mag. Zitz** (23.41 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem das der letzte Tagesordnungspunkt ist und Anträge in dieser Form ja bereits im Landtag eingebracht wurden, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß nach wie vor die Staatsanwaltschaft ermittelt, nach wie vor Landesrat Ressel und die Landesregierung untätig sind, obwohl offenbar mehrere Ressorts von einer Baukartellstruktur in der Steiermark dominiert werden zu Lasten von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, zu Lasten von der wirtschaftspolitischen Gerechtigkeit und zu Lasten der arbeitsmarktpolitischen Gerechtigkeit, weil die Leute, die

100prozentig draufzahlen in der Struktur, das sind die Bauarbeiter. Die Leute, die kassieren, die es sich richten, die es im Parteiproporz in Kooperation zu den Regierungsfractionen schaffen, überbeuerte Projekte durchzusetzen, das sind die Chefetagen in den betroffenen Firmen – sieben an der Zahl –, relativ berühmte Firmen, die nach wie vor Landesprojekte akquirieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben uns auch erlaubt, einen Vergleich zu machen zwischen einzelnen Parteizeitungen auf Gemeinde- und Bezirksebene und vermehrten Inseratenschaltungen von bestimmten Baufirmen. Da korreliert das ausgesprochen gut. Man sieht, daß bestimmte Firmen in bestimmten Parteizeitungen von Schwarz und Rot verschärft ihre Inserate schalten. Es sind die Firmen, die von uns bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden sind. Es sind die Firmen, die vermuten lassen, daß sie über diese Art Parteienfinanzierung betreiben.

Unser Wunsch ist deswegen nach wie vor, daß Sie im Landtag unseren Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, betreffend Steirisches Baukartell, unterstützen. Das ist ein Thema, das wir seit einigen Monaten aufgegriffen haben, und das ist ein Thema, das ganz konkret dazu beitragen würde, ein „Sparpaket“ für das Baukartell in der Steiermark durchzusetzen und den einen oder anderen Budgetposten im kommenden Landeshaushalt für das Jahr 2000 einzusparen.

Ich ersuche Sie deswegen herzlich um Annahme dieses Antrages auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. (23.43 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die Ablehnung dieses Antrages fest.

Meine Damen und Herren, eingebracht wurde heute ein Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Majcen, Beutl, Ing. Mag. Hohegger, Dr. Karisch, Alfred Prutsch, Pußwald, Riebenbauer, Straßberger und Tschernko, betreffend Besprechung der Anfragebeantwortung von Herrn Landesrat Dörflinger über die Jugend-Card.

Diese Anfragenbesprechung findet am Beginn der nächstfolgenden Sitzung statt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und die Sitzung geschlossen. (Ende der Sitzung: 23.44 Uhr.)